

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungsanzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (seit-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Juni 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Das sociale Königtum.

II.

Am 8. Februar 1890 verkündete Wilhelm II. in seinen bekannten Erlassen, die Staatsgewalt habe die Arbeitsverhältnisse so zu regeln, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.

Mit der Anerkennung des Anspruchs auf gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter — namentlich auch in den staatlichen Vergewerken, die er in denselben Erlassen „zu Musteranstalten“ entwickelt zu sehen wünschte — sprach der Kaiser keine besondere Verheißung für die Zukunft aus, sondern er erkannte nur jenen Grundgedanken der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung feierlich an, den er in der Verfassung beschworen hatte.

Wenn die Zustände im Saarreich der staatlichen Musteranstalten, die in dem Prozeß Krämmer durch ein erdrückendes Beweismaterial festgelegt wurden, nun etwa „Recht“ sein sollten und nicht eine brutale Unterdrückung allen Rechts, so würden die Arbeiter des Saarreviers ihrerseits kraft des Grundgesetzes der Gleichberechtigung den Anspruch erheben dürfen, etwa in folgender Weise ihren Willen durchzusetzen:

Der Vergewaltigte Geheimrat Hilger und die sonstigen hohen Beamten werden bei den Reichstagswahlen streng kontrolliert. Sie haben keine Gelegenheit, die ihnen in die Hand gesteckten sozialdemokratischen Zettel zu vertauschen. Es ist dafür gesorgt, daß die Zettel schon an der Faltung erkannt werden. Auch dürfen natürlich die Arbeiter „ihre“ Unternehmer kolonnenweise zur Urne führen. Sind sie dennoch verdächtig, gegen die Sozialdemokratie gesinnt zu haben, nicht wascheit zu sein, so wird das entsprechend geahndet, durch Gehaltsabzüge, Strafverfügungen, im Rückfall durch Dienstentlassung. Der Geheimrat Hilger und die Seinen dürfen ferner weder dem nationalliberalen Verein noch etwa dem Arbeitgeberbunde beitreten — bei Strafe rückichtsloser Entlassung. Dagegen wird es ihnen dringend zu empfehlen sein, daß sie zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten sich den sozialdemokratischen Wahlvereinen anschließen. Natürlich darf Herr Hilger und seine Beamten kein Wirtschaftsbetrieb betreten, in dem die kölnische oder die rheinisch-westfälische Zeitung ausliegt. Die Arbeiter verbieten streng, daß in die Häuser der Direktoren antisozialdemokratische Keltüre eingeschmuggelt wird. Sollte einmal ein Arbeiter vom Gericht bestraft werden, weil er die Frau eines seiner Direktoren geprügelt, so wird dem Direktor unweigerlich wegen seiner Demagogik für die gleiche Zeit, die der Arbeiter im Gefängnis sitzen muß, das Gehalt entzogen. Ist einer der Direktoren wegen Untriede gegen die Sozialdemokratie entlassen, und findet er nach langer Kerkhaftigkeit endlich einen Unterschlupf als Leiter der Straßenbahn-Gesellschaft, so wird die organisierte Arbeiterchaft auch hier sofort seine Entlassung durchsetzen. Zwar hat auch Herr Hilger das Recht, sich über die Arbeiter zu beschweren, läßt er es aber, so ist seines Weidens nicht länger. Auch thut er gut daran, jegliche Petition an das Parlament zu unterlassen. Schließlich hat er natürlich auch die Pflicht, sein Bier nur von einer Arbeitergenossenschafts-Brauerei zu beziehen — sonst...

Der allernächste Sozialistenhecker würde von den Schreibern einer zukünftigen Diktatur des Proletariats nicht solch ein Bild zu entwerfen wagen. Und doch wäre dieser Terrorismus, diese Zerkettung jeglicher persönlichen Freiheit schon heute das selbstverständliche Recht der Arbeiter, wenn die Diktatur des Staatsunternehmertums, wie sie in Saarabien herrscht, berechtigt sein und wenn zugleich das laienliche Wort von der Gleichberechtigung der Arbeiter bestehen bleiben soll. Gleiches Recht bedeutet das Recht für alle, das Gleiche zu thun, und die Pflicht, das Gleiche zu unterlassen. Also dürfen die Arbeiter Saarabiens dem Geheimrat gegenüber handeln wie Herr Hilger an ihnen thut. Und der Geheimrat Hilger hat ja ausdrücklich am Schluß des saarabischen Prozesses erklärt:

„Ich habe die Sozialdemokratie mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft, ich werde es weiter thun, da ich die feste Ueberzeugung habe, daß die Sozialdemokratie ein Unglück für unser Vaterland ist und namentlich für die mir anvertrauten Vergleuten. Der Verlauf des Prozesses hat mich zunächst überzeugt, daß ich in dem Verfahren auf dem richtigen Wege bin, und ich werde auf diesem Wege weiter fortfahren. Ich halte es heute noch, wie ich es einst gethan, für unvereinbar mit dem königlichen Betrieb, daß ein Sozialdemokrat in demselben ist, und werde danach verfahren, daß ich rückichtslos vorgehe und die Vergleuten vor die Wahl stelle, ob sie weiter der Grube angehören wollen oder der sozialdemokratischen Partei.“

Die gleichberechtigten Arbeiter dürfen dennoch mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dagegen kämpfen, daß die ihnen anvertrauten Vorgesetzten nationalliberal-kapitalistisch verkommen. Ja, sie dürfen das mit größtem Recht, da der Kapitalismus und der Nationalliberalismus wirklich ein Unglück für unser Vaterland ist, während der Sozialismus seine Erlösung bedeutet. Der Terrorismus der Arbeiterchaft wäre also ein Zwangsmittel der fortschreitenden Kultur, der Terrorismus des Vergleuten dagegen ist eine Vergewaltigung menschlichen Fortschrittes.

Es ist nur nötig, den Anspruch auf Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der vermeintlichen Ansprüche der Unternehmer durchzudenken, und man gelangt zu jener wilden Karikatur, die wir eben gezeichnet haben, und deren scheinbar spielender Spott den gewaltigsten Ernst birgt.

Das Wort von der Gleichberechtigung der Arbeiter ist eben nur ein frommer Wunsch geblieben. Wie das sociale Königtum als System des halbfeudalen Kapitalismus nicht die Möglichkeit hat, sociale Musteranstalten zu schaffen, so hat es nicht die Kraft, selbst wenn es den Willen hätte, die Gleichberechtigung der Arbeiter durchzusetzen.

Das sociale Königtum kennt nicht die staatsbürgerliche Gleichberechtigung des modernen Staates, es beruht vielmehr auf jenem

Patriarchalismus, den der selige Herr v. Stumm mit fast pathologischem Eifer ausgebildet hat.

Der moderne Staat kennt nur den freien Staatsbürger, der Patriarchalismus des socialen Königtums den Menschen nur als Werkzeug für fremde Zwecke. Dies System magt sich an, über die ganze Person zu verfügen und ihr so die Persönlichkeit zu rauben. Nicht genug, daß es den Arbeiter innerhalb seines abhängigen Berufs kraft der Willkür der wirtschaftlichen Uebermacht zwingt, um ein Geringes zu frohnden, dieser Patriarchalismus begleitet den Sklaven, auch wenn er der Martir unter Tage entronnen. Er schreibt ihm vor, was er denken, lesen, schreiben soll, welchen Verkehr er haben darf. Er verhängt über ihn den Zwang einer Gefängnisordnung. Dafür, daß der Arbeiter sein Brot und seine Stube empfängt, muß er sich aller Freiheit entäußern und so bis in die innersten Falten seiner Bestimmung dem väterlich sorgenden Herrn zu Willen und zu Diensten sein.

Das ist die Aufhebung der Lebensrechte der modernen Zivilisation, und diese Negation des Staates der gleichberechtigten Staatsbürger ist das höchste Gesetz des socialen Königtums, das seinen Thron in den staatlichen Musteranstalten Saarabiens aufgeschlagen hat!

Das sociale Königtum als Princip ist stärker als die Persönlichkeit des Monarchen. Das hat das Schicksal der kaiserlichen Erlasse vom 8. Februar 1890 und seiner Reden aus dem Aufschwungsjahre sozialpolitischer Bemühungen bewiesen.

Am 16. März 1889 sprach der jetzt regierende Kaiser zu den Arbeitgebern im Vergbaue: „Es ist ja menschlich natürlich, daß jedermann verliert, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, was das Verhältnis des Lohnes zu den Gewinnen der Gesellschaften ist. Daß sie mehr oder weniger daran teilnehmen wollen, ist erklärlich.“

So der Träger der Krone. Der Exekutor aber des socialen Königtums, der Leiter der staatlichen Musteranstalten zieht eine andre Schlussfolgerung — im Sinne des Patriarchalismus: Folglich dürfen die Arbeiter keine Zeitungen lesen, damit sie nicht erfahren, wie das Verhältnis des Lohnes zum Gewinn stehe, oder doch nur solche Zeitungen, die sie über dies Verhältnis belügen. Sollte aber trotzdem etwas über das wirkliche Verhältnis zwischen Profit und Lohn den Arbeitern zugetragen werden, so wird das Druckerzeugnis ob falscher „Schlussfolgerungen“ wegen Verbreitung unwahrer Thatsachen wider besseres Wissen vor Gericht gezogen.

Der Kaiser findet es erklärlich, daß sich der Arbeiter unterrichtet über den Grad seiner Ausbeutung und Anteil am Gewinn beansprucht — der Patriarchalismus des socialen Königtums erklärt solchen Anspruch für ruchlos und verhindert mit allen Mitteln sogar die bloße Aufklärung über den wahren Ertrag seiner Arbeit.

Am 14. Februar 1890 äußerte Wilhelm II. in seiner Ansprache an den Staatrat: „Es wird zu erstreben sein, die Vertretungen der Arbeiter mit den staatlichen Verg- und Aufsichtsbeamten in Verbindung zu setzen und auf diese Weise Formen und Ordnungen zu schaffen, durch welche den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Interessen ermöglicht und den staatlichen Behörden Gelegenheit geboten wird, durch Anhörung der unmittelbar Beteiligten fortlaufend über die Verhältnisse der Arbeiter zuverlässig unterrichtet zu werden.“

So der Kaiser. In den staatlichen Betrieben aber, die zu „unsergültigen Vorbildern“ entwickelt werden sollten, ist der freie Ausdruck der Wünsche ein Verbrechen, die Anhörung der unmittelbar Beteiligten eine Täuschung. Ist doch im Prozeß Krämmer festgestellt worden, daß Arbeiter, die bei der Grubenkontrolle mitwirkten, verboten wurde, Beobachtungen und Meinungen über die Ursachen der entsetzlich zahlreichem Unfälle einzutragen.

Der Patriarchalismus duldet keinerlei Freiheit und keinerlei Wahrheit.

Aber auch Saarabien liegt in einem Staat, der wenigstens auf dem Papier eine Verfassung hat; ein Verfassungsstaat ist der direkte Gegensatz zu dem Patriarchalismus des socialen Königtums. So muß die tatsächliche Anwendung des gesetzlich überwundenen Systems zu dauernden Konflikten mit Recht und Gesetz führen.

Die Zustände in Saarabien sind denn auch durchaus rechtswidrig, sie bedeuten die anarchistische Aufhebung des väterlichen Regiments gegen die Grundgesetze des Staates. Zwar hat der Staatsanwalt die Beobachtung bei der Wahl für zulässig erklärt, da es „ebensowenig wie andren Industriellen der Vergewaltigung verwehrt werden kann, sich über die politische Bestimmung ihrer Vergleuten zu orientieren.“ Was aber in Saarabien geschah, ist eine gewalttätige Verhinderung der Wahl und fällt ganz offenbar unter den § 107 des Strafgesetzbuchs, der lautet: „Wer einen Deutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder mit Festung bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.“ Als Verhinderung der Wahl gilt auch — wir führen den berühmten Kommentar von Lischaufen an —, daß ein zur Wahl Entschlossener einerseits verhindert wird, denjenigen zu wählen, den er will, andererseits aber genötigt wird, einen andern zu wählen, als er wollte.“ Diese gewalttätige Wahlverhinderung ist in Mogelesien von Organen der Vergbehörde systematisch getrieben worden.

Gesetzwidrig ist ebenso die Verhinderung des Koalitions-, des Versammlungs- und Vereinsrechts, ja sogar des Petitionsrechts — nur daß gegen diese Frevel keine Strafbestimmungen existieren. Gesetzwidrig ist die Verhängung der Censur über die Keltüre freier Staatsbürger, die geradezu eine Art geistiger Freiheitsberaubung

darstellt. Und welche gewalttätige Unterdrückung staatsbürgerlicher Rechte liegt gar darin, daß sogar das Amt eines Gemeindevertreters Staatsarbeitern unmöglich gemacht wurde! Daß zum Ganzen auch das verbotene System der Verurteilung gehört, ist selbstverständlich.

Es ist ein unheimliches Bewußtsein, daß sich Zehntausende von Männern jahraus jahrein diese Unterdrückung aller staatsbürgerlichen Rechte gefallen lassen. Und der Gebrauch ihrer Rechte, den sie machen wollten, war nicht einmal tabu. Sie waren gute Katholiken, Anhänger der regierenden Partei. Nicht einmal dies Verleumdungs duldete das „sociale Königtum“.

Freilich das Centrum weiß, warum es sich über die Enthüllungen des Prozesses nicht sonderlich entrüsten darf. Was das Centrum im Saarrevier drückt, thut es in Oberschlesien selbst, sogar in noch niederrächtigere Art, weil es dort die wirtschaftliche Ueberlegenheit der gut katholischen Kohlenbarone durch die raffinierte Wissensfölder der Kirche unterstützt. So ist denn die Schande von Saarabien, unter der die katholischen Arbeiter litten, doch nur eine Wirkung der Gesamtpolitik, auf die das Centrum einen entscheidenden Einfluß ausübt.

Das patriarchalische System in Saarabien hat die Seelen der Menschen um alle Würde zu bringen versucht. Manches ist ihm gelungen. Feigheit, Streberei, Demütigungswesen, Liebedienerei, Unwahrscheinlichkeit herrschen dort erschreckend. Dennoch ist zu hoffen, daß nun das Ende der Schandeherrschaft naht. Daß der Saarbergmann aufwache, hatte das angelegte Flugblatt gemahnt. Daß der Bedruck der Wahrheit mit drei Monaten Gefängnis bestraft wurde, wird seine Siegeskraft um so lebendiger wirken lassen. . . .

Zu dem Strafmaß

in dem Saarbrücker Verleibungsprozeß wird uns aus dem Industriebezirk geschrieben: Ist schon die Öffentlichkeit überlastet, daß überhaupt eine Verurteilung des Bergmanns Krämmer stattfand, daß man ihn nicht angesichts des Chimborasso von Beweisen nicht völlig freigesprochen hat, so muß noch mehr das Strafmaß aufhellen. Warum mußte man Krämmer, der unstrittig, auch vom Standpunkt des politischen Gegners betrachtet, aus edlen Beweggründen gehandelt hat, ins Gefängnis werfen? Wenn man nun mal, wie das bei politischen und ähnlichen Verleibungsprozessen die Regel ist, zu einer Beurteilung kam — warum hat man es da nicht bei einer Geldstrafe bewenden lassen? Der Staatsanwalt selber hat erklärt: „Es ist anzuerkennen, daß in den Flugblättern persönliche Spizen vermieden sind; solche schweren Verleibungen, wie man sie hier von der Dasbach-Presse gewöhnt ist, finden sich nicht in ihnen.“

In dem Prozeß der Saarbrücker Vergwerksdirektion wider den Dasbachschen Redakteur Lehnen hatte der Staatsanwalt fünfzehn Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung beantragt — das Gericht erkannte auf etliche hundert Mark Geldstrafe. In dem jetzigen Prozeß beantragte der Staatsanwalt sechs Monate Gefängnis — das Gericht aber erkannte nicht auf Geldstrafe, sondern verurteilte den wackeren Bergmann auf drei Monate in den Kerker!

Hofbank-Chriften.

Freiherr v. Mirbach hat gesprochen. Er erschien vor Gericht, wo die Wohlthäter, die seinen Kirchen und seinen frommen Vereinen Gelder spendeten, auf der Anklagebank saßen. Er wurde nicht durch das Gericht citiert, er kam freiwillig. Er hat gebeten, als Zeuge vernommen zu werden.

Freiherr v. Mirbach hat gesprochen. Er sprach nicht ganz in dem Ton, den er früher angeschlagen. Er sprach nicht von Rhinocerosen und nicht von Satans Lude. Doch jammerte er über die Verfolgungen und Verdächtigungen, welche die „agitatorische Presse“ gegen ihn erhoben habe. Freiherr v. Mirbach vergaß, daß er vielmehr Dankbarkeit gegen die Presse üben sollte, die ihn mit sanfter Hand zu der Verpflichtung überzeugt hat, das große Schweißen zu brechen und — freiwillig! — vor Gericht zu erscheinen, um das Dunkel zu zerstreuen, das sich um die Hofbank und die Geldspenden der Schulz und Romeid lagert.

Freiherr v. Mirbach hat gesprochen und der Enthüller einiger Hofbankgeheimnisse, G. Amrat Wudde, hat ihm die Erklärung gemacht, daß er ein Ehrenmann sei vom Scheitel bis zur Sohle. Welches Licht hat das späte Zeugnis des Kirchenbauers in die Mächenschaften der Pommernbank, in die Beziehungen des Freiherrn v. Mirbach zur Bank und des Kirchenbauers zur Finanz gebracht? Der Gerichtsberichterstatter meldet:

In der heutigen Sitzung des Pommernbank-Prozesses teilte Staatsanwaltsrat Beck ein Schreiben des Oberhofmeisters der Kaiserin Excellenz Freiherr v. Mirbach mit, in welchem dieser beantragte, als Zeuge vernommen zu werden. Da Frhr. v. Mirbach zur Stelle war, erfolgte die Vernehmung sofort.

Präs.: Excellenz haben zwei Quittungen über Geldbeträge unterzeichnet, die Sie von den Herren Schulz und Romeid erhalten haben.

Freiherr v. Mirbach (nach Einsichtnahme der Quittungen): Die Unterschriften sind von mir.

Präs.: Könnten Sie uns sagen, zu welchem Zweck die Gelder sind und welche Verbindung mit der Pommernbank in Bezug auf diese Gelder bestanden hat?

Freiherr v. Mirbach: Ich möchte erwähnen, daß ich um meine Vorladung als Zeuge gebeten habe, um persönlich für mich und meine Vereine, um die es sich hier handelt, eintreten zu können. Ehe ich mit der Pommernbank in Verbindung trat, habe ich Recherchen über die

Direktoren anstellen lassen. Das Ergebnis war, daß die Pommernbank als gut fundiert und gut geleitet empfunden wurde und die Direktoren als sehr wohlhabende Leute galten. Ich stellte auch fest, daß Herr Schulz schon große Stiftungen für Wohltätigkeitszwecke gemacht hatte, und zwar auf eigene Kosten, zum Beispiel ein Krankenhaus in Oberberg. Nun sind solche Stiftungen in Berlin durchaus nichts Ungewöhnliches. Es haben fortgesetzt reiche Leute schon Stiftungen in Höhe von 100 000—300 000 Mark gemacht. Ich kenne Leute, die jährlich solche Stiftungen machen, es ist das also nichts Ungewöhnliches für mich. Da nun für uns die Herren Schulz und Romeid als reiche Leute galten, so war es auch nicht ungewöhnlich und überraschend, daß sie auch große Stiftungen machen wollten, die wir mit Dank annahmen. Man muß bedenken, daß gerade in Berlin

in der großen Arbeitermasse die Not so groß ist, daß die Wohltätigkeitsarbeit hier in umfassendstem Maße eingreifen muß. Meine Hauptarbeit ist seit fünfzehn Jahren, nicht nur für den Kirchenbau, sondern auch für das Wohl der arbeitenden Klassen zu sorgen. Gerade für diesen Zweck setze ich meine ganze Lebenskraft ein, dafür wirkte ich fünfzehn Jahren mit meinen Vereinen zusammen, dafür erhalte ich aber seit fünfzehn Jahren von einer agitatorischen Presse die Quittung, indem ich fortwährend verfolgt und verdächtigt werde. Ich verwalte eine ganze Anzahl solcher Klassen, es gehen etwa 6—800 000 M. jährlich durch meine Hand. Es ist üblich, daß Leute, die solche große Stiftungen machen, nicht genannt sein wollen, aus sehr begreiflichen Gründen, vor allen Dingen, weil sie, wenn sie solche großen Gaben darbringen, Gefahr laufen, hier in Berlin von einer gewissen Presse verdächtigt zu werden, daß sie Nebenabsichten verfolgen. Seitdem die Recherchen über die Herren Schulz und Romeid zu einem günstigen Resultat geführt hatten, hatte ich die Herren schon 1899 als Berater für finanzielle Angelegenheiten herangezogen, und vom Jahre 1900 an übergab ich ihnen Gelder meiner Vereine und auch

Gelder der Schatulle, die sie sehr sorgsam und sicher angelegt und verwaltet haben. Das nun die von den Herren gemachten Stiftungen betrifft, so sind in der Sitzung vom 8. dieses Monats vom Herrn Staatsrat Budde nur Vermutungen ausgesprochen und keine bestimmten Tatsachen mitgeteilt worden. Herr Staatsrat Budde hat ausdrücklich erklärt, daß seine Aussage nicht auf eigenem Wissen beruht, sondern nur die Wiedergabe dessen ist, was er hier und aus den Provinzen gehört hat. Im August 1900 sollen 150 000 Mark gestiftet sein. Das ist richtig. Im September sollen 20 000 M. gestiftet sein. Davon ist weder an mich, noch an einen meiner Vereine irgend etwas gekommen. Im Oktober sollen 50 000 M. gestiftet sein. Auch hiervon ist weder mir, noch irgend einem meiner Vereine etwas zugegangen. Im November sollen 25 000 Mark gestiftet sein. Das ist richtig. Die Zahlung ist für den Kirchenbauverein verwendet. Dann ist eine Quittung über 327 400 M. vorhanden. Diese Stiftung ist nie gemacht worden. In der Presse sind nun diese Zahlen zusammengestellt worden als tatsächliche Stiftungen. Ich übergebe die empörenden gehässigen Betrachtungen, die in auswärtigen und auch in hiesigen Blättern an meine Person geknüpft worden sind. Ich wiederhole: die Stiftungen an meine Vereine bestanden aus jenen 150 000 M. und 25 000 M. Eine Stiftung ist nicht genannt: sie stammt aus dem Jahre 1899, es waren dies Gelder (60 000 M.), die sofort an Vereine ausgezahlt worden sind. Ich möchte nur auf

die große Stiftung von 350 000 M. eingehen. Es war Ende September oder Anfangs Oktober, als Herr Schulz oder Herr Romeid — ich weiß dies nicht mehr genau — erklärten, sie wünschten für meine vielfachen Vereine noch eine Stiftung von 350 000 M. zu machen; sie schlugen vor, ein Gut in dieser Höhe einzustellen und mit der Zeit daraus für Vereine, die in Not sind, Teilbeträge abheben zu lassen. Ich fragte, wie ich das immer tue, ausdrücklich, ob sie die Stiftung persönlich und aus eignen Mitteln machen, weil ich weiß, daß es auch große Gesellschaften giebt, wo die Aufsichtsräte Ueberflüsse zu Unterstützungen verwenden. Die Herren Schulz und Romeid versicherten auf das bestimmteste, daß die Verwendung aus ihrem Vermögen komme. Von diesen 350 000 Mark habe ich, wie ich schon vorher erwähnte, im Dezember 25 000 Mark zur Anzahlung auf eine Rechnung für den Kirchenbauverein abgehoben. Bald darauf entstanden die Schwierigkeiten der Pommernbank. Ich ließ die Herren zu mir bitten und sagte ihnen, daß angesichts dieser Schwierigkeiten auf diese Stiftung unter allen Umständen verzichtet werde, und das Conto als gelöst zu betrachten sei. Die Herren sagten sich nur mit Widerstreben und sagten: sie und ihre Bank ständen so gut da, daß sie den Sturm überwinden würden. Ich muß nochmals betonen, daß sowohl ich als auch meine Vereine uns in dem festen Glauben befunden haben, daß, wie in Berlin viele Vereine von reichen Leuten unterstützt werden, dies auch hier der Fall sei. Ich habe mich auch bei Beginn dieses Prozesses wiederholt bei den Angeklagten erkundigt, ob die Gelder auch wirklich aus ihren Privatmitteln gestossen seien. Es ist dies auf das bestimmteste bejaht worden. Ich habe auch angeregt, ob nicht die Gelder, die ja allerdings von den armen Vereinen vorausgibt sind, von den reicheren Vereinen zurückgezahlt werden sollten. Mir ist aber davon dringend abgeraten worden, weil die Tatsache, daß wir nur, wo der Prozeß anhängig war, die Gelder zurückgaben, allen möglichen Verdummelungen und Verdächtigungen Thür und Thor öffnen würde. Wenn man das Geld zurückzahlen will, wird es nach Beendigung dieses Prozesses immer noch Zeit sein, und wenn hier nachgewiesen wird, daß bei diesen Geldern irgend ein Bedenken ist, sie anzunehmen, so werden selbstverständlich die Vereine die Summen, die sie erhalten haben, zurückzahlen.

Präsi.: Ist die Summe von 300 000 Mark, die sie quittiert haben, denn bei der Pommernbank geblieben, oder ist sie Ihnen ausbezahlt? — Freiherr v. Mirbach: Ich wiederhole, daß die Quittung — mir war sie, wie ich betone, unbekannt, ich hatte sie vergessen — nur dazu dienen sollte, das Conto anzuklöpfen; es ist aber ausgeschlossen, daß ich weiter einen Pfennig erhoben habe. Von den 350 000 Mark sind meinen Vereinen nur 25 000 Mark zugeflossen, sonst nicht ein Pfennig!

Justizrat Dr. Sello (nach kurzer Besprechung mit den Angeklagten und den Mitverteidigern): Wir haben keine weiteren Fragen an den Herrn Zeugen.

Geheimrat Budde:

Ich hätte ohnedies Veranlassung genommen, mich in einem Punkte zu berätigen. Seine Excellenz haben schon selbst hervorgehoben, daß ich hier nur gesprochen habe aus dem, was mir von andern berichtet ist. In diesem einen Punkte hatte ich gesagt, daß Wulff mir berichtet habe, daß Herr Trautmann eine Quittung von 15 000 M. seiner Excellenz in Händen gehabt habe. Tatsächlich aber hat Herr Trautmann nur eine Quittung über 25 000 M. in Händen, und zwar ist diese nicht unterzeichnet von Sr. Excellenz, sondern von einem Institut zur Ausschmückung von Kirchen, so daß es wahrscheinlich ist, daß diese 25 000 Mark nichts anderes sind als die Summe, von der Sr. Excellenz spricht. Für mich steht es zweifellos fest, daß Sr. Excellenz nur das bekommen hat, was er hier behauptet und nicht 500 000 Mark und mehr, wie man aus meinen Angaben hätte folgern können. Ich finde es nicht nur begreiflich, sondern selbstverständlich, daß Excellenz die Ihnen von den Angeklagten persönlich angebotenen Summen im Interesse Ihrer Vereine angenommen haben, denn damals war vor der Definitivität feststehend, daß die Angeklagten noch reiche Leute waren und die Bank intakt war. Ich glaube, daß nur derjenige etwas dagegen haben kann, der sich annimmt, niemals irregulär zu werden. Ich versichere, daß es mir in tiefer Seele widerwärtig ist, daß sich an mein Auftreten hier eine Forderung geknüpft hat gegen eine Person wie Sr. Excellenz, die unter schwerer Verantwortlichkeit in selbstloser Weise die Pflicht erfüllt, die er für seine Pflicht hält. Es haben sich verschiedene Leute das Vergnügen gemacht, mir Auschnitte aus aus-

wärtigen Zeitungen zuzustellen. Ich habe daraus ersehen, mit welchem politischen Haß und welcher Verleumdungssucht diese Dinge betrieben werden. Sr. Excellenz weiß von mir — und darüber habe ich bei seiner ersten Namensnennung auch keinen Zweifel gelassen — daß ich Sie vom Scheitel bis zur Sohle für einen Ehrenmann halte, und niemand, der mir nicht aus gemeiner Bestimmung falsche Motive über mein Auftreten unterschiebt, wird der Meinung sein, daß dies nicht auch in alle Zukunft der Fall ist.

Präsi.: Ich möchte Sie, Excellenz, noch fragen, ob an die Hingabe der Gelder irgend welche Bedingungen geknüpft sind? — Freiherr v. Mirbach: Nein, niemals!

Excellenz Mirbach hat eine ansehnlich umfangreiche Zeugenaussage vor Gericht niedergelegt. Er hat vor Gericht sehr ausführlich über die „agitatorische Presse“ und die vortrefflichen Bestrebungen gesprochen, die er im Interesse der nothleidenden Arbeiterklasse betreibt. Es ist ein Entgegenkommen des Gerichts, das Gerichte nicht immer gewähren, daß es dem Oberhofmeister der Kaiserin gewähre, sich in dieser Art gegen die Angriffe, die außerhalb des Gerichts erfolgt sind, zu wehren und sein frommes Wirken, das vor Gericht nicht unter Anklage steht, also zu verherrlichen.

Leider aber hat Herr v. Mirbach um so weniger Ausführliches zur Aufhellung über den Verbleib der Hofbankspenden beizubringen vermocht, und das Gericht hat anscheinend die für die Beurteilung der Anklage dringliche Erforschung dieser Angelegenheit weiter zu veranlassen. Der Gerichtshof hat schon am vorigen Mittwoch, als Geheimrat Budde zuerst seine Aussagen machte, die Sache als erledigt erachtet. Es zeigte sich zwar bald, daß sie nicht erledigt war und Herr v. Mirbach mußte Gelegenheit nehmen, die erledigte Angelegenheit nochmals zu erledigen. Kaum hat er gesprochen, da erscheint dem Gericht diese Sache nun aber vollends und gänzlich erledigt. Bereits beginnen auch einige Zeitungen diese Erledigung anzuerkennen und dem Freiherrn devot zu danken, daß er die Güte hatte, alles offen und wahrheitsvoll aufzuklären.

In Wahrheit ist nichts erledigt und nur den Zeitungen, die nicht sehen wollen, mag die Zeugenaussage Mirbachs der Vorwand sein zur Verheimlichung des Pommernskandals, der nach dieser Aussage größer erscheint als je.

Zunächst die für die Anklage gegen Schulz und Romeid wesentliche Frage nach dem Gehahren, das sie mit fremder Leute Geld üben. Schulz hatte am Donnerstag erklärt, Herr v. Mirbach habe nur 25 000 M. empfangen. Aber Herr v. Mirbach selbst zeigt die Glaubwürdigkeit dieses Angellagten, indem er zugiebt, immerhin 235 000 M. empfangen zu haben. Herr v. Mirbach behauptet nur, daß er von der auf 350 000 M. lautenden Summe des Contos K für „seine Vereine“ nur 25 000 M. abgehoben habe. Den übrigen größeren Teil der Summe habe er zwar quittiert, aber nicht wirklich erhalten.

Die Mysterien der Hofbank-Verschöpfung verdunkeln sich, je mehr Freiherr v. Mirbach das Licht der Aufklärung entzünden will. Geheimrat Budde sagte unter Eid aus:

„Es liegt dann eine Quittung vor von Freiherrn v. Mirbach über 25 000 M., die er auf dieses Conto erhoben hat, am 3. November 1900, und über die Restsumme von 327 353,30 M., die er erhoben hatte am 28. Dezember 1900. Es ist das die Restsumme. Mit Zinsen zusammen machen beide Beträge 350 000 Mark aus.“

Hier ist die Abhebung des Geldes behauptet und Freiherr v. Mirbach erklärt, er habe vergessen gehabt, daß er eine solche Quittung ausgestellt hatte, aber sie sei tatsächlich ausgestellt und sie sollte dazu dienen, „das Conto aufzulösen“. Dem kassierenden Widerspruch zwischen der Aussage des Herrn Budde und des Freiherrn v. Mirbach ist vom Gericht nicht nachgegangen, obwohl die Vernehmung der vom Geheimrat Budde genannten Kassenbeamten Aufklärung geben mußte. Denn wenn die zunächst unverständliche Ausstellung einer Quittung für nicht empfangenes Geld stattgefunden hat, wie konnten die Kassenbeamten dem Geheimrat Budde sagen: die Restsumme von 327 000 M. ist am 28. Dezember 1900 erhoben worden? Und vor allem: wo ist diese ansehnliche Summe geblieben? Da Freiherr v. Mirbach sie von seinem Kirchenconto hat absetzen lassen, muß entweder ein anderer Empfänger vorhanden sein oder aber die Angeklagten haben das Geld in anderer Weise verschwinden lassen. Es ist schwer begreiflich, daß das Gericht unter dem Eindruck der Mirbachschen Veredsamkeit dem Versuch ausgewichen ist, diese Fragen zu lösen.

Die Verteilung aber des frommen Vermögens zwischen dem Herrn v. Mirbach und den Pommern kann durch die Zeugenaussage des Freiherrn in nichts gemildert werden. Es ist gänzlich belanglos, ob der Freiherr die Gesamtsumme, die ihm in Aussicht gestellt war und die er bereit war anzunehmen, wirklich abgehoben hat oder ob er, da die Bank zusammenbrach, auf einen Restteil verzichtete. Alles, was den Hofbank-Kirchenbau kennzeichnet, ist unerschütterlich festgestellt. In kürzester Frist hat Herr v. Mirbach in mehreren Raten fast 600 000 M. von den Schulz und Romeid zu Wohltätigkeits- und Kirchenbauzwecken sich schenken zu lassen bereit erklärt; Freiherr v. Mirbach hat harmlos die reiche Gabe der Uneigennützigkeit entgegengenommen und seine Zeugenaussage endet in der feierlichen Erklärung, daß Bedingungen an die Hingabe der Gelder niemals geknüpft worden seien. „Geknüpft“ werden solche Bedingungen niemals und es ist nur das wundersam wirkende Ungesagte, daß die Schulz und Romeid ihre brüchige Bank unter die ungewöhnliche Firma: „Hofbank Ihrer Majestät der Kaiserin“ stellten und durch dieses Ehrenschild Vertrauensseligkeit laden und in Verderben stürzen konnten. Freilich, es ist eine rückwärts wirkende Entschuldigung der Arglosigkeit des Freiherrn v. Mirbach, daß er persönlich und seine Herrin tatsächlich im Vertrauen auf die Schulz und Romeid nicht geknüpft worden sind. Freiherr v. Mirbach hat die erfreuliche Mitteilung gemacht: vom Jahre 1900 übergab ich ihnen Gelder meiner Vereine und auch Gelder der Schatulle, die sie sehr sorgsam und sicher angelegt und verwaltet haben.

Wie im Zusammenbruch der Sanden-Bank, so ist auch im Pommernsturz das Kirchengeld und das Geld der Schatulle, der Kaiserin bis auf den letzten Pfennig gerettet worden. Es wäre daher höchlich, den Anspruch des Herrn Schulz nicht anzuerkennen, den er auf das fortdauernde Vertrauen des Freiherrn an Gerichtsstelle laut erhob.

Und noch ein anderer Milderungsgrund ist der Vertrauensseligkeit des Freiherrn zuzuschreiben. Er hat ausgefagt, daß es für ihn nichts ungewöhnliches sei, von Reichen erhebliche Summen für kirchliche Stiftungen zu empfangen. Warum sollte er nicht an den frommen Sinn der Schulz und Romeid glauben? Warum sollte er nicht wähen, daß auch sie nur um ihres brünstigen Glaubens und ihrer himmlischen Seligkeit willen das gute Werk verrichten wollten? Was aber dem Freiherrn v. Mirbach als mildernder Umstand zukommt, das ist die um so schwerere Beurteilung des frommen Geschäftes, das sich heute als Christentum vorstellt. Der weltfremde Richter erzählt, seine Wohlthäter wünschten nicht, daß ihre Geldgaben öffentlich bekannt werden, aber auch den Schulz und Romeid hat nicht danach verlangt, daß ihre Geldgaben bekannt gegeben würden, sie waren bescheiden genug, den Kommerzienratstitel und die Hofbank-Firma zu gewinnen — natürlich ohne daß diese Bedingungen vereinbart waren.

Freiherr v. Mirbach rühmt sich des großen Lebenswunders, zahllose Kirchen zu bauen in Berlin und in der Provinz. Er baut sie vom Reichtum der Finanz, die von allen ausbeuterischen Klassen dieser Zeit die verderblichste und unchristlichste ist. Es ist das Verhängnis des höflichen Kirchenbaus, das Christentum auszuliefern an — „Satans Tüde“.

Freiherr v. Mirbach hat auch das erschütternde Geständnis abgelegt, seit 15 Jahren sei seine Hauptarbeit nicht nur für den Kirchenbau, sondern auch für das Wohl der arbeitenden Klassen zu sorgen. Sicherlich glaubt der Freiherr und glaubt alle seine höfliche Frömmigkeitsgenossenschaft ebenso an diese rühmend verkündete Arbeit, wie er an die Schulz und Romeid glaubte; er sorgt für die Arbeiter, indem er dem Grundfaß lebt: Unorganisierte allein dürfen zur Arbeit zugelassen werden, der Trost aber eines elenden und rechtslosen Lebens wird ihnen zu Teil in prunkvoll ragenden Kirchen, die Spekulanten und Ausbeuter christlichen Sinnes schenken!

Der Bankprozeß wurde zur Anklage gegen die widerwärtigste Verlogenheit einer verlogenen Zeit: gegen die Verfälschung einer Religion der Demut und Armut in eine Spekulation der Banen und Gauner.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Juni.

Der sechzehnte Juni.

Schon ein Jahr! Und Millionen wird es sein, als ob es erst gestern gewesen wäre: so tief und unverlöschbar deutlich hat sich dem Volke die Erinnerung an den stolzen aller Wahl-tage eingepägt. Lauter als heute vor einem Jahre hat die völkerebefreiende Socialdemokratie nie ihre Ideale in die Welt gerufen, enger haben sich nie die Massen um ihre Banner geschart, klarer ist es ihnen nie zu Bewußtsein gekommen, daß alles werdende Kulturgut, aller Schutz menschlicher Würde, daß alles, was an dem gegenwärtig lebenden Menschengeschlechte groß und zukunftsreich ist, in den Ideen der Internationalität des Klassenkampfes, der sozialen Revolution seinen Ausdruck findet.

Und noch ein zweites Jahr, ein drittes, ein viertes, und im fünften wird spätestens die nächste große Schlacht geschlagen werden. Nur dem Nüchtern erscheint der Lauf der Zeiten träge, der Schaffende sieht täglich mit neuem freudigen Erstaunen, wie der Kreislauf der Erde ihn der Zukunft entgegen trägt, die ihm gehört.

Ein Jahr liegt hinter uns, das ein Jahr der Arbeit, der Vorbereitung und Zurüstung sein sollte und es zum guten Teile auch gewesen ist. Die Zufallsercheinungen einiger Nachwahlen können uns nicht irre machen in der Ueberzeugung, daß die Wahrheit unaufhaltsam vorwärts schreitet, und selbst wenn wir müßig geblieben wären, so hätte doch die rastlose Arbeit unsrer Gegner ihr den Weg gebahnt. „Sie müssen!“ hat jüngst ein protestantischer Pfarrer von uns gesagt, weil er in der Socialdemokratie den wahrhaft heiligen Verus zur Menschheit erkannte. „Sie müssen!“ gilt aber auch von unsren Gegnern, all ihr Thun und Treiben macht sie wider ihren Willen zu unsren Dienern, all ihre Versuche, uns zu belämpfen, sind ebensoviele Thaten, die uns vorwärts schieben.

Für sie sind in diesem Jahre zwei Erscheinungen kennzeichnend gewesen. Niemals ist ihre Abßicht, dem deutschen Proletariat durch ein heimtückisches Staatsverbrechen seine gute gesetzliche Waffe zu entwinden, frecher und unterhändler zu Tage getreten. Und zum andern ist auch niemals ihre kindische Hoffnung, die unbesiegbare Partei werde im Wahnsinn Hand an sich selber legen, sie werde durch Aufgabe ihrer Grundsätze oder durch inneren Zwist Selbstmord üben, lauter und frohlockender geäußert worden.

Ihr Versuch, den notwendigen Entwicklungsprozeß des Volkes, der auf nothwendigen wirtschaftlichen und politischen Ursachen beruht, durch saarabische oder oberflächliche Systeme, durch Wuchererei und Kautschukerei aufzuhalten, wird an seinem inneren Widerspruch scheitern. Und nicht minder werden ihre Hoffnung vereitelt werden, daß die deutsche Socialdemokratie Zukunftsgüter, die ihr anvertraut sind, in der Leidenschaft des Augenblicks verschleudern werde.

Unsre Gegner haben in diesem Jahre nichts gelernt und viel vergessen. Wir haben aber nichts vergessen und viel gelernt. Sie können nicht begreifen, daß sich Menschen, die sich noch gestern arg beflehten, heute wieder zum gemeinsamen Kampfe zusammensuchen, weil sie sich als Herren spreizen, während wir mit freudigem Willen die Beherrschten einer Rasse sind, deren Willen, Hoffnungen und Wünschen sich alle unsre persönlichen Stimmungen unterordnen.

Ein Jahr ist verflogen, und das nächste soll die deutsche Socialdemokratie so einig und festgeschlossen finden, wie sie am 16. Juni 1903 im Kampfe wider ihre Gegner stand. Das Vermächtniswort Wilhelm Liebknechts gilt alle Tage:

Es ist keine Zeit zu verlieren!

Im Reichstage

Wurde Mittwoch unsre Interpellation, die von der Staatsregierung Auskunft über die Maßnahmen gegen die Verletzung zahlreicher Reichsgesetze durch das preußische Kontraktbruchgesetz fordert, noch nicht verhandelt, da der Staatssekretär im Reichs-Justizamt Dr. Rieberding sich erst für morgen zur Beantwortung bereit erklärte.

So kam das Haus sofort zu der Vorlage, welche von dem Reich die Uebernahme einer Zins- und Kapitalgarantie für den Bau der Bahn von Dar-es-Salaam nach Proporo verlangt. Wohl selten ist eine Vorlage so scharf angegriffen und so lahm verteidigt worden wie diese. Der Abg. Eugen Richter wies an der Hand authentischer Informationen nach, daß die Bahn wirtschaftlich genommen nicht die geringste Chance hätte, daß sie durch Steinwästen und Sumpfgewenden führte und keinerlei Herabminderung des Reichszulufusses für diese Kolonie herbeiführen könnte. Genosse Sadekum hob die ungeheuren Landkonzessionen hervor, die man einer durch die Garantie des Reiches in jeder Beziehung gedeckten Gesellschaft mache, und die zahlreichen andern Grundbesitz-Privilegien, die man ihr einräume. Und das, nachdem die letzte Tagung der deutschen Kolonialgesellschaft in Stettin selbst unter dem Vorsteher eines Prinzen Arenberg sich in schärfster Weise gegen den Bodenwucher in unsren Kolonien gewandt hat. Beide Redner hoben hervor, daß unsre Finanzlage und die zahlreichen wirklichen Kulturbedürfnisse, die in Deutschland unbefriedigt bleiben müßten, es jedem Abgeordneten verbieten sollten, für so zweifelhafte Unternehmungen Reichsgeld zu verwenden.

Energisch betonte Genosse Sadekum unsre principielle Feindschaft gegen die heute von Deutschland betriebene Kolonialpolitik, die nur das Volk zu Gunsten reicher Kapitalistengruppen belastet. Auch der Abg. Richter forderte eine Aenderung unsrer Kolonialpolitik von Grund aus. Unter den Verteidigern der Vorlage beschränkten sich Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung, der Centrumsabgeordnete Spahn und der Nationalliberale Dr. Sattler auf kurze Erklärungen. Was sollten sie auch zur Verteidigung ihres Verhaltens vorbringen, daß der Regierung statt der geforderten 15, Millionen 21 Millionen zur Verfügung stellt! Der konservative Abgeordnete Dietrich suchte mit einem ge-

fälligen Titel aus einer früheren Rede Webers zu operieren. Weber hatte einmal erklärt, daß, wenn die vorsichtige Deutsche Bank ihr Kapital in kolonialen Unternehmungen steckte, er vielleicht eher an die Entwicklungsfähigkeit des deutschen Kolonialbestandes glauben würde. Herr Dietrich suchte es so darzustellen, als ob diese Kapitalanlage, die das Reich zu 120 Proz. zurückzahlen sich verpflichtet, wirklich irgend welches Vertrauen der Kapitalisten zu unseren Kolonialunternehmungen beweise. Noch ungeschickter war der Reichsparteiler Graf Arnim, der in jedem seiner Worte daran erinnerte, daß er einst im Posttarifkampf den verächtlichen Zwischenruf gemacht hatte: „Der Vater wird wohl alles verlassen haben.“ Er nannte den Tod vieler braver junger Leute in den Kämpfen gegen die Pereros einen „kleinen Kaiserstübchen“ und sprach jedem, der es ernst nimmt, das nationale Gefühl ab. Genosse Ledebour rief ihm zu, daß ihm jedes menschliche Gefühl abgebe.

Indessen so gute Gründe auch von der Linken gegen die Vorlage ins Feld geführt wurden, die sehr stark vertretene Mehrheit brachte 149 Stimmen für die Vorlage auf, während nur 83 Stimmen, darunter vereinzelte aus dem Centrum, sich gegen das Gesetz erklärten.

Während hier das Geld mit vollen Händen für ein ausichtsloses Unternehmen, aber zum Nutzen einer reichen Gesellschaft hinausgeworfen wird, herrschte bei den Wohnungsgeldzuschüssen, die den nächsten Punkt der Tagesordnung bildeten, peinlichste Sparsamkeit. Die Regierung hält an der Verbindung des Wohnungsgeldes mit dem nach den Bedürfnissen der Offiziere verfahrenen Servistatist fest, wobei natürlich die Unterbeamten so stark zu kurz kommen, daß sie, wie Genosse Singer nachwies, das Fünf- und Sechsfache des Zuschusses für die wirkliche Miete ausgeben müssen. Alle Reichstagsparteien sind mit Rücksicht auf die zahlreichen Stimmen der kleinen Beamten mit diesem Zustand außerordentlich unzufrieden und haben den Servistatist, statt wie die Regierung fordert, bis 1913 nur bis 1906 bewilligt. Aber trotzdem auch heute die Regierung erklärte, mit Rücksicht auf die Finanzlage und die „schwierigen Vorarbeiten“ den vom Reichstage geforderten Entwurf bis 1906 nicht vorlegen zu können, blieb die Mehrheit bei dieser halben Maßregel stehen. Sie entschloß sich nicht, wie Genosse Singer forderte, die Keuregelung nur für die Wohnungsgeldzuschüsse vorzunehmen und den alten Servistatist einfach auf ein halbes Jahr zu verlängern, sondern gab sich damit zufrieden, daß Graf Pofadowsky „im Prinzip“ ihre Forderung nach Trennung als berechtigt anerkannte. Schließlich stimmte auch unsere Fraktion dem Kommissionsbeschlusse zu, um den Unterbeamten wenigstens die länglichen Vorteile, die ihnen der neue Servistatist bringt, vom 1. April 1904 an zuzuwenden.

Mit der Beratung dieses Entwurfs war es nach 6 Uhr geworden, so daß der Reichstag die Weiterberatung auf Donnerstag vertagte. Erster Punkt der Tagesordnung ist unsere Interpellation wegen des Kontraktbruch-Gesetzes; dann folgt die dritte Beratung des Servistatists, der ostafrikanischen Bahnvorlage und der dazu gehörigen Nachtragsetats, die gestern in erster und zweiter Lesung debattelos genehmigt wurden; endlich die dritte Lesung der Kaufmannsgerichte und einige kleinere Vorlagen, so daß der Reichstag wohl schließlich schon morgen seine Beratungen beenden kann.

Agrarischer Eigeninn und Volkshygiene.

Im Abgeordnetenhause legte am Mittwoch die konservativ-meritale Mehrheit wieder einen Beweis dafür ab, wie wenig ihr das Wohl der Bevölkerung am Herzen liegt, und wie sie einzig und allein darauf bedacht ist, die in ihren Reihen sitzenden Gutsherren vor Lasten im Interesse der Gesamtheit zu bewahren. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die zweite Beratung des bereits im vorigen Jahre eingebrachten aber nicht mehr verabschiedeten Ausführgesetzes zum Reichs-Seuchengesetz. In der Kommission ist eine Einigung zwischen Landtagsmehrheit und Regierung nicht erzielt worden; namentlich über die Regelung der Kostenfrage bestehen noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. So sollen nach den Kommissionsbeschlüssen u. a. die Kosten, die für die auf Grund des neuen Gesetzes vorgesehene Absonderung in Krankenhäusern oder anderen geeigneten Unterfunksträumen entstehen, aus öffentlichen Mitteln bestritten werden. Weiter enthält die Vorlage in der Kommissionsfassung Bestimmungen, die für Gütsbezirke wesentliche Erleichterungen für die Aufbringung der Kosten bezwecken, insbesondere soll den Kreisen die Hälfte der auf Grund des Gesetzes geleisteten Beiträge vom Staate erstattet werden, eine Bestimmung, die die Regierung als unannehmbar bezeichnete.

Obgleich die Regierung den Wünschen der Mehrheit schon recht weit entgegengekommen ist, ist doch das Zustandekommen des Gesetzes höchst unwahrscheinlich. Auf Antrag der Konservativen, denen sich das Centrum anschloß, wurde nämlich die Vorlage an die Kommission zurückverwiesen, angeblich um eine Verständigung zu erzielen. In Wirklichkeit bedeutet diese Verschleppung, daß in dieser Session die Vorlage nicht mehr verabschiedet werden kann. Aber was kümmert die Herren von der Rechten das allgemeine Wohlfahrtsinteresse? Die einseitige agrarische Interessenspolitik, die bei jeder Gelegenheit zum Durchbruch kommt, ist wieder einmal in krasser Form zu Tage getreten zum Schaden der gesamten Bevölkerung.

Am Donnerstag stehen zweite bzw. dritte Lesungen weiterer Vorlagen auf der Tagesordnung, darunter das Wildschon-Gesetz, die Sekundärbahn-Vorlage und das Lotteriegesetz.

Deutsches Reich.

Zum Hofbandprozeß. Gerade da Freiherr v. Mirbach vor Gericht über seine Beziehungen zu den Schülz und Bomeid ausfragte, fand im königlichen Schloß die 16. Jahresversammlung des Evangelisch-lutherischen Hilfsvereins statt. Ein Handstreifen der Kaiserin feierte die Tätigkeit des Vereins und Probst Freiherr v. d. G. hielt eine Ansprache, in der er das Vertrauen des Vereins zu Herrn v. Mirbach ausdrückte. Dem Ängeren Ausschuss, so teilte er mit, seien die öffentlich besprochenen Behauptungen aus dem Prozeß völlig unbelastet und es sei dem Vernehmen nach eine amtliche Aufklärung in Kürze zu erwarten.

„Wider besseres Wissen“ behauptet ein Teil der preussischen Richter, daß ihre Gehaltsverhältnisse reformbedürftig seien. Die „Tägliche Rundschau“ erhält eine Zuschrift aus richterlichen Kreisen, die sich im Anschluß an ein Vuch des Landgerichtsrats Kade „Der deutsche Richter“ bitter darüber beklagt, daß die Richter bei der Gehaltsaufbesserung im Jahre 1897 gegen die Regierungsräte um 600 M. zurückgesetzt worden seien. Zu fordern sei ein Anfangsgehalt von 3600 M. und für die Landrichter ein Höchstgehalt von 7200 M., für die Amtsrichter von 6000 M.

In St. Johann ist der Vergarbeiter Krämer, der die Arbeitslöhne der Vergarbeiter mit dem gewonnenen Kapitalprofiten verhält, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Gerichtshof gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Angeklagte zweifellos „wider besseres Wissen“ gehandelt habe, als er Arbeiter „Durchschnittseinkommen von 850 bis 1050 M. als „Kümmertlich“ nannte. In dieser Behauptung sahen die Richter das „Unerhörte, das entsetzt und empört.“

Herr Landgerichtsrat Kade, der mit viel besseren Richterlöhnen nicht zufrieden ist und aufreizende Vergleiche zwischen den Gehaltsverhältnissen der Richter und der Regierungsräte zieht, hütete sich vor der Empörung und der Enttäuschung seiner lazarischen Kollegen! —

Aus Baden wird uns geschrieben: Ein Polizeigesetz gegen die „Kurpfuscher“ sollte hier geschaffen werden. In Form einer Änderung des Polizei-Strafgesetzbuchs legte die Regierung dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, nach welchem ihr Blancobollmacht gegeben werden sollte, im Wege der Polizei-Verordnung nicht nur gegen sogenannte Kurpfuscher — darunter wurden alle nicht approbierten Heilkundigen verstanden — vorzugehen, sondern auch ganze Kurmethoden auf den Index zu setzen. Außerdem enthielt der Gesetzentwurf scharfe Bestimmungen gegen die Presse, die bestraft werden sollte, wenn sie Geheimmittel-Interesse oder Anzeigen von antikonzeptionellen Mitteln veröffentlichte. Die letztere Bestimmung wurde ganz lechzend begründet. In der Kommission wurden die meisten Bestimmungen etwas verschleiert, aber nicht beseitigt. Die sozialdemokratische Fraktion wandte sich im Plenum deshalb auch mit großer Entschiedenheit gegen das gesetzgeberische Machwerk. Sie hatte den Erfolg, daß die Vorlage nach zweitägiger hitziger Debatte, in der die Sozialdemokratie ganz allein stand, an die Kommission zurückverwiesen wurde, wo sie hoffentlich ein stilles Begräbnis findet. Das besämannende an der ganzen Geschichte ist, daß der Demokrat Deneb Vorsitzender der Kommission war, aus welcher die Vorlage mit dem Antrag auf Genehmigung herauskam und daß er dann in der Plenarberatung das jämmerlichste aller Polizeigesetze noch verteidigte! —

Karlsruhe, 15. Juni. Die Zweite Kammer beriet in der heutigen Sitzung das Volksschulbudget und die Schulanträge. Im Laufe der Verhandlungen erklärte der Kultusminister, bei der geplanten Reform erweise sich die Finanzfrage als die wichtigste Frage. Eines müsse er heute schon sagen, daß die Regierung auf dem Boden des bestehenden Rechts stehen bleibe, das heißt, einer Reform nur zustimmen könne, wenn die Gemeinden, wie bisher, vor allem die Kosten zu tragen haben. Eine bindende Erklärung in Betreff einer weiteren Erhöhung des Gehalts der Lehrer könne er heute nicht abgeben, doch möchte er betonen, daß Baden in Bezug auf die Lehrer keineswegs an letzter Stelle stehe. Im Landtage werde eine Vorlage eingebracht werden, die eine erhebliche Besserstellung der Lehrer vorsieht. Was das Studium der Lehrer an den Universitäten anlangt, so werde eine Verordnung ausgearbeitet, die unter gewissen Bedingungen das Universitätsstudium ermöglicht. Abgeordneter Fehrenbach gab als Vertreter des Centrums in Bezug auf die Stellung des Centrums zur Simultanschule die Erklärung ab, daß das Centrum die Simultanschule als gesetzlich und zu Recht bestehend anerkenne und einen Angriff auf dieselbe nicht unternehmen werde. —

Ausgewiesen wurde aus Breslau und Preußen der am 2. Mai verhaftete österreichische Porzellanarbeiter Grimm, der in dem schweren Verdacht stand, an dem Arrangement einer anarchistischen Versammlung, die sehr harmlos verlief, teilgenommen zu haben. Der Ausweisung war noch eine 16 tägige Untersuchungshaft vorangegangen. Der Staat ist gerettet. —

Ein Schuttmann, der seine eigene Frau verhaftet hat, stand am Montag vor der Strafkammer in Köln. Dem Schuttmann Hermann Behring wurde zur Last gelegt, seine Ehefrau auf öffentlicher Straße mißhandelt, sie widerrechtlich verhaftet und der Freiheit beraubt zu haben. Der Schuttmann lebte mit der Frau in Unfrieden und soll sie mehrfach mißhandelt haben. Die Ehe ist jetzt geschieden. Eines Tages traf die Frau ihren Mann, von dem sie über intimen Verkehr mit Prostituierten böse Dinge erfahren hatte, auf der Straße. Die Frau beschimpfte ihren Mann, dieser schimpfte wieder, wurde thätlich und mißhandelte die Frau. Diese floh, wurde eingeholt und nun malträtierte der Schuttmann die Frau wiederum und legte ihr die Kette an. Dann führte er sie wie eine Verbrecherin fort, aber nicht erst zum Polizeipräsidium, sondern direkt ins Gefängnis. Untertwegs muß er unbarmerzig an der Kette gezerrt haben, denn wie mehrere Zeugen sagten, war der Arm schwarz und blau. Das Gericht verurteilte den Schuttmann wegen Freiheitsentziehung und Mißhandlung zu drei Monaten Gefängnis. —

Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Maschinenpuffer Koch in Görlitz unter Ausschluß der Öffentlichkeit zur Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Ausland.

Schweiz.

Das Attentat auf den russischen Gesandten.

Unser Schweizerischer Korrespondent schreibt uns: Das Attentat des Ingenieurs und früheren russischen Offiziers Jnidi auf den russischen Gesandten Zadowsky in Bern ist sofort als ein unpösisches bezeichnet worden, da es ein persönlicher Racheakt ist. Von Wien aus wird gemeldet, daß der Attentäter ein Schwindler sei. Wir möchten daran erinnern, daß Jnidi im September 1903 im Berner „Bund“ als ein Opfer der russischen Willkürherrschaft und Korruption durch einen Notzettel in Form einer Petition an den Zaren von Rußland appellierte. Er erzählte da, daß er sich mit drei hohen russischen Beamten, dem Polizeichef Rustizky, dem Geheimsekretär des Generalgouverneurs Arentsk, Oberst Ruben und dem Beamten Korstschal in Kiew, die untereinander verschwägert sind, für ein industrielles Unternehmen assoziiert und als er ziemliche Forderungen an sie laut Vertrag zu erheben hatte, einfach ausgewiesen, seine Korrespondenz konfisziert und sein Haus und Mobiliar um einen „Pappenstiel“ verkauft wurde. Alle Versuche, die der so Betroffene und Vergewaltigte bis dahin unternommen, um zu seinem Rechte zu kommen, waren erfolglos geblieben.

Bei diesen Versuchen scheint auch der russische Gesandte durch Uebermittlung von Petitionen Jnidis nach Rußland auf amtlichem Wege behilflich gewesen zu sein, ohne jedoch dabei etwas erreicht zu haben. Mit dem Attentat wollte Jnidi gegen seine Venachteiligung, insofern seine Behauptungen wahr sind, demonstrieren. Offenbar ist der Mann geistig nicht mehr normal und dürfte er darüber, wie russische Machthaber ihm mitgespielt, den Verstand verloren haben. In Rußland selbst ist dies ja keine neue Erscheinung. Der russische Despotismus vernichtet Körper und Geist seiner Opfer.

Belgien.

Die Provinzial-Stichwahlen vom Sonntag haben den Liberalen einen weiteren Nachtwach und zwar auf Kosten der Merkmalen gebracht. Die letzteren haben im Lande insgesamt 30 Sitze verloren, und keinen einzigen Sitz gewonnen. Die Sozialdemokraten haben im ganzen ihre Position behauptet. Der „Peuple“ freut sich des Resultats, welches zeige, daß von einem Niedergange der Sozialdemokratie gar keine Rede sein könne, daß die Niederlage vom 29. Mai eben nur eine vorübergehende Schlappe darstelle, die sicherlich wieder ausgewetzt werde. Die Liberalen erinnern das Blatt daran, daß sie in vielen Fällen ihre Siege nur mit Hilfe der Sozialisten erzielen konnten. —

Amerika.

New York, 14. Juni. Die Inspektoren für das Einwanderungswesen werden von jetzt ab mit der größten Sorgfalt die Verhältnisse der Einwanderer prüfen. Von den 2100 Personen, die gestern hier eingetroffen sind, wurden 32 Prozent zur weiteren Prüfung ihrer Verhältnisse angehalten. —

Ottawa (Kanada), 15. Juni. Ein heute veröffentlichter amtlicher Erlaß giebt die Entlassung des Earl of Dundonald von seinem Posten als Kommandeur der Flotte bekannt, weil er in einer öffentlichen Rede die Regierung beschuldigt habe, daß sie militärische Beförderungen zu politischen Zwecken vorgenommen habe. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Das russische Wladiwostok-Geschwader

scheint den Versuch unternommen zu haben, Port Arthur zu Hilfe zu kommen.

In der Meerenge von Korea ist es nach einer „Reuter“-Meldung aus Tokio zu einem Gefecht zwischen russischen und japanischen Schiffen gekommen, über dessen Ausgang bisher keine Nachricht vorliegt.

Aus Yokohama wird der „Wostischen Zeitung“ gelabelt:

In Tokio verlautet, daß drei russische Kriegsschiffe vom Wladiwostok-Geschwader vor Tokioschima erschienen sind und den Ort beschossen haben. Die Kanonade wurde bis Tsunoshima und Nagato vernommen.

Eine japanische Niederlage

nördlich von Port Adams wird aus russischer Quelle durch folgendes Telegramm behauptet:

Petersburg, 15. Juni. Ein Telegramm des Generalleutnants Baron Stadelberg an den Kaiser von gestern meldet: „Heute mittag 12 Uhr wurden wir, sechs Werft südlich von der Station Wafangou, angegriffen. Der Gegner machte energische Versuche, unsere linken Flügel zu verdrängen.“

Die Angriffe des Gegners wurden zurückgeschlagen. Wir behaupteten unsere Stellung. Das erste Regiment, welches sich auf dem linken Flügel befand, erlitt ernste Verluste. Der Regimentskommandeur Oberst Gwaustunow und der Regimentsadjutant wurden getötet. General Berggroß wurde verwundet.

Daß diese Behauptung der Stellung länger andauern wird, ist nicht zu erwarten.

Vor Port Arthur.

Ein Telegramm aus Tokio meldet, daß die Hafeneinfahrt von Port Arthur offen sei. Der russische Kreuzer „Kowik“ fuhr aus dem Hafen heraus und kam ins Gefecht mit den blockierenden Schiffen.

Petersburg, 15. Juni. (Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Nach einer Meldung aus Ruden vom 14. Juni befindet sich die Port Arthur belagernde Armee auf der Linie Jimschenthel-Luntawantung. Zwischen den Vorpösten finden täglich Scharnhügel statt. Die Gerüchte über einen Sturm auf Port Arthur bestärken sich nicht.

Nachrufe über Port Arthur.

London, 13. Juni. (Fig. Ver.) Eine merkwürdig feierliche Stimmung durchzieht die heutigen Kriegsarbeiten der Londoner Presse. Sie klingen wie Leichenreden über Port Arthur. Die „Daily News“, die in ihrer Russenfreundlichkeit das Gespenst der gelben Gefahr heraufbeschwört, sagt in ihrem Leitartikel: „Das große Schauspiel, das sich hinter dem Vorhange des Schweigens im fernen Osten vollzieht, geht seinem Höhepunkte entgegen. Die Nachricht über den Fall Port Arthurs kann jeden Tag ankommen. Die Festung kann nur auf sich selbst hoffen, denn an Entfall ist nicht zu glauben. Nach der Schlacht bei Ranshan wurde die japanische Lage in Kwantung fast unannehmbar, und Kurokis Vormarsch nordwärts nach Jiaojiang macht jeden Entfallversuch undenkbar. . . . Port Arthur ist seinem Schicksal überlassen. Es hat 25 000 Mann, um sich gegen eine feindliche Stärke von 100 000 Mann zu verteidigen. Angesichts der Befestigungen um Port Arthur sind sich die Gegner, trotz der Verschiedenheit der Zahl, ebenbürtig. Aber Zahlen sind nicht der einzige Faktor. Die Russen stehen im Schatten der Niederlagen, die Japaner sind in der Begeisterung des Sieges. Nach den Erfahrungen bei Ranshan ist es zwecklos, den Versuch zu machen, die Möglichkeiten von Männern zu begrenzen, die nicht nur dem Tode trotzen, sondern ihm gleichgültig gegenüberstehen.“ Dann kommt die Pause der „gelben Gefahr“. —

Der „Standard“ leitetartikelt: „Die allgemeine Annahme, daß der Krieg sich einer großen Krise nähert, kann nicht durch den vollständigen Mangel an Nachrichten erschüttert werden. Während des ganzen Feldzuges haben die Japaner gezeigt, daß sie ihre Pläne geheim halten können. . . . Kuropatkin kann an einen Entfall Port Arthurs nicht denken und ohne auswärtige Hilfe muß die Lage der Festung bald verzweifelt werden. Die Vorbereitungen Rußlands sind weit hinter seinen Ambitionen geblieben.“

Der Fall Port Arthurs wird ein ungeheurer Schlag gegen das Prestige Rußlands in Asien sein. Er wird eine weitläufige schallende Ankündigung sein, daß ein großes politisches Abenteuer zusammengebrochen ist.“ —

Die „Morning Post“, die von Anfang an ebenso energisch wie die „Times“ für Japan eintrat, ist über den endgültigen Sieg Japans nicht im Zweifel. „Die letzten sechs Monate bewiesen, daß die Japaner als Nation einen festen Charakter und eine merkwürdige Intelligenz besitzen, und daß sie sich die Kunst und Wissenschaft des Krieges angeeignet haben. Sowohl ihre Führer wie ihre Soldaten stehen auf einem höheren Niveau der Intelligenz und haben einen solideren Charakter als die Russen. Sie haben sich zur See und zu Land strategisch und taktisch den Russen überlegen gezeigt. . . . Es ist möglich, daß die Russen sich die Lektion zu Herzen nehmen werden. Jedoch sind wir in dieser Beziehung nicht optimistisch. Absolute Monarchen lernen zuweilen schnell genug, aber Oligarchien lernen nur äußerst langsam. Und der russische Absolutismus ist nur der Mantel und das Symbol einer Oligarchie.“

. . . Der Aufstieg Japans bedeutet eine Verringerung in der strategischen Lage des Stillen Ozeans. Japan ist eine der beiden Großmächte in jenem Ocean, die andre Großmacht ist Amerika. So lange diese beiden Großmächte in Freundschaft leben, wird jener Ocean sein Adjektiv wirklich verdienen, denn so lange sie zusammengehen, kann keine europäische Macht gegen sie etwas ausrichten. England wird sich wahrscheinlich jenen Mächten anschließen.“ Das Blatt fordert dann die Regierung auf, Professuren für japanische Literatur und Geschichte einzurichten, um die Ereignisse im fernen Osten in intelligenter Weise verfolgen zu können. —

Aus Industrie und Handel.

Reichsanleihe und Reichsschuldbuch. Die Regierung sucht jetzt eifrig nach Mitteln, den kurzfristigen staatlichen Anleihepapieren zu helfen. Da der Plan des Finanzministers, die Sparfassen zur Anlegung eines größeren Teils ihrer Gelder in Staatspapieren zu zwingen, vorläufig ausichtslos ist, versucht man es mit der Aufhebung der Gebühren für die Umwandlung der Reichsschuldbuchverschreibungen in Reichsschuldscheinen, und zwar für die Eintragungen bei der Umwandlung von Reichsschuldbuchverschreibungen in Wuchschulden des Reiches, für Eintragung und Löschung von Vermerken über Bevollmächtigungen sowie über Änderungen in der Person oder der Wohnung des eingetragenen Berechtigten, für Eintragung und Löschung von Vermerken, nach welchen ein Vormund, Pfleger oder Beistand über eine Forderung, die zu dem seiner Verwaltung unterstellten Vermögen gehört, nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichts verfügen kann.

Motiviert wird diese Einführung der Gebührenfreiheit in der Begründung des dem Reichstage zugegangenen Gesetzentwurfs mit folgenden Worten: „Die Einrichtung des Schuldbuchs kommt den Interessen des Reiches insofern zu gute, als sie bewirkt, daß die dauernden Vermögensanlagen in den Schulden des Reiches eine

geeignete Erweiterung erfahren und dadurch der Betrag der im freien Verkehr befindlichen Reichsschuldverschreibungen entsprechend vermindert wird. Vermehrte Eintragungen von Buchschulden werden hiernach die Nachfrage nach Reichsschuldverschreibungen am offenen Markt beleben, mithin auf deren Kurs einen besitzergünstigen und steigenden Einfluss ausüben. Es kann als eine feststehende Tatsache betrachtet werden, daß die Kursverhältnisse der deutschen Reichsanleihen im Vergleich zu den Anleihen anderer Staaten, wie namentlich Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika, erheblich ungünstiger sind, obwohl jene keineswegs einen geringeren Grad der Sicherheit bieten. Insbesondere sind es die im Verhältnis zum inneren Werte der Reichsanleihen starken Kursrückstellungen, welche sowohl volkswirtschaftlich sich als höchst nachteilig erweisen, als auch den Kurs in ganzen herabzudrücken geeignet sind. Es muß daher die größere Stetigkeit und die mit dieser im engsten Zusammenhang stehende Steigerung des Kurses der Reichsanleihen als ein mit allen Mitteln anzustrebendes Ziel ins Auge gefaßt werden.

Große Wirkungen auf den Kursstand der Reichsanleihen sind von diesen kleinen Mitteln natürlich nicht zu erwarten, selbst wenn es eine starke Vermehrung der Eintragungen in das Reichsschuldbuch zur Folge haben sollte. Dieser sind nur ca. 12 Proz. des Gesamtbetrages der Reichsanleihen in das Schuldbuch eingetragen.

Die bekannte Baufirma M. Siegra ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten, die sie zu einer Zusammenberufung ihrer Gläubiger veranlaßt hat. Die das „Berliner Tageblatt“ erfährt, gab vor diesen der Bevollmächtigte der Firma — Siegra selbst war nicht anwesend — folgende vorläufige Uebersicht über den Status der Firma. Die Passiva betragen 4 940 000 M., darunter sind 1 825 000 M. Waren- und Wechselforderungen. Diese Passiven stehen an Aktiven 5 284 000 M. gegenüber. Diese Schätzung dürfte aber willkürlich sein, was schon aus der Aufzählung der Vermögensobjekte hervorgeht. Die Aktiva bestehen nämlich aus Grundstücken in Berlin, und zwar am Belleallianceplatz und in der Wilowstraße, aus dem Mörtelwerk Alfred Weidner, Charlottenburg, das einen jährlichen Nettoumsatz von 60 000 M. abwerfen soll, ferner aus Hypotheken, und zwar — wie der Bevollmächtigte der Firma hervorhebt — aus nur wenigen zur ersten Stelle und sehr vielen zur zweiten Stelle. Die Firma besitzt Hypotheken u. a. in Berlin in der Kaiser-Wilhelmstraße, Klosterstraße, Kaiserallee, Wilmersdorferstraße, ferner in Wilmersdorf, Schmaragdberg, Schöneberg. Sofort realisierbare Werte sind — wie der Bevollmächtigte ausdrücklich erklärt — nicht vorhanden. In der Gläubigerversammlung, in der es sehr erregt zugeht, wurde beschlossen, einen Gläubigerausschuß zu wählen, der die Sachlage scheinungsmäßig prüfen und einer neu einzuberufenden Gläubigerversammlung Bericht erstatten soll. Diese Gläubigerversammlung soll sich darüber schlüssig machen, ob ein Moratorium erwünscht wird oder die Konkursöffnung beantragt werden soll.

Soziales.

Lohnstatistik mit amtlicher Unterstützung in der Schweiz.
Zur Vorbereitung der Wiederaufnahme der Kranken- und Unfallversicherung soll auch eine exakte Lohnstatistik aufgestellt werden. Das Schweizerische Arbeitersekretariat hat vom eidgenössischen Industrie-Departement in Bern einen entsprechenden Auftrag erhalten. Dieses hat nun die Industriestadt Winterthur mit ihren fünf Aufsehergemeinden als Versuchsfeld gewählt und Genosse Arbeitersekretär Greulich hat darüber der dortigen Arbeiterschaft in zwei gutbesuchten Versammlungen die nötigen Aufklärungen gegeben. Die vom Arbeitersekretariat aufgestellte Zählkarte enthält Fragen nach Geschlecht, Zivilstand, Zahl der Kinder unter 14 Jahren, Heimatgemeinde, Firma und Sitz des Geschäftes, Stellung, Beruf oder Beschäftigung im Betriebe, Dauer der Dienstzeit des Befragten in dem betreffenden Geschäft, Höhe und Form des Arbeitslohnes (Zeit-, Stück- oder Accord-, Stunden-, Tage- oder Wochenlohn), Zahl der Arbeitsstunden pro Woche, Zahl der verlorenen Arbeits- oder Lohn-tage in den letzten zwölf Monaten und bezügliche Ursachen (Arbeitsmangel, Krankheit, Militärdienst, andre Gründe).

In Winterthur und Umgebung sind rund 6000 Metallarbeiter in 8 großen Maschinenfabriken, außerdem zahlreiche Metallarbeiter in kleineren Betrieben, ca. 300 Personen in 8 Schmelzfabriken, 700 Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Seidenweberei beschäftigt, ferner sind da 2 Seifenfabriken, eine Leinwand-Fabrik, zahlreiche bausewerbliche Betriebe, mehrere Buchdruckereien und Lithographien und Hilfsbetriebe anderer Gewerbe.
Zuletzt im Jahre 1888 machte Arbeitersekretär Greulich in Winterthur und Umgebung einen lohnstatistischen Versuch, der aber mit einem vollen Mißerfolg endete, indem einmal die Beteiligung der Arbeiter zu schwach und sodann die gemachten Angaben nicht immer einwandfrei waren. Zur Kontrolle der Angaben bei den jetzigen Erhebungen werden schon seit Monaten von dem jungen Berner Gelehrten Dr. Lohmar, dem Sohne des bekannten Berner Universitätsprofessors, Auszüge aus den Lohnlisten in den dortigen Fabriken gemacht.

Gelingt der jetzige Versuch, was sehr zu wünschen ist, so würde dadurch eine sehr wertvolle Lohnstatistik gewonnen, die nicht nur für die Kranken- und Unfallversicherung großen Wert hätte. Es würden dann auch lohnstatistische Untersuchungen in der Siderie-Industrie (St. Gallen etc.) in der Appenzeller Hausweberei und in der Uhren-industrie (West-Schweiz) folgen.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Angelobter sozialdemokratischer Gewerkschaftsterrorismus. Die „Wärtische Volkszeitung“, das dasbadische literale Blatt für Berlin und die Mark, betreibt bekanntlich als besondere journalistische Spezialität die Entdeckung bzw. Erfindung von sogenannten Gewerkschaftsterrorismus-Fällen. In ihrer letzten Dienstag-Nummer wachte sie wieder mal einen solchen „Fall“ zu erzählen. „In dem Betriebe für Geschäftseinrichtungen von Platon, Andreasstraße 21,“ so berichtete sie, „nahm am 14. März dieses Jahres ein Mitglied des christlichen Holzarbeiter-Verbandes die Arbeit auf, beteiligte sich am 21. und 22. März an dem dort inszenierten Werkstatte-Streik zwecks Aufbesserung der Löhne und arbeitete dann in dem erwähnten Betriebe weiter, hoffend, daß er für die Dauer Arbeit und Verdienst behalten werde. Aber er hatte nicht mit der Freiheitsliebe seiner sozialdemokratischen Mitarbeiter gerechnet. Die Behandlung, welche ihm diese zu teil werden ließen, spottet jeder Beschreibung. Da er auf wiederholte Aufforderung von seiten zweier dort beschäftigten Mitglieder des deutschen Verbandes diesem nicht beitreten wollte, stellten die Herren, die immer das Wort Freiheit im Munde führen, an den Werksführer des Betriebes die Aufforderung, den Christlichen, wenn er nicht dem Deutschen Holzarbeiter-Verbande beitrete, zu entlassen, andernfalls sie alle die Arbeit niederlegen würden. Gleichzeitig wurde am 6. Juni früh dem Mitgliede des christlichen Verbandes bedeutet, daß er, wenn er sich nicht zum deutschen Verbande bekehren wolle, den Betrieb verlassen müßte, da sie mit einem christlich organisierten nicht weiter zusammen arbeiten wollten. Sie gaben ihm noch (wie großmütig!) Bedenkzeit bis Mittag genannten Tages. Der Bedrohte ließ sich nicht beirren und lehnte die Zumutung der Herren Genossen entschieden ab; daraufhin nahm am Nachmittag nur die Hälfte der im Betriebe beschäftigten Arbeiter die Arbeit wieder auf; das Mitglied des christlichen Verbandes wurde vom Werkmeister nach dem Ausruf beschieden, wo ihm der Rat erteilt wurde, dem deutschen Verbande beizutreten, andernfalls er entlassen werden müßte. Auch in diesem kritischen Momente lehnte der christlich organisierte es wieder ab, der Weisung zu folgen, und wurde dann kurzer Hand entlassen.“
Nach vorgenommenen Recherchen liegt der „Fall“ ganz anders, nämlich folgendermaßen:

Ein im christlichen Holzarbeiter-Verband organisierter Tischler Namens Wache arbeitete vom 14. März bis anfangs Juni bei der Firma Platon. Ihm sind von seinen Arbeitskollegen wiederholt Vorwürfe darüber gemacht worden, daß er sich nicht an den Werkstatte-Sitzungen beteilige, wo über die internen Werkstatte-Angelegenheiten diskutiert wurde. Nach Aussage des Chefs, des Geschäftsführers und des Werkführers der Firma Platon ist von keiner Seite auch nur ein Wunsch geäußert worden, den Wache zu entlassen. Er ist überhaupt nicht entlassen worden, sondern hat selbst aufgehört.

Demnach ist die Behauptung, daß die Hälfte der im Betriebe beschäftigten Arbeiter am einem Nachmittage die Arbeit eingestellt hätten, um die Entlassung des Wache zu bewirken, nichts als eine Erfindung.

Die Steindruck- und Steinschleifer der Lugschpapierfabrik von Priester u. Ehl, Berlin, Köpenickerstr. 37, haben die Arbeit niedergelegt. Ein seit längerer Zeit eingewurzelter Ueberstunden-system veranlaßt die dortigen Arbeiter, der Geschäftsleitung eine Resolution zu unterbreiten, in der sie ausprechen, daß sie künftig nur noch 1 Ueberstunde leisten würden. Nachdem man zwei Maßregelungen von Arbeitern dieserhalb ruhig mit angesehen hatte und ein mehrmaliger Verständigungsversuch der Organisation von dem Vertreter des Geschäfts abgewiesen worden war, erfolgte bei der dritten Entlassung eines Steindruckers auf Grund der Resolution die einmütige Arbeitsniederlegung sämtlicher Steindrucker und Steinschleifer, zumal die Befürchtung bestand, daß weitere Maßregelungen folgen würden. Die Arbeiterblätter allerorts werden erjucht, durch Abdrucken dieser Notiz vor Zuzug streng zu warnen. Die Verwaltung der Filiale I.

Deutsches Reich.

Der Malerstreik in Hannover ist, wie wir bereits gestern meldeten, nach 13wöchentlicher Dauer am Dienstag beendet worden. Der Erfolg ist ein negativer. Zwar war in den letzten Wochen eine Einigung in Bezug auf die Arbeitszeit und verschiedene andre Fragen erfolgt, nicht aber über den Minimallohn. Gefordert war ein solcher von 50 Pf. pro Stunde. Die Arbeitgeber wollten einen Normallohn von 45 Pf. bewilligen bei normaler Leistung der Gehilfen, aber der Minimallohn sollte wie bisher auf 40 Pf. bestehen bleiben und zwar nur, weil er einmal festgesetzt sei. Am liebsten, so erklärten die Arbeitgeber, befristigten sie denselben ganz.

Eine Einigung war nicht zu erzielen, so daß das Einigungsamt des Gewerbegerichts in Funktion trat. Nach der ersten Sitzung desselben am 30. Mai wurde auf Vorschlag des Gewerbegerichts vorstehenden nochmals der Versuch einer außergerichtlichen Beilegung des Streiks gemacht, der zu dem Erfolge führte, daß abgemacht wurde: der Minimallohn beträgt in den ersten beiden Jahren nach beendeter Lehrzeit 42 Pf., für die übrigen 46 Pf. Der schon festgesetzte weitere Termin beim Einigungsamt wurde dann auf beiderseitigen Wunsch abgesetzt. Beim Weggehen vom Gewerbegericht — also nachdem der Termin schon abbestellt war — sagte der Obermeister, es sei der Minimallohn nur so verstanden, daß derselbe „in der Regel“ bezahlt werden sollte. Darauf wurde ihm erwidert, daß abgemacht sei, der Minimallohn müsse bedingungslos jedem bezahlt werden. An dieser eigenmächtig vom Obermeister eingefügten Klausel werde sonst alles scheitern. In der Meisterversammlung schloß der Obermeister über diesen Protest und ohne über die tatsächlichen Verhandlungen mit der Gehilfen-Kommission unterrichtet zu sein, beschlossen die Meister, „in der Regel“ 42 bzw. 46 Pf. Minimallohn zahlen zu wollen. Dieses lehnten die Arbeiter rundweg ab und ersuchten das Gewerbegericht um Fortsetzung der Verhandlungen. Das Einigungsamt fällt, da eine Einigung an der jeder Willkür Thür und Thor öffnenden Klausel scheiterte, einen Schiedspruch, der aber lediglich die Zuständnisse der Meister bestätigte, indem festgesetzt war:

Jungen Gehilfen ist bei normaler Leistung bis zum Ablauf des zweiten Jahres nach vollendeter Lehrzeit ein Stundenlohn nicht unter 42 Pf. zu bezahlen.

Älteren Gehilfen, welche die im Geschäft vorfindenden mittleren Arbeiten in Heim- und Oelfarbe selbständig ausführen können, ist bei normaler Leistung ein Stundenlohn nicht unter 46 Pf. zu bezahlen.

Der Schiedspruch machte also den Minimallohn von noch weiteren Voraussetzungen abhängig, als das Zuständnis der Meister. Es ist der Minimallohn dadurch völlig bedeutungslos geworden. Da der Tarif außerdem auf drei Jahre abgeschlossen werden sollte, war es klar, daß die Gehilfen denselben nicht annehmen konnten. Sie wollten ja auch nur schlicht wissen, was von den Meistern schon zugestanden war, nämlich den bedingungslosen Minimallohn, der hinterwärts allein vom Obermeister wieder beseitigt worden war. Die Streikenden lehnten daher den Schiedspruch am Donnerstag einstimmig mit 210 Stimmen ab. Von den ursprünglich in den Streik eingetretenen Malergehilfen arbeiten 320 außerhalb Hannovers. In der Abstimmung nahmen nur 28 Streikende, die sich auf Streikposten befanden, nicht teil. Irigendwelche Aussicht auf Erreichung besserer Resultate war nicht mehr vorhanden. Daher beschloß auch die Versammlung mit 147 gegen 68 Stimmen, den Streik sofort zu beenden und am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Meister beschließen erst am Freitag über den Schiedspruch. Dieses Ergebnis abzuwarten, hielten die Streikenden nicht für nötig.

Hervorzuheben ist noch, daß von den Streikenden so gut wie niemand während des 13wöchentlichen Kampfes abgefallen ist. In Streikbrechern waren am Schlusse des Streiks noch nicht 20 Proz. der sonst am Orte beschäftigten Malergehilfen vorhanden. Zuzug nach Hannover ist vorläufig noch ferngehalten.

Die Tischler verschiedener Geschäfte Köln sind wegen Lohn-differenzen in den Ausstand getreten. Weitere Ausstände stehen bevor. Zuzug fernhalten.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Filiale Köln a. Rh.

Achtung, Zimmerleute! Bei dem Zimmermeister Schärzmeister in Eisenach traten gestern 25 Zimmerleute wegen Lohn-differenzen in den Ausstand. Die Ausständigen waren auf Vanten in Schweina und Liebenstein beschäftigt. Zuzug fernhalten.

Achtung, Maurer! In Fulda befindet sich der größte Teil der Maurer im Ausstand. Es handelt sich um eine Verkürzung der Arbeitszeit und um Lohn-erhöhung. Zuzug fernhalten.

Die Maurer Bremens hielten Mittwoch, wie uns von dort berichtet wird, eine Versammlung ab, um die Antwort der Meister entgegen zu nehmen und event. endgültig über den Streik zu beschließen. Mit nichtstogenden Redensarten lehnien die Unternehmer in dem eingetroffenen Schreiben kurzweg die Forderungen der Gehilfen ab. Die Antwort, die von seiten der Arbeiter auf diesen brüsten Bescheid der Unternehmer erfolgte, war die, daß von den 910 Anwesenden sich 828 für die sofortige Einstellung der Arbeit erklärten und nur 72 dagegen stimmten. Damit war der Ausstand erklärt. Nach Wahl eines Streikkomitees wurde hierauf die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf die Organisation geschlossen.

Von dem Ausstand betroffenen sind bisher insgesamt 454 Zimmerer mit 1018 Familienangehörigen, 1107 Maurer mit 1925 Familienangehörigen und 1133 Bauarbeiter mit 2409 Familienangehörigen. Im ganzen sind also nach den letzten Ziffern am Ausstand beteiligt oder in Mitleidenschaft gezogen 2694 Arbeiter mit 6352 Familienangehörigen. Da nach dem gestrigen Versammlungsbeschlusse jetzt auch der Rest der Maurer, welcher die beiden Tage noch teilweise arbeitete, ebenfalls in den Streik tritt, und die andern Wandwerker, wie Tischler, Klempner, Dachdecker, Steinbauer, Maler usw., in den Ausstand mit einbezogen werden, so erhöht sich die Gesamtziffer der Ausständigen noch

gewaltig. Ein großer Teil der Ausständigen, Ledige und Verheiratete, verläßt Bremen, um an andern Orten Arbeit zu suchen, da man allgemein darauf gefaßt ist, daß der Ausstand monatelang andauern wird.

Ausland.

Gegen die Organisationen des niederländischen Marinepersonals. Wie der Redakteur vom „Het Anker“, dem Organ des Marine-matrosen-Verbandes, in einem Schreiben vom 8. d. M. im „Het Volk“ mitteilt, ist den Marinematrosen in ganz Niederländisch Ostindien verboten worden, das Verbandsorgan zu lesen. Das Verbot ist, wie der Redakteur des Blattes W. H. Meijer von zuverlässiger Seite erfahren hat, direkt vor dem Minister Ellis ausgegangen und nicht vom Admiral Taberna in Batavia, der als ein humaner und freimüthiger Mann bezeichnet wird, welcher wohl einseht, daß eine solche Verbotsorder die unter dem Marinepersonal herrschende Verbitterung nur verneinern kann. — Auch gegen den Heizerverband „Goetgelet“ wird vorgegangen. Am 7. d. Mts. wurde dem Verbandsvorstand mitgeteilt, daß die Vorstandsmitglieder im Laufe eines Monats entlassen werden, falls sie den Redakteur von „De Falk“, der zugleich Administrateur des Verbandes ist, nicht zwingen, den Inhalt des Blattes mit der „Kriegszucht“ in Uebereinstimmung zu bringen.

Die Aussperrung in der Diamantindustrie. In Antwerpen sind am Montag fast alle Diamantarbeiter wieder in Arbeit getreten. Nur ein Viertel der Fabriken liegen noch still, weil die betreffenden Unternehmer wohl nur 67 Stunden wöchentlich arbeiten lassen wollen, jedoch Montage sieben Stunden und an den andern Wochentagen zehn Stunden. Diese Differenz wird aber wohl bald überwunden werden.

Der schweizerische Schneider- und Schneiderinnen-Verband hat im Jahre 1903 seine Mitgliederzahl von 1890 auf 1704, also um 329 erhöht. Seine Einnahmen betragen 11 472,90 Fr., die Ausgaben 8306,95 Fr., der Vermögensbestand 3167,85 Fr. Durch eine ganze Anzahl Lohn- und Streikbewegungen sind Verbesserungen verschiedener Art erzielt worden. Die jüngst abgehaltene Delegiertenversammlung, der als Vertreter des deutschen Schneider-Verbandes Genosse Holzhauser-Berlin beizutrat, beschloß den weiteren Ausbau der Krankenkasse und der Reise-Unterstützung, die Anstellung eines ständigen Sekretärs mit 2400 Fr. Anfangsgehalt, Erhöhung der Wochenbeiträge von 20 auf 30 Cent. und endlich die Auffstellung des folgenden Kampfsprogramms: Errichtung von Betriebswerkstätten, Abschaffung der Stückarbeit und Einführung des Zeitlohnes. Der Wiederanschluß an den Gewerkschaftsbund wurde abgelehnt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Teilnehmer der Schlägerei verhaftet.

Hannover, 15. Juni. (W. Z. V.) In der Untersuchungssache betreffend die nächtliche Schlägerei in Hannover zwischen Berliner Reserve-Offizieren und Hannoverischen Säugleuten ist auf Grund eines Haftbefehls des königlichen Amtsgerichts der Reifbeteiligte an der Schlägerei, der frühere Oberleutnant Freiherr v. Wobbenhausen, bei seiner Entlassung aus der Klinik durch den Kriminalpolizeispektor Honrichshausen und den Kriminalinspektor Meyer in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert worden. Freiherr v. Wobbenhausen wird der schwersten Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Beamtenebeleidigung angeklagt werden.

Eisenbahn-Unfall.

Montjoie, 15. Juni. (W. Z. V.) Heute nachmittag 2¼ Uhr stießen auf der eingleisigen Strecke Montjoie-Kalterherberg zwei Güterzüge zusammen. Ein Zugführer wurde schwer und acht Personen leicht verletzt; 10 Wagen wurden beschädigt.

Laminenzurz.

Klagenfurt, 15. Juni. (W. Z. V.) In der Nähe von Hüttenberg ist eine große Erdblawine niedergegangen; durch die dadurch verursachte Stauung des Steierbaches ist der genannte Ort gefährdet.

Kommission zur Untersuchung der Karthäuser-Angelegenheit.

Paris, 15. Juni. (W. Z. V.) Die Kommission zur Untersuchung der Millionen-Angelegenheit der Karthäuser hat heute ihre Bureau gebildet. Zum Vorsitzenden wurde der Deputy für Jomte Flandin (Republikaner) mit 18 gegen 8 Stimmen gewählt gegen Rabier (radikaler Sozialist). Die übrigen Mitglieder des Bureaus gehören der Opposition an, da die Ministerialen sich geweigert hatten, in das Bureau einzutreten.

Paris, 15. Juni. (W. Z. V.) Die Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit der Karthäuser erbat und erhielt die Genehmigung zur Einsicht in die auf die Sache bezüglichen Gerichtsakten.

Paris, 15. Juni. (W. Z. V.) Die Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit der Karthäuser trat heute abend zusammen und nahm die Aussagen des Handelsministers Treuillot entgegen, welcher bestätigte, daß es von Chabert gewesen sei, der Michel Lagrave erklärt habe, die Karthäuser seien geneigt, dem Ministerpräsidenten zwei Millionen anzubieten, wenn dieser der Kammer einen ihnen günstigen Gesetzentwurf vorlege. Die Kommission lehnte sodann den Antrag ab, eine Abordnung nach Havre zu entsenden, damit diese Lagrave bei seiner Ankunft vernehme. Im Laufe des Abends hörte die Kommission sodann noch Combes und Millerand.

Rasi droht mit Enthüllungen.

Rom, 15. Juni. (W. Z. V.) Ein Rasiener Blatt erzählt aus angeblich bester Quelle, der frühere Minister Rasi werde demnächst nach Italien zurückkehren, um sich zu reorganisieren. Rasi droht dem Minister des Innern und Kabinettschef Giolitti mit sensationellen Enthüllungen.

Vom russisch-japanischen Kriegsschauplatz.

London, 15. Juni. (W. Z. V.) Wie hiesige Abendblätter aus Tokio melden, war der Kreuzer „Kowik“ beim Auslaufen aus Port Arthur von 10 Torpedojägern begleitet. Die japanischen Schiffe versuchten die russischen auf die hohe See zu locken, die letzteren kehrten aber nachmittags in den Hafen zurück.

Tokio, 15. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine noch unbefatigte Meldung besagt, daß der japanische Kreuzer „Kitala“ unweit der Insel Tsushima mit dem russischen Wladimiroff-Schwader in Kampf geraten sei. — Bei der Insel Ili begegneten heute zwei nach Japan zurückkehrende Transportdampfer russischen Kriegsschiffen; letztere verfolgten die Dampfer und gaben 10 Schuß auf sie ab, doch gelang es ihnen, den Hafen Kantonots auf Ili zu erreichen. Ferner trafen heute früh drei Transportdampfer die vom Hafen Schimonicki aus Japan verließen, außerhalb der Koreastraße auf russische Kriegsschiffe. Die Russen feuerten achtzehn Schuß auf die Dampfer ab. Einer der Transportdampfer ist entkommen, das Schicksal der beiden andern ist noch nicht bekannt. Die Marinekreise in Sacho halten eine Seeschlacht für nahe bevorstehend.

Tientsin, 15. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einer aus russischer Quelle stammenden Meldung sollen am Montag 4000 Mann, die zum Entsch von Port Arthur bestimmt waren, Tschitschao passiert haben.

Petersburg, 15. Juni. (W. Z. V.) Zum Kommandeur des sechsten sibirischen Armeekorps ist Generallieutenant Sjobolew ernannt worden.

Gefangennahme eines Lama.

Chantsje (Tibet), 14. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine Abteilung der britischen berittenen Infanterie hat ein Lama gefangen genommen, der angeblich von Chassa komme. Er sagte, wenn die Engländer sich Chassa nähern, würden die Tibeter bis zum Tode kämpfen; er sagte aber hinzu, daß der Dalai-lama alle Vorbereitungen zur Flucht nach China getroffen habe.

Reichstag.

98. Sitzung. Mittwoch, den 15. Juni 1904, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Dr. Stäbel. Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste und zweite Beratung eines Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für das Rechnungsjahr 1904.

Abg. Spahn (C.) bittet, ohne Kommissionsberatung die Vorlage anzunehmen, da sie nur die Konsequenz der gestern gefassten Beschlüsse sei. Es handle sich darum, die Mittel für die gestern beschlossenen Bahnen in den Kolonien bereit zu stellen.

Ohne weitere Beratung werden die Nachtrags-Etats in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Interpellation Kuer und Genossen betreffend das preussische Gesetz zur Erleichterung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter und des Gesinde.

Staatssekretär Dr. Rieberding: Ich bin bereit, die Interpellation morgen im Namen des Reichslandwirts zu beantworten.

Präsident Graf Ballestrem: Ich werde also die Interpellation morgen als ersten Punkt auf die Tagesordnung setzen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die Fortsetzung der zweiten Lesung betr. Uebernahme einer Garantie des Reiches in Bezug auf eine Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro. — Hierzu liegt ein Antrag Spahn (C.), v. Normann (L.), Dr. Sattler (natl.), Schrader (fr. Bg.) vor, statt 18 1/2 Millionen die Garantiesumme auf 21 Millionen zu erhöhen und dafür die Spurweite der Bahn auf 1 Meter statt auf 0,75 Meter festzusetzen.

Abg. Richter (fr. Bg.):

Der Abg. Schrader hat sich eine sehr bequeme Formel zurechtgemacht zur Bekämpfung des Widerstandes gegen jede einzelne Forderung. Da er sich auch heute zum Wort gemeldet hat, wird sie uns nicht entgehen. (Heiterkeit.) Sie heißt: Wenn wir einmal die Kolonien haben, müssen wir auch etwas auf dieselben anwenden. Aber wenn jemand eine Parzelle erwirbt, die gegen seine Erwartung sich nachher als unfruchtbares Gestein, als Sumpf erweist, so wird er nicht noch größere Aufwendungen darauf machen. Jedenfalls heizt es beim Abg. Schrader ganz anders, als er noch der Kolonialpolitik Bambergers folgte. Der Antrag Spahn will 2 1/2 Millionen mehr bewilligen, als die Regierung gefordert hat. Das ist eine äußerst seltsame Erscheinung. Man könnte über diesen Antrag gleichsam als Motto setzen: Afrika, Afrika über alles! (Heiterkeit.) Daher haben selbst kolonialfreundliche Blätter, wie die „Kölnische Zeitung“ und die „Tägliche Rundschau“ die größere Spurweite für durchaus ungerechtfertigt erklärt; auch der Staatssekretär hat in erster Lesung die geringere Spurweite verteidigt.

Wie ist denn überhaupt das Projekt der größeren Spurweite entstanden? Es ist im Hintergrunde schon wieder die Centralbahn, die große Seebahn aufgetaucht, und man will später an sie Anschluß haben. Die Bahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro soll die erste Teilstrecke der großen Seebahn sein, die über tausend Kilometer lang sein und viele Hundert Millionen kosten würde. Besonders im Centrum machen sich solche Stimmungen geltend. Schon bei der ersten Beratung hat der Abg. Schwarz wörtlich geäußert: Diese Bahn soll nur ein erstes Glied sein, Ostafrika sei ein Jutvel, man müsse nur energisch zugreifen. Auch der Abg. Spahn ist von heiligem Kolonialfeuer durchglüht und sieht in Ostafrika einen Stützpunkt unserer Weltpolitik. Ich bin umgekehrt der Meinung, daß wir Ostafrika stützen müssen. (Sehr gut! links.) Er schwärmt für Ostafrika, weil dort gegenüber dem Mohammedanismus der ungesunden Götzen die Christianisierung eifrig betrieben wird. Ich will nicht darüber streiten, ob das gut ist; andre Kolonialmächte halten strikte Neutralität gegenüber allen Religionen. (Sehr wahr! links.) Ich habe aber bisher nur gefunden, daß die Missionstätigkeit in Afrika wenig Unterstützung gefunden hat; die politischen Gegensätze hindern ihre Wirkung auf die Eingeborenen. Der Abg. Schrader wiederholt immer, wir müssen das Land erschließen. Wir erschließen nun schon seit 20 Jahren, und je mehr wir erschließen, desto öder wird das Land. Zum Schlusse werden aufgeschloffen werden nur neue Steuerquellen, die die Lebensmittel des Volkes verteuern, damit wir weitere Aufwendungen für Ostafrika machen können. An Stelle der hochfahrenden Redewendungen sollte man die praktischen Verhältnisse in den Gegenden, die die Bahn durchschneiden soll, schärfer ins Auge fassen. Plantagen giebt es da überhaupt nicht; die Eingeborenen sind nichts weniger als arbeitslustig. Auf jeden Quadratkilometer entfallen 2 1/2 Einwohner, weite Gebiete sind gänzlich unbewohnt. Sind das Verhältnisse für neue Ansiedler und eine neue Bahn? Man beruft sich auf das Beispiel der Usambara-bahn. Aber kann man aus einer Strecke im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier Schlussfolgerungen für Hinter-vonnen ziehen? Man sagt, die Anordnungen längs der Bahnstrecke hätten stark zugenommen. Aber einmal finden die Anordnungen gar nicht in der Nähe der Bahn statt, und zweitens hat in den Gebieten eine Hungersnot geherrscht, die mehr als die Hälfte der Bevölkerung hingerafft hat. (Hört! hört! links.) Da ist es nur natürlich, daß der so entstandene Mangel an Arbeitskräften durch Zugang wieder ausgeglichen wird, den die Kolonialverwaltung übrigens subventioniert. Herr Dr. Spahn hat in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Hochland“ ausgeführt, die Missionen würden durch die neue Bahn 200 000 M. Transporthosten sparen. An der Bahn liegen aber nur zwei kleine Missionsanstalten. Mit wie viel Millionen müssen die Missionare dann rechnen? (Heiterkeit.) Die Verwaltung soll ebenfalls 200 000 M. an Transporthosten sparen. Im Jahre betragen die Transporthosten der Verwaltung 45 000 M. Wie man da 200 000 M. sparen kann, das Rechenexempel soll mir Herr Spahn gefälligst näher erläutern. Wenn ich ihm ein noch so schönes Zeugnis in Fleisch geben könnte, im Rechen bedarf er unbedingt der Nachhilfe. (Heiterkeit.) Er versichert, daß Deutschland jährlich für 3 1/2 Milliarden Baumwolle einführt. Schon gestern sagte Herr Dr. Arendt, daß es noch nicht der zehnte Teil ist. Herr Spahn ist mit Kullern etwas zu freigebig. (Erneute Heiterkeit.) Für die Schutztruppe sollen wir eine Compagnie ersparen, aber in dem ganzen Gebiet der Bahnstrecke sind sechs Mann Schutztruppen, davon wird nicht einer erspart werden; umgekehrt: je größer der Verkehr ist, desto mehr Gendarme wird man anstellen. Das nehme ich wenigstens nach den Erfahrungen in Deutschland an. Ich beitrete auch, daß die Erfahrungen in Südwestafrika dazu führen könnten, Militärbahnen zu bauen. Gerade rechts und links der Eisenbahn sind Aufstände entstanden. Gerade durch sie sind Fraktionen mit den Eingeborenen hervorgehoben worden. Die militärische Beherrschung ist ja schließlich nicht die vornehmste Aufgabe des Landes. Wir wollen aus den Kolonien wirtschaftlichen Nutzen ziehen. Wenn die Eingeborenen mit modernen Feuerwaffen versehen sind, können sie trotz aller Bahnen den Truppen die größten Schwierigkeiten machen. Das haben die Italiener in Abyssinien, die Amerikaner auf den Philippinen, die Engländer gegen die Boeren trotz deren verhältnismäßig geringer Zahl erfahren müssen, und das erfahren wir jetzt in Südwestafrika. Mit jeder Nachsendung werden neue Millionen in das Unternehmen hineingesteckt. Die Offiziere und Mannschaften, die für das Vaterland noch viel hätten leisten können, fallen den Hereros zum Opfer. In Ostafrika wäre eine Ueber-werfung noch viel schwieriger, weil dort die Eingeborenen einen höheren Kulturgrad besitzen, durchsetzt mit arabischen und indischen Elementen, und dazu kommt noch das tropische Klima. Wenn wir die Ereignisse hätten voraussehen können, hätten wir, wie schon Bamberger sagte, schwerlich in dem gottverdammten Angra Frequenz unsere Flagge gehißt. Das Regimentieren auf der einen und das Kommandieren auf der anderen Seite sind noch keine Kolonialpolitik. Eine Aenderung von Grund auf hätte not. Angesichts

unserer Finanzlage und der zahllosen Bedürfnisse der Heimat lehnen wir die Vorlage ab. (Lebhafte Bravo! links.)

Abg. Schrader (fr. Bg.):

Ich bin durchaus kein Freund der Kolonialpolitik gewesen, als sie inaugurirt wurde, weil ich mir die Schwierigkeiten voraussetzte. Aber jetzt haben wir die Kolonien seit 20 Jahren und haben bereits große Summen ohne etwas Wesentliches zu erreichen, dafür ausgegeben. Wenn wir wollen, daß die Kolonien, die wir nun einmal besitzen, die darauf angewendeten Mittel lohnen, müssen wir alles für ihre Entwicklung thun. Wir müssen eine friedliche wirtschaftliche Entwicklung in den Kolonien zu erreichen suchen, dann werden wir auch keine Aufstände der Eingeborenen erleben. Die Eisenbahn ermöglicht uns eine intensive Bewirtschaftung der Kolonie. Unsere Finanzlage ist gewiß nicht glänzend, aber für die nächsten Jahre kostet die Bahn das Reich nichts. Die jetzige Finanzlage kommt also nicht in Betracht. Ich bitte Sie, die Anträge abzulehnen und die Vorlage anzunehmen. (Bravo! bei der freisinnigen Vereinigung.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Die Frequenz des Hauses zeigt, wie recht wir daran hatten, gestern die Beratung abzubringen. Man steht heute wieder nur die alten vertrauten Gesichter. (Heiterkeit.) Die Herren, die gestern zur ungewohnten parlamentarischen Arbeit herbeigezogen waren, um diese Vorlage durchzudrücken, scheinen den Anstrengungen doch nicht ganz gewachsen zu sein. Sie müssen sich jetzt draußen erholen. (Heiterkeit.) Der Vorgang erscheint mir typisch. Die Kolonialfreunde begeistern sich nur von Zeit zu Zeit für irgend ein Problem. Im allgemeinen ist ihre Begeisterung durchaus platonisch; nur wenn es gilt, die Reichskasse einmal anzuzupfen, kommen sie in großen Schwärmen auf den Plan. Diese ganze Vorlage ist nichts als ein großkapitalistisches Mandat. Ich will nicht behaupten, daß die Herren, die dafür stimmen, sich mit Bewußtsein in den Dienst großkapitalistischer Interessengruppen stellen, aber ich glaube, daß viele von ihnen, die zu schiefen glauben, selbst geblendet werden. Es ist doch sehr charakteristisch, daß die Herren aus den bürgerlichen Parteien, die sonst immer davor warnen, daß wir durch Uebernahme von öffentlichen Betrieben in den Staatssozialismus hineinkommen, hier den Privatkapitalisten das Risiko durch das Reich abnehmen lassen wollen. Der Umweg, daß man eine Gesellschaft vorschreibt, ist doch nur Coullisse. Wenn es sich in Berlin um den Bau einer Straßenbahn handelt, dann wird auf das lebhafteste dagegen angefaßt, dann kommt es sogar vor, daß Ministerial-Direktoren ihre Ämter aufgeben, um dafür zu sorgen, daß Privatgesellschaften die Konzeption über die Köpfe der interessierten Verwaltung hinweg verlagert wird. Aber in den Wäldern von Afrika, da wird das Privatkapital geschont, da soll das Reich das Risiko übernehmen. Ich behaupte, in Kolonialkreisen herrscht im allgemeinen eine Kolonialmüdigkeit, selbst im Kolonialamt, und jedenfalls in den breiten Schichten des Volkes. Die Gegnerlichkeit gegen die Kolonialwirtschaft ist nicht nur allgemein vorhanden, sondern richtet sich auch insbesondere gegen diese Vorlage, und zwar sind es durchaus sachverständige Leute, die Widerspruch dagegen erheben. Die vollständige Sterilität unserer ostafrikanischen Bahnen ist erst neulich in der Budgetkommission an einem schlagenden Beispiele nachgewiesen.

Das Reich hat das ganze Risiko der Bahn zu tragen, die Vorteile streift allein die Gesellschaft ein. Es scheint so, als ob für einen gewissen Teil der Herren vielleicht ein gewisses Mittel mit dem Kolonialdirektor der Grund ist, weshalb sie für die Vorlage sind. Es ist ja dem Herrn Kolonialdirektor in der letzten Zeit recht böse zugelegt worden, nicht nur von den Hereros, sondern auch von den Abgeordneten dieses Hauses. Die Führung unseres Kolonialamts ist eben unseres Erachtens durchaus nicht den Aufgaben gewachsen, die ihr gestellt sind. So ist es wohl das Zeichen eines guten Herzens, aber ein schlechtes Zeichen für die volkswirtschaftliche Einsicht der Herren, wenn sie die Vorlage nur deshalb bewilligen wollen, damit der Herr Kolonialdirektor auch einmal das Vergnügen hat, eine Bahn durchzudrücken. Wir haben sehr ernste sachliche Einwendungen gegen die Vorlage. Hinter dieser Bahn steht zweifellos das Projekt der großen ostafrikanischen Centralbahn, das auch von dem bekannten Afrikaniker Dr. Hans Meyer als phantastisches Unternehmen bezeichnet worden ist. Vor allem erlaubt unsere finanzielle Lage diese Ausgabe nicht. Auf der heutigen Tagesordnung steht die Beratung des Servistatist. Die Regierung hat in der Kommission anerkannt, daß die unteren Beamten aufs unerhörteste benachteiligt sind durch die Bestimmungen des Gesetzes. Aber bei dem jetzigen Stande der Finanzen sei eine Reform, die zwei Millionen Mark Kosten verursacht, nicht möglich. Also die berechtigten Wünsche der minder bemittelten Beamten werden hintangestellt, aber in Afrika giebt man einer großkapitalistischen Gesellschaft die weitgehenden Privilegien zum Bau einer Bahn auf Kosten des Reichs. Die Verzinsung des Anlagekapitals wird garantiert. Es wird der Gesellschaft das Vorzugsrecht für die Konzession zu allen Zweigbahnen gegeben. Der Gesellschaft wird der gesamte Grund und Boden zu einer Bahn gratis zur Verfügung gestellt. Damit die Kolonie über den Grund und Boden nicht verfügen kann, soll er der Gesellschaft zu „mäßigem und angemessenem“ Preise verkauft werden. Mäßig und angemessen ist ein logischer Unsinn. Jedenfalls denkt man an das Rezept der Zogo-Gesellschaft; 6 Fremig pro Hektar. Auf dem Kolonialkongress in Stuttgart hat man sich, was Herr Dr. Stäbel besonders imponieren wird, unter besonderer Verantwortung eines wirklichen deutschen Prinzen entschieden für den Erlass einer Landordnung für die deutschen Kolonien ausgesprochen, um die gemeinschaftlichen Folgen der Land speculation zu verhindern. Hier wird aber die Land speculation in größtem Maße propagiert. Die Gesellschaft soll auch das Recht haben, 15 Jahre lang das Land auszutauschen. Es werden ihr 400 000 Morgen zur Auffassung von Mineralien zur Verfügung gestellt. Die Bahn bleibt für die Dauer der Konzession vollständig steuerfrei. Es werden ihr zahlreiche Freiheiten für den gesamten Eisenbahnbetrieb gewährt, ob nur für den Bau oder auch später für die Erhaltung, steht nicht im Vertrag. Ja, man giebt schließlich der Gesellschaft das obdies Privileg, daß ihr die höchsten Tarife, die in Afrika überhaupt bestehen, ihr als Minimaltarife zugewilligt werden. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.) Man sagt, es solle jetzt noch keine Rentabilitätsberechnung aufgestellt werden, erst die Bahn werde die Ansiedler herbeiziehen. Aber wenn die Ansiedler wirklich herbeizömen, so müssen sie einer Gesellschaft von Großkapitalisten tributär werden. Die Leute, die überhaupt ein Interesse am Verkehr haben, laufen in die Netze dieser Großkapitalisten hinein, die sie wie listige Vogelsteller aufgestellt haben; und die Regierung hat ihnen die Netze geliefert. Weil wir die ganze Kolonialpolitik nicht für kulturfördernd halten, sondern für ein wirtschaftliches Verbrechen, für eine Vergeudung nationalen Geldes und nationaler Kraft, aus diesen allgemeinen Gesichtspunkten und aus den besonderen Gründen, die ich Ihnen dargelegt habe, stimmen wir gegen die Vorlage. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Kolonialdirektor Dr. Stäbel:

Ich habe schon in der ersten Lesung gesagt, daß nur mit Rücksicht auf die Finanzen wir der geringeren Spurweite zugestimmt haben. Sollte aber der Reichstag freigebiger sein, als wir zu hoffen wagten, so würden wir gern die weitere Spurweite annehmen. — Natürlich ist die Bahn nur eine Stichbahn, aber Sie können doch nicht verlangen, daß ich ein für allemal das Versprechen ablege, daß diese Stichbahn nicht verlängert werden wird. (Hört! hört! links.) Das hängt von Verhältnissen ab, auf die wir und Sie keinen Einfluß haben. — Gewiß sind, das gebe ich dem Abg. Richter zu, die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostafrika außerordentlich groß. Das liegt einmal am Arbeitermangel, dann daran, daß der Eisen- und Gummihandel sich nach Westen, nach dem Kongostaat gewandt haben. Aber dieser Ausfall ist ausgeglichen worden durch die Vermehrung anderer Produkte. Das beweist ein Ver-

gleich der Ausfuhrzahlen von 1899 und 1903. Ich muß zugeben, daß die Resultate bescheiden sind, aber das Land ist keine Steinwüste, kein Sumpf, sondern durchaus entwicklungsfähig. Auch die Baumwolle hat in Ostafrika vorzügliche Aussichten. — Der Auffassung des Herrn Südekum, daß dem Großkapital ein großer Vorteil zugewandt wird (Abg. Südekum (Soz.): Habe ich nie behauptet!), widerspricht die des Abg. Richter, der meint, daß die Bahn stets unrentabel bleiben wird. Ich wundere mich überhaupt, daß diese Einzelheit von einem Abgeordneten in den Vordergrund geschoben worden ist, der doch gegen alle Kolonialbahnen stimmt. Uebrigens handelt es sich nur um Kronland, das abgetreten wird, und die Regierung wird es an sorgfamer Vermeidung jeder Härte und Unbilligkeit nicht fehlen lassen.

Abg. Graf v. Arnim (Sp.):

Abg. Richter sagte: Je mehr Verkehr, desto mehr Gendarmen. Gewiß, aber sollen wir deshalb den Verkehr nicht steigern? Der Standpunkt, daß wenn wir den Aufstand vorausgesehen hätten, wir unsere ganze Kolonialpolitik nicht inaugurirt hätten, beschämt mich als Mitglied des deutschen Reichstages. (Große Unruhe links.) Kein andres Volk der Welt hätte wegen eines Kafesährers (Stämmige Unterbrechungen bei den Socialdemokraten. Abg. Ledebour: So nennen Sie den Tod wackerer Deutscher?) ... Wenn Sie das nicht verstehen, beweisen Sie nur wieder Ihren Mangel an nationalem Gefühl. (Große andauernde Unruhe links. Abg. Ledebour: Ihnen fehlt jedes menschliche Gefühl!) Man stellt den dringenden notwendigen deutschen Baumwollbau als bloßen Trübsal der kolonialschwärmer hin. Aber sind die Eingaben von 85 deutschen Handelskammern auch ein bloßer Trübsal? Ich vertahre mich gegen die Auffassung des Abgeordneten Südekum, daß wie eine Kollid der Gefälligkeit betreiben. Nur sachliche Gesichtspunkte leiten mich. Herr Südekum gefällt die Form des Unternehmens nicht. Aber wäre er bereit, eine Regierungsbahn zu bewilligen? Es entbehrt ja nicht der Komik, daß im Jahre 1904 Parteien, die dem Fortschritt huldigen, beim Kampfe zwischen Wagen und Lokomotive sich für den Wagen entscheiden; daß das schon der Postmeister Nagler. Wir wollen durch die Bahn unsern Kolonialbesitz festigen, Deutschlands Ansehen unter den Völkern erhöhen; aber dafür haben Sie (nach links) wenig Sympathie. Die Kolonialgeschichte wird feststellen, daß die Herren, welche in Afrika nur schwarze Punkte sehen, durch ihre Opposition dem Vaterlande Millionen gekostet haben, indem sie Mißtrauen säten und das Kapital von der Betätigung in den Kolonien zurückhielten. Wir erkennen es dankbar an, daß sich jetzt eine Gesellschaft findet, die mit Mut und Energie die Entwicklung der Kolonie in die Hand nimmt. (Bravo! rechts.)

Abg. Dietrich (L.):

Der Wert der Informationen des Herrn Richter über die Kolonie ist sicher nicht größer als der Wert derjenigen, welche Herr Spahn erhalten hat. Wir alle kennen die Verhältnisse in Ostafrika wohl kaum aus eigener Kenntnis. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn uns Herr Dietrich zur Nordlandsreise lieber freibilligt nach den Kolonien zur persönlichen Orientierung gegeben würden. (Heiterkeit.) Herr Dr. Hans Meyer, den Herr Richter für sich in Anspruch nahm, ist durchaus kein Gegner der Bahn, sondern lediglich ein Gegner der großen Spurweite. — Herr Südekum sagte, die Kolonialverwaltung habe vielfache Anfechtungen erfahren nicht bloß von den Hereros außerhalb des Hauses. (Heiterkeit.) Ich glaube nicht, daß sich der Herr Kolonialdirektor durch die Ausführungen des Herrn Südekum besonders beunruhigt fühlen wird. Ich halte es für sehr erfreulich, daß das Großkapital sich jetzt in den Kolonien betätigen wird. Die Deutsche Bank steht mit ihrem Namen hinter der deutsch-ostafrikanischen Eisenbahn. Herr Webel hat seiner Zeit gesagt — gegenüber Herrn v. Siemens — Was hat denn die Deutsche Bank für unsere Kolonien gethan? Wenn ich einmal sehe, daß dies vorzüglich geleitete Institut bereit wäre, sich an großen wirtschaftlichen Unternehmungen in unsern Kolonien zu beteiligen, dann würde vielleicht auch ich bei dem großen Vertrauen, das ich zu dem Leiter der Deutschen Bank habe, in meinen bisherigen Anschauungen etwas wadrig werden und ich würde vielleicht geneigt sein, mich den Kolonien etwas freundlicher gegenüberzustellen, als es bisher der Fall war. (Lebhafte Hört! hört! rechts.) Entweder also ist die Deutsche Bank nach dem Tode des Herrn Siemens sehr schlecht geleitet oder Herr Webel muß den Kolonien freundlicher gegenüber stehen. Wir halten die Bahn für keine Luxusausgabe, sondern für eine Ausgabe, durch die der Reichshaushalt künftig entlastet werden soll. Daher werden wir für die Vorlage stimmen. (Bravo! rechts.)

Abg. Spahn (C.):

(auf der Tribüne fast ganz unverständlich) polemisiert gegen den Abg. Richter. Die Aeußerung des Dr. Hans Meyer, das Centrum habe sein kolonialpolitisches Herz erst entdeckt, nachdem ihm Konzeptionen gemacht seien, müsse er als unparlamentarisch zurückweisen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Herr Richter meinte, die militärische Beherrschung sei nicht die Hauptfrage in einer Kolonie. Ich meine, die Erfahrungen in Südwest-Afrika beweisen das Gegenteil. Daß großkapitalistische Unternehmungen Geld in den Kolonien anlegen wollen, kann uns nur freuen. Natürlich dürfen ihnen nicht unbedingte Privilegien gewährt werden. Davon ist aber auch hier keine Rede.

Damit schließt die Diskussion. Ueber § 1 wird auf Antrag Dr. Müller-Sagan namentlich abgestimmt. Vorher wird der Änderungsantrag Spahn und Gen. gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der freisinnigen Volkspartei, der Polen und vereinzelter Centrums-Abgeordneter wie des Abg. Dasbach angenommen. Der so abgeänderte § 1 wird mit 149 gegen 83 Stimmen angenommen; daß sich 232 Abgeordnete an der Abstimmung beteiligen, wird mit lebhaftem Beifall vermerkt; ebenso wird der Rest des Gesetzes samt Tilgungsplan, Bau- und Betriebskonzession der Ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft debattelos angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend den Servistatist und die Klasseneinteilung der Orte.

- Die Kommission beantragt: 1. den Gesetzesentwurf anzunehmen; 2. die eingelaufenen Petitionen der Regierung als Material zu überweisen; 3. folgende Resolution zu beschließen: Waldmöglichst, jedenfalls mit der nächsten Revision des Servistatist einen besonderen Gesetzesentwurf über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen vorzulegen.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Der Reichstag hat die Frist für das Bestehen des Servistatist von früher 10 Jahren dann auf 5 Jahre herabgesetzt und jetzt soll er nur noch 2 Jahre bestehen. Man beschäftigt damit, für den Wohnungsgeldzuschuß der Beamten eine andre Grundlage zu schaffen. Wenn man aber den Wohnungsgeldzuschuß und den Personalarbeits der Offiziere ganz unabhängig von der Entschädigung für Quartierleistung regeln will (Sehr richtig! rechts.) — Ich freue mich, daß Sie das anerkennen, so besteht aber kein Zusammenhang zwischen diesen beiden Materien, und es ist logisch unbedeutend, die Forderung der Verringerung des Personalarbites der Offiziere und des Wohnungsgeldzuschusses zu verknüpfen mit dem Vorschlag, daß die Regierung bereits 1906 einen neuen Servistatist vorlegen solle. Im übrigen ist es unmöglich, die außerordentlich schwierige Materie der Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses in befriedigender Weise bis 1906 zu lösen.

Staatssekretär Frhr. v. Stengel:

Ich werde mich im wesentlichen auf die Frage des Wohnungsgeldzuschusses beschränken. Wegen dem Termin, welchen die Kommission

Für die Wenderung desselben gefehlt hat, bestehen seitens der Regierung die schwersten Bedenken. Der Wunsch des Reichstages geht ja wohl dahin, daß zunächst den untersten Beamtenklassen, vielleicht bis sie auch an die Grenze der mittleren kommen, der Wohnungsgeldzuschuß erhöht wird. Ich kann erklären, daß wir unwillig gern bereit sind, der Regelung dieser Frage näherzutreten. Die Vorschläge nach dieser Richtung werden eingehend geprüft. Diese Frage hängt aber eng zusammen mit der Frage des Personal-Servistarifs der Offiziere. In Betracht kommt auch, daß 1905 eine neue Volkszählung vorgenommen wird. Ferner muß Rücksicht auch auf die Finanzlage genommen werden. Willig würde eine solche Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses nicht werden. Verlassen Sie sich nicht immer auf die Einnahmen aus dem neuen Zolltarife. Ueber die eventuellen Mehreinnahmen ist zum großen Teile durch das Tarifgesetz vom Jahre 1902 verfügt worden.

Abg. Dr. Pashig (nat.):

Wir können diese Frage, die von der Verwaltung mit so großer Gründlichkeit behandelt wird, nicht übers Anie brechen. Ich lege feierlich Verwahrung ein gegen das langsame Tempo der Beratung, das die Reichsregierung einschlagen will. Wenn die tüchtige Verwaltung des Grafen Posadowsky mit Ernst und Fleiß an die Frage herangeht, wird sich der Wohnungsgeldzuschuß auch ohne die gleichgültigen Zahlen der Volkszählung reformieren lassen. In kurzer Zeit werden wir den unteren Beamten glatt das Wohnungsgeld bewilligen müssen, das sich erst nach oben hin zu Wohnungsgeld-Zuschüssen abwärts abufen darf. Dazu muß aber mit dem jetzigen rohen mechanischen System gebrochen werden, das jetzt künstlich Verbundene getrennt werden; denn es führt zu schreienden Ungerechtigkeiten. Da kann man sich nicht mit der schlechten Finanzlage entschuldigen; in den verschiedenen Etats wird ganz verschieden vorgefahren. Wir wollen jetzt unter dem Zwang der Verhältnisse die Vorlage annehmen, ohne die Einzelheiten einzugehen. Aber wir können das den Beamten des Deutschen Reiches gegenüber nur verantworten, wenn wir ihn nur auf kürzeste Zeit gelten lassen.

Präf. Graf Vassepreu:

Ich habe leider während der vorigen Debatte überhört, daß ein Redner den Ausdruck *Kaufstaaten* auf deutsche Bundesstaaten gebraucht hat. Der Ausdruck ist ganz unpassend und ich bitte, ihn nicht mehr zu gebrauchen.

Abg. Hug (C.) schließt sich dem Abg. Pashig an.

Abg. Singer (Soz.):

Ich werde mich mit einer kurzen Erklärung begnügen. Der Staatssekretär behauptete, daß der Reichstag den Servistarif immer nur für so kurze Frist bewillige. Das kommt daher, daß die Regierung den Wünschen des Reichstages auf Trennung des Servistarifs und der Klasseninteilung nachzugeben entgegensteht. Und wenn der Reichstag konsequent sein könnte, müßte er die Regierungsvorlage ablehnen und höchstens das bestehende Gesetz auf ein halbes Jahr fortbauern lassen, um so die Regierung, die erst in 13 Jahren eine Revision vornehmen will, zu zwingen, sich seinen Wünschen zu fügen. Nach den heutigen Erklärungen hatte ich den Eindruck, daß wahrscheinlich nicht daran zu denken ist, daß die Regierung das von und geforderte Wohnungsgeld-Gesetz vorlegen wird. Wir hatten eine entgegenkommende Regierungserklärung um so eher erwartet, als nach den Ausführungen des Staatssekretärs in der Kommission wie heute die Regierung mit denjenigen übereinstimmt, die eine Trennung für notwendig erachten. Die Regierung hätte sagen können, daß sie noch nicht die Zeit gefunden hätte, den Entwurf auszuarbeiten. Aber in Wahrheit handelt es sich nicht darum. Die Vorarbeiten können unmöglich so zeitraubend sein, um so weniger, als wir aus der Begründung der Vorlage ersehen, daß die verbündeten Regierungen ein ziemlich umfangreiches Material besitzen. Sie haben es schon geprüft und sind nicht zu einer Ablehnung besonderer Wohnungsgeldzuschüsse gekommen, sondern lehnen sie nur aus der Erwägung ab, daß es große Ausgaben erfordern würde. Die Finanzen sind das einzige Hindernis einer Neuregelung. Der Staatssekretär hat aber mit Recht darauf hingewiesen, daß sich in den nächsten vier bis sechs Jahren wohl wenig ändern wird. Daher ist es dringend notwendig, den Wohnungsgeldzuschuß nach ganz anderen Grundsätzen zu bemessen als nach den formalen des Servistarifs. Wir dürfen den unteren Beamten, die an und für sich ein unauskömmliches oder ein geringes Gehalt haben, nicht die Möglichkeit, ihre Familie zu ernähren, noch dadurch erschweren, daß wir sie an teure Miete binden und sie zwingen, eine Miete anzugeben, die vielmal höher ist als der Wohnungsgeldzuschuß. Die Kommission wollte einen besonderen Entwurf selbstverständlich nicht ausarbeiten, aber sie hätte doch die Möglichkeit, den ihr vorliegenden gesetzlichen Gedanken in anderer Form bequem zum Ausdruck zu bringen. Sie hätte in § 2 bestimmen sollen, daß sie den vorliegenden Entwurf nur in der Weise genehmigt, daß er nur für Wohnungsgeldzuschüsse gilt, während für die Klasseninteilung die bisherige Regelung geblieben wäre. Damit war ein Anfang der Trennung der Wohnungsgeld-Zuschüsse vom Servistarif gemacht. Wenn man diesen Weg nicht gehen wollte, so ist die Mehrheit dafür verantwortlich, daß sie nicht ganze Arbeit gemacht hat, wie der Reichstag zu ihm verpflichtet wäre. Heute steht Wilhelmshaven in Bezug auf den ordentlichen Tagelohn, d. h. in Bezug auf die wirtschaftlichen Verhältnisse an dritter Stelle, im Servistarif mit Rücksicht auf die zahlreichen Offiziere und Marinebeamten an erster. Umgekehrt ist es in Bremerhaven. Das steht nach dem ordentlichen Tagelohn in Klasse 1, nach dem Servistarif in Klasse 3. Dort sind eben keine Offiziere und Marinebeamten (Sehr gut! links) und für kleine Beamte muß auch der Wohnungsgeldzuschuß nach Nummer 3 genügen. So wird die Klasseninteilung und der Wohnungsgeldzuschuß abhängig gemacht ausschließlich von den Bedürfnissen der Offiziere und der Marineverwaltung. Da hätte der Reichstag die Pflicht, eine Vorlage zu erzwingen, die eine Regelung nach den Interessen der kleinen Unterbeamten trifft. Trotzdem werden wir im weiteren Verlauf der Beratung für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Wir werden noch einmal den Versuch machen, ob die Regierung nun eine den Wünschen des Reichstages entsprechende Vorlage macht oder ob dieser sich die Verhöhnung seiner selbst auf alle Zeit gefallen lassen will. Vor allem bitten wir das Centrum, nicht auch bei dieser Gelegenheit unzufallen, wie es in letzter Zeit schon wiederholt umgefallen ist (lebhafter Widerspruch im Centrum), sondern wenigstens dieses eine Mal fest zu bleiben. (Lebhaftes Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Seitdem der Reichstag sich mit der Frage beschäftigt hat, sind wir keinen Schritt weiter gekommen, und auch jetzt soll weiter fortgewirkt werden. Allerdings bedeutet die Vorlage eine gewisse Verbesserung, aber nur eine sehr minimale. Platonische Erklärungen, wie wir sie heute gehört haben, können uns nichts nützen. Ich bin überzeugt, daß ein so sozial empfindender Minister wie Herr Graf Posadowsky gern die Erhöhung durchzuführen würde. Aber sie scheitert an dem Widerstand der Heeres- und Finanzverwaltung. Freuchen sollte doch auf diesem Wege vorangehen. Wenn dort die Entscheidung gefallen ist, muß das Reich folgen. Wie heute die Verhältnisse liegen, müssen wir dem Gesetz unsere Zustimmung geben, damit wenigstens ein Teil der Beamten einen höheren Wohnungsgeldzuschuß erhält.

Abg. Erzberger (C.) erwidert dem Abg. Singer, daß von einem Umfalle des Centrums keine Rede sein könne. Der eigentliche Widerstand liege bei der preussischen Regierung. Der Wohnungsgeldzuschuß muß mit der Anzahl der Familienmitglieder steigen. Die Trennung zwischen Servis und Wohnungsgeldzuschuß ist notwendig, deshalb können wir den jetzigen Zustand nur noch auf ein Jahr verlängern und stimmen für die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. v. Standy (L.) hält ebenfalls eine Trennung des Servis vom Wohnungsgeldzuschuß für dringend notwendig.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kirch (C.), Gäh v. Dörfen (Welfe), v. Derken (Sp.) und Dr. Sattler (nat.) wird

der § 1 des Gesetzes nach den Kommissionsbeschlüssen unverändert angenommen.

§ 2 bestimmt, daß die neue Klasseninteilung der Orte am 1. April 1904 in Kraft tritt.

Die Abg. Eichhoff (fr. Sp.) und Dr. Müller-Sagan beantragen folgenden Zusatz:

Dieselbe Klasseninteilung tritt auch für die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen an die Offiziere und Aerzte des Reichsheeres und der kaiserlichen Marine sowie die Reichsbeamten mit Wirkung vom 1. April 1904 ab in Kraft.

§ 2 wird hierauf mit dem Antrag angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes, sowie die Resolution der Kommission.

Hierauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation Auer (Soz.) betr. das preussische Kontraktbuch-Gesetz, dritte Beratung der Afrikaabgaben, des Ratstrags-Etats, des Servistarifs, der Kaufmannsgerichts, Antrag Gröber betr. Revision des Naturalleistungsgesetzes, Novelle zum Gesetz betr. das Reichsschuldbuch.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Um die Freiheit betrogen.

Das gestern veröffentlichte Erlassen des Parteivorstandes an die Parteigenossen, den Streit um die Schiedsgerichtsurteile ruhen zu lassen und aus der Diskussion jachtlicher Streitfragen das persönliche Element auszuscheiden, hat auf die gegnerische Presse eine spähige Wirkung gehabt. Sie fühlte sich um die Freiheit betrogen. Allen voran geht die katholische „Märkische Volkszeitung“ mit diesem Kommentar:

„Also die Kraftelemente müssen aufhören. Das ist der Wille der Parteivorstandes, der mit seinem Ullas wieder einmal eine famose Illustration liefert zu dem Worte Freiheit, wie es die Sozialdemokraten verstehen. Ob die streitfrohen „Genossen“ parieren oder es darauf ankommen lassen werden, daß auf sie bei der nächsten besten Gelegenheit das bekannte Wort Anwendung findet: „Der nicht pariert, der steigt hinaus!““

„Aehnlich die „Germania“, die „Norddeutsche Allgemeine“, die „Vostische“ usw. Es ist schon gut für die Freiheit, daß sie bei der Centrumpresse und gar bei der „Norddeutschen“ eine Freispielfinder, denn bei und ist es nun aus. Wir müssen nun in die Arme der „Norddeutschen“ oder der „Germania“ flüchten, wenn uns einmal nach freier Meinungsäußerung gelüftet. Wir werden also demnach in der „Germania“ oder der „Märkischen Volkszeitung“ Auseinandersetzungen über die Glaubensfreiheit in der katholischen Kirche oder eine Kritik katholischer Unternehmerpraktiken gegen katholische Gewerkschaften und in der „Norddeutschen“ eine Kritik der preussischen Polizeifreiheit lesen.

Berichtigung. In der gestrigen Erklärung des Parteivorstandes muß es in der fünften Zeile von oben heißen der Beteiligten anstatt der Beleidigten.

Internationaler Frauentag.

Berlin, 15. Juni 1904.

Das Thema „Frauenlöhne“ stand auf der Tagesordnung der allgemeinen Versammlung am Dienstagabend. Eine große Zahl höchst elegant gekleideter Damen hatten sich als Zuhörerinnen eingeschrieben. Die von Fräulein Alice Salomon-Berlin gehaltene Eröffnungsvorrede ließ eine tiefgehende Erörterung der Arbeiterinnen-Lohnfrage erwarten, eine Erwartung, die jedoch nicht erfüllt wurde. Ein mit stürmischem Beifall aufgenommenes Referat von Frau Marie Lang-Wien gipfelte in dem Gedanken: Die Wirtschaftsgenossenschaft, das Mittel, welches der Hausarbeit der Frau ein Ende macht, ist noch in weiter Ferne. Inzwischen verlangen wir, daß der wirtschaftliche Wert der häuslichen Arbeit der Frau so geschätzt wird, wie er es verdient. Wir erwarten und fordern, daß der Ehefrau durch Gesetz eine Gegenleistung des Mannes für ihre Hausarbeit zugesprochen wird. Durch einen Rechtsmittel soll nur Bezahlung für das Verdient werden, was wir jetzt ohne Anerkennung leisten müssen. Daß die Frau Geld zu freier Verfügung erhält, ist eine ethische Forderung. Die Arbeit der „guten Hausfrau“ ist nicht, wie uns die Dichter sagen, eine Frauentugend, sondern eine wirtschaftliche Leistung, die als solche bezahlt werden muß. — Diese Ausführungen der Rednerin entsetzten umgebende Beifallsstürme selbst bei den feinstgekleideten Damen, was darauf schließen läßt, daß sie um jedes ihrer eleganten Kleider einen Kampf mit dem Herrn Gemahl führen müssen, und das will viel sagen, denn fast alle im Vordergrund dieser Bewegung stehenden Damen erscheinen in jeder Kongress-Sitzung — täglich zweimal — in einer andern Toilette.

Die zweite Referentin, Lady Aberdeen-England, vertrat die Forderung: Gleiche Löhne — unter der Voraussetzung gleicher Leistung — für Arbeiter und Arbeiterinnen.

Der dritte auf der Tagesordnung stehende Vortrag über „Staatliche Lohnpolitik“ fiel aus, weil die bestellte Referentin erkrankt ist.

Die heutigen Sektionsitzungen waren wieder — soweit sie in den beiden größten am leichtesten erreichbaren Sälen stattfanden — sehr stark besucht.

Im Hauptsaal wurde heute über die Bestrebungen zur Hebung der Sittlichkeit verhandelt. Acht Referentinnen der verschiedensten Nationalitäten traten der herrschenden Geschlechtmoral entgegen, die dem Manne auch auf diesem Gebiete eine bevorrechtete Stellung einräumt. Insbesondere wurde die Bestreitung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution gefordert.

Die Arbeiterinnenfrage wurde wie bisher in „Reethoven-Saal“ behandelt, der für die mit den isolaten Verhältnissen nicht Vertrauten schwer aufzufinden und deshalb wenig besucht ist. Hier stand das Thema: „Die Frau im Vereinsrecht und in der sozialen Gesetzgebung“ auf der Tagesordnung. Zunächst wurde über die Arbeiterinnen-Schutz-Gesetze verhandelt. Die erste Referentin, Fräulein Helene Simon-Berlin, trat für gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen ein.

Einen entgegengekehrten Standpunkt nahm Frau Rutgers-Goitfema (Holland) ein. Sie sagte: Wir haben alle Mitleid mit den armen Fabrikarbeiterinnen und sind bereit, ihnen zu helfen. Meine Meinung ist aber die: Der gesetzliche Schutz der Arbeiterinnen ist nur so weit zu empfehlen, als er sich auf Forderungen der Reinlichkeit, der Hygiene usw. in den Fabriken erstreckt, und für beide Geschlechter gleich ist. Zum Schaden der Arbeiterin ist es jedoch, wenn sie hinsichtlich der Arbeitszeit einen weitergehenden Schutz genießt, wie der männliche Arbeiter. Die Folge des einseitigen Schutzes der Arbeiterinnen ist die, daß in Betrieben, wo Nacht- und Sonntagsarbeit notwendig ist, die Arbeiterinnen entlassen und an ihrer Stelle junge männliche Arbeiter eingestellt werden sind. Zum Beweise ihrer Behauptung beruft sich die Rednerin auf Beispiele aus der englischen Textilindustrie, dem Pariser Typographengewerbe, der Gemüsekonzerven- sowie der Futter- und Käsebereitung in Holland. In letzterem ist, wie statistisch festgestellt, die Frauenarbeit fast ganz durch Männerarbeit verdrängt. Der besondere Schutz haben Tausende von Frauen arbeitslos gemacht, sie seien infolgedessen zu Lohnrädern in nicht geschützten Betrieben geworden oder auch der Prostitution in die Arme getrieben. Der gesetzliche Schutz sei nur dann zu billigen, wenn er auf alle in der betreffenden Industrie Beschäftigten ausgedehnt wird. Zu fordern sei nur ein besonderer Schutz für Wöchnerinnen und Fürsorge für die Kinder der arbeitenden Frauen.

Eine Schweizerin, Frau Steh, trat den Ansichten der Vorrednerin entgegen. In der Schweiz habe sich der gesetzliche Arbeiterinnen-Schutz sehr gut bewährt, die Arbeiterinnen seien infolge dessen leistungsfähiger geworden. Die Rednerin trat für gesetzlichen Schutz und Organisation der Arbeiterinnen ein.

In der Diskussion, zu der sich 12 Rednerinnen gemeldet hatten, sprach als erste Fräulein van der Mey-Holland. Sie sagte: Wir

Holländerinnen stehen nicht alle auf dem feministischen Standpunkt der Frau Rutgers. Die Folgen des Arbeiterinnen-Schutzes in Holland sind durchaus nicht so schlimm, wie es Frau Rutgers hinstellt. Wenn sich die Zahl der Arbeiterinnen vermindert hat, so sind dafür verschiedene Ursachen, keineswegs aber die Schutzgesetze maßgebend. Der letzte Jahresbericht der holländischen Gewerbe-Inspektion stellt fest, daß sich die Zahl der industriell beschäftigten Arbeiterinnen vermehrt und in manchen Zweigen die Männerarbeit zum Teil verdrängt hat. So in der Bilderrahmen- und in der Schmudwaren-Industrie. Die Herstellung von Butter und Käse war früher Hand- und Hausarbeit, die in den Bauernwirtschaften von Frauen und Töchtern verrichtet wurde. Jetzt wird diese Arbeit fabrikmäßig betrieben. Die Frauen und Töchter der Bauern sind natürlich nicht in die Fabriken gegangen und so erklärt sich ihr Ertrag durch männliche Arbeiter. Unsere Arbeiterinnen sehen keine Gefahr im gesetzlichen Schutz. Sie wollen nichts wissen von den Bestrebungen der Feministen, die gegen den Schutz sind.

Frau Montefiorn-London (Mitglied der Socialdemokratischen Föderation) vertritt die „sentimentale Forderung“ eines besonderen Arbeiterinnen-Schutzes. Die Arbeiterinnen müßten sich selbst helfen durch gewerkschaftliche Organisation. Die Kinder sollen ganz außerhalb des Erwerbslebens stehen. Die englischen Gewerkschaften erkennen allmählich, daß die Interessen der Frauen auch ihre eigenen Interessen sind. Nur die Solidarität aller Arbeiter und Arbeiterinnen kann die Lage der letzteren bessern.

Baroness Gripenberg-Helsingfors (Finnland) führte aus: Besonderer gesetzlicher Schutz treibe die Arbeiterinnen ins Elend und drücke ihre Löhne. Sie fordert Freiheit der Arbeit für die Frauen. Die Gewerkschaften seien nur deshalb für Arbeiterinnen-Schutz, weil sie dadurch die Konkurrenz der Frauen zu beseitigen hoffen.

Frau Simon-Breslau trat entschieden für gesetzlichen Schutz der Arbeiterinnen ein. Derselbe sei unter den heutigen Verhältnissen eine Notwendigkeit. Erst auf der Grundlage gesetzlichen Schutzes können sich die Arbeiterinnen organisieren. Die tatsächliche Verschiedenheit der Geschlechter bedingt den besonderen Schutz der Arbeiterinnen.

Fräulein Eise Lüders-Berlin führte aus, daß die in der Bewegung stehenden deutschen Frauen alle für den Arbeiterinnen-Schutz seien. Dem übertriebenen Freiheits- und Gleichheitsgefühl der Baroness Gripenberg müsse sie entschieden entgegen treten. Insbesondere sei eine scharfe gesetzliche Regelung der Heimarbeit notwendig.

Lily Braun stimmt der Vorrednerin zu. Die Gegnerinnen des Arbeiterinnen-Schutzes haben sich nicht genügend mit der internationalen Statistik beschäftigt. Diese weist nach, daß die Arbeit der Frauen — auch der verheirateten — seit dem Erlaß der Schutzgesetze nicht ab-, sondern zugenommen hat. In Einzelfällen möge das anders sein, da handele es sich aber nur um Verschiebungen, die für die allgemeine Lage nichts beweisen. Der gesetzliche Schutz erhöht die Leistung der Arbeiterinnen und setzt sie in die Lage, höhere Löhne zu fordern. Eine Frau die ausgebeutet wird im Namen der Freiheit kann nicht auf eine höhere Stufe steigen.

Die Vorrednerin, Fräulein Alice Salomon, bedauert, daß die für diesen Gegenstand der Tagesordnung festgesetzte Zeit abgelaufen ist und deshalb 10 Rednerinnen, die noch eingezeichnet sind, nicht mehr zum Wort kommen können.

Frau Rutgers vertrat in ihrem Schlußwort nochmals ihren Standpunkt, dem die Referentin Helene Simon entschieden entgegen trat. Sie sagte unter andern: Die Einwände, die hier gegen den Arbeiterinnen-Schutz erhoben wurden seien dieselben, die im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts gegen den Arbeiterschutz geltend gemacht wurden, es sei der übertrieben manchesterliche Standpunkt, den man nicht anerkennen könne.

Ueber die Alters- und Invalidenversicherung referierte Fräulein Adele Schreiber-Berlin. Sie rühmte diese Versicherung unter Hinweis auf den bekannten goldenen Obelisken der Pariser Weltausstellung. So nachschaffenwert die deutsche Sozialversicherung auch sei, so stelle sie doch erst einen Anfang dar. Besonders für die Frauen sei auf diesem Gebiet noch viel zu erstreben, namentlich die Witwen- und Waisenerziehung, sowie Mutter-Hospitalkassen im Anschluß an die Krankenversicherung. Es sei erstreblich, daß die deutsche bürgerliche Frauenbewegung nicht den Irrtum der extremen Feministinnen anderer Länder teile, die um der Gleichheit willen besondere Vorkehrungen für die Frauen vertritt.

Den Schluß der heutigen Verhandlungen dieser Sektion bildete ein Referat von Fräulein Heymann-Hamburg über die Vereinsgesetzgebung. Die Rednerin beurteilte die heute in Deutschland herrschende Unfreiheit auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungswesens, besonders die polizeiliche Überwachung. Wenn dieser Kongress nicht von der Polizei überwacht werde, so habe man das dem Umstande zuzuschreiben, daß die sogenannte Frauenbewegung in diesen Tagen salon- und hoffähig geworden sei. Die Rednerin forderte zum Schluß ein freigeistliches Reichs-Vereinsgesetz, und um daselbe zu erhalten: Kampf für das politische Stimmrecht der Frauen.

Aus der Frauenbewegung.

Genossinnen, Genossen!

Die Frage des Frauen-Wahlrechts ist gegenwärtig in den Vordergrund gerückt worden. Mit feiger Gelehrigkeit sind die Mehrheitsparteien des Reichstages vor der reaktionären Regierung in Sachen des Frauen-Wahlrechts zu den Kaufmannsgerichten in die Anie gesunken und haben damit das Recht der Interessen der vielen Zehntausende Frauen preisgegeben, die im Handels-gewerbe ihren Lebensunterhalt suchen. In den Tagen, wo die starken und dummen Männer im preussischen Abgeordnetenhause und außerhalb desselben gegen das Wahlrecht der arbeitenden Klassen toben und hehen, ist von den Vertretern der ausbeutenden und herrschenden Klassen nichts Besseres zu erwarten. Die Frauen des Volkes dürfen aber nicht darauf rechnen, daß ihr Recht, das heißt für das Recht der erdrückenden Mehrzahl des weiblichen Geschlechts, die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen energisch den Kampf gegen die Reaktion aufnehmen. Das haben die internationalen Tagungen derselben auf neue Klar gezeigt. Die Frauenrechtlerinnen wollen Damenrecht, nicht Frauenrecht, nicht Weibchenrecht, sie treten der Reaktion nicht charaktervoll entgegen, sie liebedienern vor ihr; weit davon entfernt, gegen sie die Interessen der Ausbeuteten zu verteidigen, verzichten sie ihr gegenüber sogar auf die Wahrung ihrer eigenen Würde. Kann es eine bitterere Selbstverhöhnung geben, als daß die Führerinnen der bürgerlichen Frauenbewegung sich demütig knügend zu den Empfängern bei Ministern drängen, welche die Forderungen des vollen Bürgerrechts der Frau mit den plattesten Gemeinplätzen der Philister bekämpfen? Wollen politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts nicht von den Frauen aller Klassen gemeinsam gegen die Klassen aller Männer erstritten, sondern von den Frauen und Männern des arbeitenden Volkes zusammen gegen die ausbeutenden Klassen. Der Kampf um das Frauen-Wahlrecht muß im innigsten Zusammenhange mit dem Kampfe des Klassenbetroffenen Proletariats für die Erweiterung und Befestigung seiner politischen Machtstellung geführt werden. Die Socialdemokratie ist die große Vorläuferin für das Frauen-Wahlrecht.

Die Frage des Frauen-Wahlrechts in ihrer Bedeutung und in ihren Zusammenhängen zu erörtern, soll die Aufgabe des Referates sein, das Genossin Klara Zetkin in einer öffentlichen Versammlung hält, die am Freitag, den 17. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29, stattfindet.

Genossinnen, Genossen! Bedenkt, daß Ihr um das Banner der Socialdemokratie geschart einmütig zusammenschließt im Kampfe um Frauenrecht und Weibchenrecht. Heraus zum Protest gegen die bevorstehende Benachteiligung der Handlungsgehilfinnen gegen die

Frauenrechtliche Halbheit. Heraus zum Kampfe gegen die Reaktion, für das Recht, für die Macht der ausgebeuteten Klassen.

Die Vertrauensperson.

Socialdemokratie und Frauen-Stimmrecht.

Eine imposante Volksversammlung, einberufen vom socialdemokratischen Vertrauensmann des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises, tagte am 14. Juni im großen Saale von Buggenhagen am Rixdorp. Saal und Galerien waren überfüllt. Die Frauen überwiegen. Unter ihnen befanden sich auch viele Teilnehmerinnen des Internationalen Frauenkongresses. Ueber das obige Thema sprach Frau Lily Braun, die beim Durchschreiten des Saales lebhaft begrüßt wurde. Einleitend gedachte Rednerin des Internationalen Frauenkongresses, der festlichen Empfänge durch Behörden und Minister, der großen Befriedigung, die zu verspüren sei und die ein andres Gefühl bei den Damen der bürgerlichen Frauenbewegung nicht aufkommen lasse und das doch so nahe läge. Denn angeht die deutschen Verhältnisse mit Bezug auf Frauenrechte und Frauenrechts-Bestrebungen sollten die hiesigen Frauen und die Ausländerinnen den Eindruck haben, daß die festlichen Empfänge nichts seien als ein Schlag ins Gesicht der Frauenbewegung. Wenn man die Bewegung ernst nehmen würde, dann würde man sie nicht mit den Augen ritterlicher Galanterie ansehen, es würde dann von Empfängen keine Rede sein. Der eigentliche Empfang des Frauen-Kongresses habe aber nicht bei Wiltsch oder Posaadowitz, nicht im Grunewald oder am Wannsee stattgefunden, sondern im Reichstage, wo Graf Posaadowitz ausgesprochen habe, daß für das Deutsche Reich sogar das wahrlich doch geringfügige Recht der Teilnahme der Frauen an den Kaufmannsgerichten unannehmbar sei. Derselbe Reichstag habe das passive Wahlrecht bereits fallen lassen, und bei der dritten Lesung, wenn die Regierung erst alle ihre Schleppentücher, wenn sie alle die Hüter der lieben deutschen Weiblichkeit zusammen getrommelt haben werde, dann werde das Frauen-Wahlrecht wohl überhaupt fallen. Trotzdem liegen sich die Frauen empfangen. Von den Ausländerinnen müsse ja angenommen werden, daß sie schlecht orientiert gewesen seien, denn selbst über die wichtigste Thatsache, die in Deutschland zu verzeichnen sei auf dem Gebiete der Frauenrechtsbewegung, seien sie in Unkenntnis geblieben, mit durch die Schuld der bürgerlichen Frauenbewegung in Deutschland. Es sei vorgekommen, daß diese in ihren Stimmrechts-Versammlungen von ihren politischen Freunden in der Stimmrechtsbewegung gesprochen und damit die paar Freisinnigen gemeint hätten, die sich mit Ach und Weh dafür erklärten. Aber von der Socialdemokratie, die seit 30 Jahren für das Frauen-Stimmrecht kämpfe, sei nicht ein Wort die Rede gewesen. Darum werde Rednerin kurz darstellen, was der Socialismus und die Socialdemokratie für die Frau und die Frauenbewegung gethan habe. Sie verweist darauf, wie sich die Vorläufer des modernen Socialismus, u. a. ein Campanella, Thomas Morus, St. Simon, William Thomson und Weitling, schon der Frau und ihrer Gleichstellung angenommen haben. Während deren Forderungen sich aber vorwiegend als eihische Postulate darstellten, seien es die großen Theoretiker des modernen Socialismus Marx und Engels gewesen, die auch in Bezug auf die Frauenfrage ihren Ausgangspunkt von den Thatsachen genommen hätten, von der Entwidlung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, und die in wirtschaftlichen Grundlagen die Ursache von der Verfassung auch der Frauen erblickten. Schon das kommunistische Manifest aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts habe Frauenarbeit und bürgerliche Ehe behandelt. Mit dem Wort: Proletariat aller Länder vereinigt Euch! erklärte sich zum erstenmal eine große Partei für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Und schon auf ihrem Eisenacher Kongress, zu einer Zeit, wo fast alle Arbeiter Front machten gegen die Frauenarbeit, zum Teil sogar gewaltthätig, da lehnten es die Socialdemokraten einstimmig ab, die Abschaffung der Frauenarbeit in das Programm aufzunehmen. Nicht lange danach, 1875 auf dem Gothaer Kongress, seien Bebel, Auer und Liebknecht für volle Gleichberechtigung der Frauen eingetreten, und der Kongress habe die Forderung des Wahlrechts für alle Staatsangehörigen aufgestellt. Weibliche Delegierte ließ man zu. Das alles sei zu einer Zeit geschehen, wo von der Forderung der politischen Gleichberechtigung in bürgerlichen Kreisen nicht die Rede gewesen sei, wo selbst die Vegeisterung, die Stuart Mill erweckte, keinen Widerhall fand. Eine einzige, heute noch lebende bürgerliche Frau, Hedwig Dohm, sei so tapfer gewesen, für die Frauen das politische Wahlrecht zu fordern. Ihre Worte verhallten ungehört, erst neuerdings habe man sich auf sie besonnen. Ein bedeutendes Ereignis sei dann das Erscheinen von Bebel's: „Die Frau und der Socialismus“ gewesen. — Aber auch die patriotischen Frauen seien nicht im Hintergrunde geblieben. Bereits in den siebziger Jahren des verflohenen Jahrhunderts hätten sie Schulter an Schulter mit den Männern um politische Rechte gekämpft, seien sie mit ihren männlichen Genossen von Haus zu Haus gezogen. Das sei auch eine der Thatsachen, die die bürgerlichen Frauenvertreterinnen verschwiegen hätten. Nur so konnte es kommen, daß im vorigen Jahre in einem amerikanischen Frauenblatte stehen konnte, zum erstenmale hätten sich 1903 in Deutschland Frauen an der Wahlbewegung beteiligt. Rednerin hebt die Bestimmung des Erfurter Programms hervor, wonach das Wahlrecht bei allen Abstimmungen auch den Frauen gesichert werden soll, und geht auf die parlamentarische Thätigkeit der Socialdemokratie ein, um zu zeigen, daß die Partei sich stets der Frauen in jeder Beziehung auf das energichste angenommen habe, nicht nur auf socialpolitischen Gebieten, sondern auch auf dem des Stimmrechts, wie die von der Rednerin angeführten Beispiele aus der parlamentarischen Praxis beweisen. Unter anderem erwähnt Rednerin den socialdemokratischen Antrag von 1894 auf Einführung des politischen Wahlrechts der Frauen zum Reichstage, den Bebel in glänzendster Rede verteidigte, während der Liberalismus schweig. Und als Rednerin als Mitglied eines bürgerlichen Frauenvereins damals versprochen wurde, in öffentlicher Versammlung zum erstenmal für das öffentliche Wahlrecht einzutreten, da bedurfte es in jenem Frauenverein langwieriger Beratungen darüber, ob so etwas Unflätzerisches überhaupt gewagt werden dürfe. — Wenn sich die Frauenrechtlerinnen umfassen in proletarischen Versammlungen, nicht nur in der Großstadt, auch auf dem Lande, so würden sie überall Männer finden, die bereit seien, durch Wort und That für die Gleichberechtigung der Frau einzutreten. Auch die Arbeiterinnen brauchen sich durchaus nicht tückisch zu geben. Da gebe es nicht Frauen wie unter denen auf dem bürgerlichen Kongress, die da sagten: „Ja, im Grunde“ haben wir ja das Stimmrecht angenommen, aber wir sind noch nicht für das Frauen-Stimmrecht im ganzen, wir sind doch höchstens für ein beschränktes, damit nicht der Pöbel zu sehr in den Vordergrund kommt.“ Ueberhaupt der Frauen-Weibthum! Eine solche Grundung sei durchaus ideologisch. Er werde vor dem Weltbund des Kapitals keinen Bestand haben; er werde zerfallen, seine Mitglieder würden sich doch über kurz oder lang den Parteigruppen zuwenden, wo sie ihre Interessen am besten vertreten fänden. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Gegensätze werde das ihre thun. Immer mehr Frauen, auch solche denen eine andre Zukunft bestimmt schien, würden der Erwerbsarbeit in die Arme getrieben, würden Abhängige des Kapitals. Die bürgerliche Frauenbewegung müsse scheitern an der Grenze, die der Kapitalismus ihr gegenüber aufrichten werde. Gegen den Weltbund des Kapitals gebe es nur den Weltbund der Arbeiter und Arbeiterinnen, die Begriffe im weitesten Sinne genommen. Immerhin arbeite die bürgerliche Frauenbewegung mit, wenn auch unbewußt, am Ziele der Befreiung der Menschheit, da sie die Köpfe revolutionäre und ermögliche, daß manche die hinter der ersten niedrigeren Schranke befindlichen weit größeren Schranken erkennen und sich allmählig der Socialdemokratie nähern, ihre Gefährtin werde, sei es als stille Mitarbeiterin im kleinen Kreise, sei es als Vorläuferin der heiligen Sache der Menschheit. Zweifellos werde der Samen, der in den glänzenden Männen der Philharmonie gesät wurde, aufgehen, und wir würden es sein, die die Früchte ernten. Nach einer Zusammenfassung der socialdemokratischen Anschauungen in den maßgebenden Fragen von Kultur und Fortschritt

schloß Rednerin mit einem Hoch auf die internationale, völkervereinende Socialdemokratie ihren mehrfach von lebhaftem Beifall unterbrochenen Vortrag. Die Versammlung stimmte ein, darauf brach ein langanhaltender Beifallssturm los.

Nachdem eine Aufforderung an die weiblichen Gäste vergeblich gewesen war, erhielt zur Disjunktion Herr Sena a Hoch das Wort. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Frauenbewegung nur als Volksbewegung einen großen Sinn habe und daß von einer solchen mit Bezug auf die in der Philharmonie sich kundgebende Bewegung nicht die Rede sein könne.

Fraulein Elise Hoffmann, Vertreterin der Berliner Dienstboten-Organisation, die zum erstenmal in einer socialdemokratischen Versammlung spricht, schildert in schlichten aber eindrucksvollen Worten die traurige Lage der Hausangestellten und die Schwierigkeiten, mit denen ihre Organisation zu kämpfen hat. Der Verein hat auch, weil die Hausfrauen dort „so schön beisammen“ waren, eine Vertretung auf dem internationalen Kongress erstrebt. Eine Vertreterin wurde zugelassen mit im ganzen zehn Minuten Redezeit. Heißer Dank erstattet Rednerin der Frau Lily Braun, die dort ausgesprochen habe, was ihr und ihren Berufsgenossinnen am Herzen liege.

Genossin Ad a m vom Tagelöhnerinnen-Verein in Bern (Schweiz) und vom Schweizer Frauenbund spricht ihre Verwunderung darüber aus, daß man in Deutschland auf die „bürgerlichen Frauen“ schimpfe. Es müßten hier doch eigentümliche Verhältnisse sein. In der Schweiz arbeiteten bürgerliche und socialdemokratische Frauen ungeniert zusammen im Bund und niemand spreche von bürgerlichen und socialistischen Frauen. Rednerin führt verschiedene Beispiele für das einträchtige Zusammenwirken — in der Schweiz an. Sie meint, wenn die bürgerlichen und socialdemokratischen Frauen zusammenarbeiten, dann stellen sie die Welt auf den Kopf. Sie sei überzeugte Socialdemokratin. Rednerin sprach mit großer Verbe und in unverfälschtem Schweizerdeutsch. Nachdem noch Genosse Steffen im Sinne des Referats gesprochen, hielt Genossin Braun ihr Schlusswort, worin sie besonders auf die Ausführungen von Fraulein Hoffmann und von Genossin Adam einging. Sie stellte fest, daß der deutsche Frauenbund sich ausdrücklich die Arbeiterinnen-Vereine ferngehalten habe, weil sie — socialdemokratisch seien.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 14. Juni im Saale von Buggenhagen tagende Volksversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die feindliche Stellung, die die Regierung gegenüber dem Frauenwahlrecht zu den Kaufmannsgerichten einnimmt.“

Sie protestiert ebenso gegen den Reichstagsbeschluss vom 10. Juni, der den Frauen das passive Wahlrecht zu diesen Gerichten vorenthält.

Sie fordert die politische Gleichberechtigung der Frauen auf allen Gebieten und erwartet von der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags, als der einzigen Partei, die in ihrer Gesamtheit die Interessen der Frauen in umfassender Weise vertritt, daß sie ihre Macht und ihren Einfluss zu Gunsten dieser Forderung in allen Fällen zur Geltung bringe.“

Unter Hochrufen auf die Socialdemokratie und auf die Genossin Lily Braun ging die Versammlung auseinander.

Steglig. Donnerstag, den 16. Juni, abends 8 1/2 Uhr, hält der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglig und Umgebung bei Bahrendorf, Schloßstr. 117, seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen aller Mitglieder erwartet. Der Vorstand.

Die unschuldigen Kühnemänner.

Bekanntlich hatte die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten nach dem Gürtler- und Drückerstreik beschloffen, einen Streikbrecherfonds zu bilden, aus dem bei Ausperrungen unorganisierte Arbeiter entschädigt werden sollen. Im Anschluß hieran erging dann am 1. März d. J. von den Arbeitgeberern an alle in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter die freundliche Aufforderung, bis zum 15. März einen Nevers zu unterschreiben, daß sie keiner Organisation angehörten, da sie dann ohne Karenzzeit in den Genus der Ausperrungs-Unterstützung kommen würden, während die sich später Meldenden eine Karenzzeit von sechs Monaten durchmachen sollten. Diese Aufforderung wurde durch Anschläge in den Fabriken dann noch zweimal wiederholt. Als der „Vorwärts“ hierauf das Gebahren der Kühnemänner gebührend kritisierte, veröffentlichte die Vereinigung der Metallwarenfabrikanten folgendes Circular:

„In verschiedenen Tageszeitungen sind über angeblich bevorstehende Massenausperrungen der Metallarbeiter durch die Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten gänzlich irrige Nachrichten verbreitet. Diese Nachrichten sind darauf zurückzuführen, daß infolge der großen Streikbewegung der Metallarbeiter im letzten Herbst die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten ihre bestehende Organisation weiter ausgebaut hat. Sie hat u. a. Bestimmungen getroffen, nach welchen im Falle eines etwaigen Streiks bis zu 70 Prozent der Arbeiter ausgeperrt werden können. Die Vereinigung beschloß ferner einstimmig: außer ihren vom Streik betroffenen Mitgliedern auch den etwa auszusperrenden nicht organisierten Arbeitern Unterstützung zu gewähren. Die Erfahrungen des letzten Streiks sind hierfür bestimmend gewesen. Bei den damals durchgeführten Ausperrungen ergab sich, daß eine große Zahl von Arbeitern unter den Ausgesperrten waren, welche keinem Verbandsangehörten, der bei Streiks Unterstützung gewährt. Solche Arbeiter waren also ohne jede Mittel und die Vereinigung hatte zu Unterstützungen keine Fonds. Im Interesse der nichtorganisierten Arbeiter (1) wurde ein Unterstützungsfonds nimmer geschaffen. Arbeiter, welche aus diesem Fonds auf Grund der festgesetzten Bestimmungen (1) jemals Anspruch zu erheben wünschen, haben sich bei ihrem Arbeitgeber in eine Liste einzutragen. Ein Zwang für die Eintragung besteht keineswegs, und liegt durchaus nicht die Absicht vor, etwas gegen die Arbeiter, welche sich nicht eintragen, zu unternehmen.“

Wir der unschuldigen Kühnemänner also verurteilten die Metallwarenfabrikanten, daß nicht Eipenungh die Ursache ihrer Fondsgründung war, sondern lediglich das ehrliche Mißgefühl mit den nichtorganisierten Arbeitern — die sie bei einem Streik erst ausperrten und dann in edler Hilfsbereitschaft unterstützen wollen. Wirklich rührend! Die Geschichte hatte natürlich einen kleinen Haken. Die Metallarbeiter kannten ihre Pappentümer; daher kam es denn auch, daß trotz der dreimaligen Aufforderung zur Eintragung die Unternehmer mit ihrem Trid täglich Schiffbruch litten. Nur eine lächerlich geringe Zahl unterzeichnete den Nevers. Doch was thun die Kühnemänner nicht alles „im Interesse ihrer Arbeiter“, besonders, wenn es gilt, aus den Reihen der unorganisierten Leute eine willige Unternehmer-Schutztruppe heranzubilden, die sich gelegentlich gegen die organisierten Arbeiter auspielen läßt. Als nämlich nur eine so lächerlich geringe Zahl der Unorganisierten auf den Köder bis, da verfuhrten die Fabrikanten — obwohl sie öffentlich beleuert hatten: „Ein Zwang für die Eintragung besteht keineswegs!“ — in der skrupellosesten Weise nach dem Grundsatze von Zuberbrot und Pfeffer. Alle Mittel der Ueberredungskunst und des bekannnten „sanften Drucks“ wurden abwechselnd in Anwendung gebracht, um die Zahl der zukünftigen Fonds-Stipendiaten zu vergrößern. Ja, man schenkte sich nicht, die Neueinstellung von Arbeitern von der Unterzeichnung des Nevers abhängig zu machen. Arbeitssuchenden wurde gesagt: „Nur wer unterschreibt, kann anfangen; wer sich weigert, wird nicht eingestellt.“ Doch auch diese Methode zeitigte nicht das gewünschte Resultat. Da versuchte man es mit einem neuen Köder. Es wurden die Fabrikordnungen dahin abgeändert, daß es zulässig sein solle, an Stelle des kündigunglosen Arbeitsverhältnisses auch gegenseitige Absommen mit vierwöchentlicher Kündigungsfrist zu treffen. Für das Kündigungsverhältnis

können natürlich nur Arbeiter in Frage, die den Nevers unterschrieben hatten. Der Zweck der ganzen Maßnahme ist, aus jeder Specialbranche eine Anzahl Leute zu gewinnen, mit deren Hilfe verdrängt werden sollte, daß bei einem plötzlich ausbrechenden Streik der ganze Betrieb lahm gelegt werden könne. Den so engagierten Arbeiter wird ferner noch im Krankheitsfalle ein Zuschuß zum Krankengelde gewährt, so daß während der Krankheitsdauer stets der volle Wochenlohn, der dem Sage für Lohnarbeit entspricht, zur Auszahlung gelangt. So wenigstens sieht es in einem Abkommen, das die Firma H. Krifer Inhaber Engel u. Heegewaldt in Oberschöneweide mit einem Arbeiter getroffen hat. Derselbe Firma sucht nun gegenwärtig per Annonce auswärtige Arbeiter, die sie hier in Berlin zu dem „Schuhtruppenbetrieb“ nicht bekommen kann. Einem Mitgliede des Metallarbeiter-Verbandes, das sich auf die Annonce hin meldete, schrieb die Firma:

In Bezug auf Ihre obige Offerte teile ich Ihnen mit, daß Sie bei mir in Arbeit treten können. Wie in dem Inserat zum Ausdruck gebracht, Rückvergütung der Reise III. Klasse nach sechs-wöchentlicher Beschäftigung in meiner Fabrik. Tüchtige Leute verdienen bei mir 30—40 Mark und darüber. Es wird ausschließlich im Accord gearbeitet; 9 Stunden. Kündigung findet nicht statt; jedoch bin ich bereit, mit Ihnen später, für den Fall Sie sich als geschickter Arbeiter erweisen, eine gegenseitige vierwöchentliche Kündigung zu vereinbaren.

Bedingung ist, daß Sie keinem der gegen die Unternehmer gerichteten Verbände angehören, als „Metallarbeiter-Verband“ u. a. Wenn Sie mit diesen Bedingungen einverstanden sind, können Sie eintreten.

Achtungspoll

H. Krifer.

Engel u. Heegewaldt.

Prompt antwortete hierauf der Arbeiter, er sei bereit, auf diese Bedingungen einzugehen, wenn die Firma sich ebenfalls schriftlich verpflichten wolle, keinem gegen die Arbeiter gerichteten Unternehmer-Verbande anzugehören. Wenn man jedoch bedenkt, daß Herr Heegewaldt der Vorsitzende des Vereins Berliner Metallwarenfabrikanten, der Abteilung II des Kühnemänner-Verbandes, ist, so dürfte es niemand verwunderlich finden, daß er diesen Arbeiter nicht einstellte.

Das Vorgehen des Herrn Heegewaldt ist typisch für die Kühnemänner. Es zeigt, wie emsig die Herren thätig sind, um die Arbeiter teils durch wirtschaftlichen Zwang, teils durch Gewährung kleiner Vergünstigungen von der gebührenden Organisation fernzuhalten. Und das alles unter der Maske der Unschuld und Treuherzigkeit.

Briefkasten der Redaktion.

N. Z. 134. Für die Schweiz benutzen Sie zur Ansage die Adresse: Herr D. Janner, Winterthur in der Schweiz. Zur Erledigung des andern Teils Ihrer Forderung wenden Sie sich vielleicht an die „Central-Versandstelle für Auswanderer“ hier, Schellingstr. 4. Partei- und Organisationszugehörigkeit usw. sind in letzterem Falle nicht zu berühren. — **N. Z. 1. Ja. 2. Sehr selten.** — **Anna Kr. 100.** 1. Die zuverlässigste Auskunft über Reforme, Breite der Allets usw. erhalten Sie in den amtlichen Auskunftsstellen (Alexanderplatz und Anhalter Bahnhof). 2. Mit Ihrer Schwiegermutter seit mindestens zwei Jahren in Berlin und ist sie hilflos, so hat die Armenkommission einzutreten. Der Stadt steht in Höhe der Unterstützung ein Erbrecht zu. Ihre Schwiegermutter möchte sich an den Armenkommissionsvorsteher ihres Bezirks wenden. 3. Sie können bei der Versicherungsanstalt beantragen, die Rente an Ihren neuen Aufenthaltsort zu senden oder können beide Raten an einmal erheben. — **N. R. Rein — St. Sch. 1. Täglich. 2. Wie erwarten Ihren Besuch. — 999. 1. Ja. 2. Rein. — Heberfahren. „Mittels welches“ ist ein gränliches Deutsch. Warum nicht „in welchem“? — **Schlesischer Bahnhof.** Die Gewerbe-Ausstellung 1896 ist am 1. Mai eröffnet worden.**

Juristischer Tell.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

N. Blümel. Der Knabe ist nicht strafbar, der Vater ist schadenersah-pflichtig. — **N. 100.** Ist der Erzeuger eines arbeitsfähigen Kindes verheiratet, so verliert dadurch weder das Kind noch die Mutter ihr Recht auf Alimante usw. Die Ehefrau des Erzeugers ist aber berechtigt, auf Erhebung wegen Uebdruges zu klagen und die Bestrafung der Uebdrucher zu beantragen. Als angemessen gelten in Berlin zwischen 15 und 25 M. monatlich. — **N. G. 11. 1. Rein. 2. Rein.** Ihnen steht der Weg zur Einlage (Klage auf Zahlung des Restausgebotes und auf Rückgabe des Jaunes) offen. — **N. L. P. Rein. — D. R. Ja. — G. B. 6.** Aus Ihren Darlegungen ergibt sich nicht, daß die Ansprüche der Anstalt unberechtigt sind. Es scheint sich um zwangsweise (auf Antrag eines Verwandten oder von Amteswegen erfolgte) Unterbringung eines fremder Pflege Bedürftigen gehandelt zu haben. In solchem Falle ist die Beschäftigung in der Anstalt nicht versicherungspflichtig und die Anstalt (oder der Landarmenverband) berechtigt, aus dem Nachlass Erstattung der Kosten zu begehren. War der Verlorbene vor Unterbringung in der Anstalt als Geselle beschäftigt, so gehörte er einer Krankenkasse an. In diesem Falle hätte diese für die Kurkosten usw. einzutreten. — **N. 6.** Bereits vor der Entbindung kann auf Hinterlegung der Entbindungslosten und eines Quartals Alimante geflagt werden. — **J. H. W. Wiroh.** Der Verein und seine Statuten brauchen nicht angemeldet zu werden. Sie müssen aber die Statuten so fassen, daß kein flagbares Recht für die einzelnen Mitglieder besteht und daß der Fortbestand des Vereins auch für den Fall des Ausscheidens eines Mitgliedes gesichert bleibt. — **M. R. 100.** Ob jemand Armenunterstützung zu genießen oder zu entziehen ist, hängt lediglich davon ab, ob er hilflosbedürftig ist. Die Höhe der Rente allein ist nicht entscheidend. — **M. R. 23.** Sie sind dazu berechtigt. — **P. R.** Sie müssen zur Vermeidung erblicherer Rechtsfolgen zahlen. Gälten Sie unsre vor Jahren wohl 50 mal ausgesprochene Mahnung befolgt, aus der sogenannten Allgemeinen Volksschulkrankenkasse G. S. 129 auszutreten und sich zu halten, einer Schwindelkasse beizutreten, so hätten Sie den Betrag und die Kosten erpart. — **William. Ja. — N. B. C. 84.** Ein Ausländer bedarf in Deutschland keines Passes. Er kann ohne jeden Grund als angeblich Lähmiger ausgewiesen werden. So die Reichsliste. In der Sache selbst ist es vielleicht zweckmäßig, daß Sie schriftlich dem Polizeipräsidenten mitteilen, daß nach Anstalt aus Ihrer Wohnortschast ein Polz für Sie nicht erforderlich ist, und daß Sie anfragen, ob Sie trotz der dadurch verursachten nutzlosen Kosten einen Polz beschaffen müssen. — **Karl Wolf. 1. Rein.** Rückzahlung findet aber nur statt, wenn Ihnen keine Rente gezahlt ist. 2. Für die Dauer der W Wochen überschreitenden Erwerbsunfähigkeit stellt Ihnen ein Rentenanspruch zu. Die Rentenhöhe richtet sich nach der Zahl und Art der Renten. — **M. B. 15. 1. u. 2. Leider bestehen gesetzliche Schranken nicht. 2. Arbeitslos ist erforderlich. Invalidentversicherungspflicht tritt erst mit vollendetem 16. Lebensjahre ein, Krankenversicherungspflicht ohne Rücksicht auf das Alter. — N. B. 20. 1. Ihren Gewerbetrieb haben Sie in Berlin bei der Verwaltung der direkten Steuern anzumelden. 2. Als Gewerbetreibender sind Sie berechtigt, so viel Gesellen zu beschäftigen, als Sie bezahlen können. Die Rechnung hierüber hat nur beim Kataster der Berufsgenossenschaft stattzufinden, falls Sie eine versicherungspflichtige Beschäftigung betreiben. 3. Darüber, wie Geld am besten angelegt werden kann, um möglichst viel Zinsen abzuwerfen, können wir Ihnen nur die oftmals erteilte Antwort wiederholen: wollen Sie gut schlafen, so legen Sie Ihr Geld in sicheren Anleihen (z. B. Anleihen des Reiches, des preussischen Staates, der Berliner Stadt) an. Wollen Sie viel verdienen, aber auch das Risiko übernehmen, alles zu verlieren, so legen Sie sich Indutrie- und Spekulationspapiere aus, welche Sie wollen. Eine Anlage, die verdirbt, daß das Kapital genug abnimmt, um gut zu essen u. d. gut zu schlafen, giebt es nicht. 4. Haben Sie zu einem Geschäftsteilnehmer kein Vertrauen, so schließen Sie keinen Vertrag mit ihm. Nicht notwendig, aber zweckmäßig ist der schriftliche Abschluß eines Compagnon-Vertrages und vorhergehende eingehende Beschreibung der Einzelheiten des Vertrages mit einem Rechtskundigen. — **N. M. 82. 1. Das kann der Standsbeamte geflatten. 2. Gefährlich, auch Justizstrafe kann aus dem Verdrängen folgen, weil das Verdrängen als intellektuelle Urkundenfälschung aufgefahrt werden kann. 3. Geburtsurkunden, Militärpapiere des Mannes und mit Rechtskraftbestell versehenen Urteil der Geschiedenen muß zwecks Heirat beigebracht werden. **Regerhin B. R. 1. und 2.** Die Altersrente hängt von Jurisdiction des 70. Lebensjahres und von der Beitragszahl von 1200 Mark ab. Beschäftigter Militärdienst- oder Krankheitszeit gilt als Kreditszeit. Die Beitragszeit ist für diejenigen erheblich herabgesetzt, die zur Zeit des Austrittens der Versicherung ihres Berufs das 40. Lebensjahr vollendet hatten. Wollen Sie wissen, wieviel Renten Sie gekostet haben müssen, so geben Sie an, welchem Beruf Sie angehören (seit wann?) und wann Sie geboren sind. 3. und 4. Beschäftigter ist Erwerblos. Richten Sie den Antrag an das Landratsamt. — **D. B. 284.** Sie sind Neffenburger und können auf dem häufig beschriebenen Wege auf Ihren Antrag (zu richten an das Polizeipräsidenten) ausserdem, Preuze werden. — **M. R. 100. Rein.******

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 16. Juni.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Robert der Teufel.
Neues Opern-Theater. Die schöne Helena.
Deutsch. Die Weber.
Vesting. Japanstreich.
Velle-Affaire. Der kleine Kästlein.
Hierauf: Die Automaten-Wm.
Anfang 8 Uhr.
Berliner. Kamzelle Ritouche.
Westen. Im bunten Rod.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Ein unbeschriebenes Blatt.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Das Heiratsnest.
Neues. Einen Jux will er sich machen.
Kleines. Märtyrer. Liebesträume u. Reibens. Die 300 Tage.
Central. Der Raub der Sabinerinnen.
Carl Weiss. Der Weg zum Herzen.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Wolke. Liebesgötter. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vossage-Theater. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Bahmann.
Invalidentraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Central-Theater.

8 Uhr: Galopspiel
Josefine Dora und Emil Richard:
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten von Schönthan.
Freitag: Papagano.
Sonntag: Der Raub der Sabinerinnen. — Sonntag: Papagano.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtsyl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtsyl.

Residenz-Theater

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gevaert und Robert Charney.
Deutsch von Alfred Palm.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: **Garten-Konzert.**
8-9 1/2 Uhr: Die Attraktionen des phänomenalen Juni-Programms.
Hierauf:
Liebesgötter.
Im zweiten Bild:
Götterzug
und die Sensations-Apothose:
Im Tempel der Glückseligkeit.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollander.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Carl Weiss - Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Der Weg zum Herzen.
Schauspiel in einem Akt, u. 6 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Im Garten: Neues Programm.
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Anf. 5 Uhr. Sonabend: Sommer-nachtsyl.

W. Noacks Theater

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute:
Grosser Premieren-Abend
Zum überaus erstmalig:
Unser Kottchen.
Der Werd in der Wuladgasse.
Dazu die neu engagierten Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Kaffeehölche von 8 Uhr ab. **Ball.**
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saal.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Heute:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
15 neue Nummern.
Elternlos.
Gr. Extra-Tanz. Tanzlehrer Hoppe.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

Passage-Panoptikum.

Der lange Josef
16 Jahre alt, 217 cm gross.
Der Leichenfund
in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena nur noch kurze Zeit:
Raubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Cementbranche.
Die Gruppe der Cementierer feiert am Sonnabend, den 18. Juni, im Lokal „Marienbad“, Badstr. 30, ihr **erstes Stiftungsfest**, wozu die Mitglieder und Kollegen der ganzen Sektion freundlichst eingeladen werden. 144/5 **Tod Komitee.**

Max Kiem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Geistliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehölche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: Ein unbeschriebenes Blatt.
Aufspiel in 8 Aufz. v. G. v. Holzogen.
Freitagabend 8 Uhr: Ein unbeschriebenes Blatt.
Sonnabendabend 8 Uhr: Galopspiel Heinrich Büchel:
Der Troubadour.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: Das Heiratsnest.
Freitagabend 8 Uhr: Pension Schüller.
Sonnabendabend 8 Uhr: Morituri
(Teja, Fritschen, Das Ewig-Männliche).
Im Garten täglich gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne

Die **Mitglieds-Karten** müssen in den Zahlstellen abgegeben werden mit der Erklärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft. **Umschreibungen** aus der bisherigen Zahlstelle in eine andre können nur im Juli und August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

General-Versammlung:

Donnerstag, den 30. Juni 1904, in den Industrie-Festsälen, Bouthstrasse.

Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-Theater O.) liegen in unsern Zahlstellen 1. Parkett-Billots aus (Kassenpreis 2,50) für die Mitglieder der Freien Volksbühne ermässigt auf 1,60 M. inkl. Garderobe. Rechtzeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu empfehlen.
Secessions-Karten a 25 Pfennig vom 20. Juni ab in den Zahlstellen von G. Schulz, Admiralstrasse 40a (SO.); Beyer, Veteranenstr. 13 (N.); P. Horsch, Gewerkschaftshaus (SO.); Vogel, Koppenstr. 83 (O.) und Kunko, Bülowstr. 59 (W.).
229/4 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Central-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Cementbranche.
Die Gruppe der Cementierer feiert am Sonnabend, den 18. Juni, im Lokal „Marienbad“, Badstr. 30, ihr **erstes Stiftungsfest**, wozu die Mitglieder und Kollegen der ganzen Sektion freundlichst eingeladen werden. 144/5 **Tod Komitee.**

Max Kiem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Geistliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kaffeehölche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Von der Zugspitze zum Watzmann.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten **zusammengewachsenen Schwestern**
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in der Welt !!

Passage-Panoptikum.

Der lange Josef
16 Jahre alt, 217 cm gross.
Der Leichenfund
in Charlottenburg.
Originalgruppe nach Aufnahmen an Ort und Stelle naturgetreu dargestellt, ohne Extra-Entree.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr abends 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena nur noch kurze Zeit:
Raubtier-Schule.
Vorstellungen: tägl. 1/2 u. 7 Uhr.
Eintritt 30 Pf., Kinder d. Hälfte.

Passage-Theater.

Anf. Sonntags 3, Wochentags 5 Uhr, Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
Alfred Bender
Original-Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Heute:
Sum **25. Male:**
Die Tochter des Heimkehrten.
Sens.-Ausstattungsstück in 7 Bildern.
Weiterdem zum erstenmal:
Affenstreich.
Gr. komische Pantomime.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im **Ball.**
Eintritt 30, numerierter Platz 50 Pf.

Wer-Stoff-hat.

Fertige Anzug 20 M., feinste Qualitäten, 2 Anproben. Für guten Sitz bekam goldene Medaille. **Ludwig Engel, Pronzauerstrasse 23, 2 Tr.** (nahe Alexanderplatz). Begründet 1892.

WINTERGARTEN

Edith Helena,
Bravour-Sängerin.
Mason u. Forbes, amerik. Excentrics
Clément Lion, Zauberkinstler.
Lydia Dobranow, Feuer tänzerin.
Professor Maboul, kom. Jongleur.
Parzinas dressierte Affen.
Gebrüder Schwarz, Parodisten.
Will Mora, Reckkünstler.
Heloise Titcomb, Sängerin.
Die 4 Milans, Kraftnummer.
Neiss-Familie, akrobatischer Akt.
„Pas de deux“, Cavini und Härtel.
Lebende Photographien
vom Kriegsschauplatz.

Schweizer-Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Vollbelustigungen.
Im Saal: **BALL.**
Zum Schluss:
Berliner Konfektionensn.
Große Gelangspfeife in 3 Bildern.
Eintritt 30 Pf.
Sansouci.
Reitpferd-Her — Stat. der Hochbahn.
Täglich im Garten:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Solree: Tanz.
Bis Freitag haben Vorkonzerte, auch die zu den Theaterabenden ausgegebenen, Giltigkeit.

Reichshallen

Stettiner Sänger.
Zeit Vieffe bei Vater Philipp.
Anfang: 8 Uhr.
Abendtags 7 Uhr.
Gossmanns Konzert-Garten
SW. Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Harburger Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Vorzugskarten und Pafsepartouts gültig. Nachr.: Kränzchen.
Jeden Sonntag: Gr. Freikonzert und Ball. Anfang 4 Uhr.

Wilhelm Trapps Sommer-Theater.

Tegel, Bahnhofstrasse 1.
Jeden Sonntag u. Donnerstag:
Großes Garten-Konzert
u. Spezialitäten-Vorstellung.
Eintritt 10 Pfennig. Sonntags referiert 20 Pf. 5524/2

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Haupt: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw. 5344/2
Orig.-Lose 3.30 Porto u. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Haupt-Kollektor, Mainz.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Mücken, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 5416/2
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
gibt demjenigen, der mit einem Richtigerfolg nachweist. Nur allein edlt bei Hugo Barth, Drogerie, sehr Brunnenstrasse 14, früher Nr. 18.

Flundern,

50 Stück frisch aus dem Raub nur 1,50 M. Post. fest-triefende Matjes, 6. 3/4, R. Ernst Napp Nachf., Zwinmünde Nr. 56. Prizen-Str. 41, (3/3)
Dr. Simmel,
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke,

hervorragend schön und billig.
Gelegenheitskäufe in guten, modernen **Damenkleiderstoffen** sowohl in Volles, Etamines, Wollmusselinen als auch in leinenen und andren spart schönen Waschstoffen. 5453/2
Total-Ausverkauf der Ültzenschen Wollweberei
an der **jetzt: Leipzigerstr. 30, 1 Tr., Friedrichstr.**

Fortuna lächelt noch!!!

Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße—Mariendorf.
Berkäufer, auch Sonntags, von 8—5 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.**
3475

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Pantom.: im Nachtsyl.
Harris, Kraftjongleur, The Jarrey, — Upts. — Langbe.
Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Etablissement Suggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Horst-Walde-Sänger.
Sonabend im Kaiserfaal:
Tanz.
Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen u. Rab. tabell. Ausf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke,
hervorragend schön und billig.
Gelegenheitskäufe in guten, modernen **Damenkleiderstoffen** sowohl in Volles, Etamines, Wollmusselinen als auch in leinenen und andren spart schönen Waschstoffen. 5453/2
Total-Ausverkauf der Ültzenschen Wollweberei
an der **jetzt: Leipzigerstr. 30, 1 Tr., Friedrichstr.**

Fortuna lächelt noch!!!

Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße—Mariendorf.
Berkäufer, auch Sonntags, von 8—5 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.**
3475

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Pantom.: im Nachtsyl.
Harris, Kraftjongleur, The Jarrey, — Upts. — Langbe.
Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Etablissement Suggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Horst-Walde-Sänger.
Sonabend im Kaiserfaal:
Tanz.
Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen u. Rab. tabell. Ausf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Grosse Freiburger Dombau-Lotterie.

Ziehung 6.-9. Juli 1904.
Haupt: 100 000, 40 000, 20 000, 10 000 usw. 5344/2
Orig.-Lose 3.30 Porto u. Liste 30 Pf.
J. Rachor, Haupt-Kollektor, Mainz.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Mücken, Franzosen, Blattläuse etc. Schl. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 5416/2
— Zahlreiche Anerkennungen. —
1000 Mark Belohnung
gibt demjenigen, der mit einem Richtigerfolg nachweist. Nur allein edlt bei Hugo Barth, Drogerie, sehr Brunnenstrasse 14, früher Nr. 18.

Flundern,

50 Stück frisch aus dem Raub nur 1,50 M. Post. fest-triefende Matjes, 6. 3/4, R. Ernst Napp Nachf., Zwinmünde Nr. 56. Prizen-Str. 41, (3/3)
Dr. Simmel,
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Blusen, Kleiderröcke, Unterröcke,

hervorragend schön und billig.
Gelegenheitskäufe in guten, modernen **Damenkleiderstoffen** sowohl in Volles, Etamines, Wollmusselinen als auch in leinenen und andren spart schönen Waschstoffen. 5453/2
Total-Ausverkauf der Ültzenschen Wollweberei
an der **jetzt: Leipzigerstr. 30, 1 Tr., Friedrichstr.**

Fortuna lächelt noch!!!

Mariendorfer Hochbauterrain!
200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— u. 4.— pro Quadratmeter netto Baugrund, zur Straße nichts mehr abzutreten.
Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrenstraße—Mariendorf.
Berkäufer, auch Sonntags, von 8—5 Uhr auf dem Terrain.
Eigentümer **A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.**
3475

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 78/79.
Direkt Ringbahnstation.
Täglich **Ob Regen!**
im herrlichen Garten od. gr. Saal:
Das neue konkurrenzlose Programm,
ca. 36 erstklassige Nummern
u. a. mit kühnem Desail, delev akrobatischer Akt.
Die 5 Wolsons, belier Elchic-Akt.
4 Vulkanos, belier Elchic-Akt.
Orig.: Mita Rosoli, Tany-Zoubrette, Orig.: Fritz Brand, Humorist.
Orig.: Marco et Tatjana. Orig.: The 3 Schönbrunn usw.
Kaffeehölche, Vollbelustigungen.
Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: **BALL.** Eintritt 30 Pf.

Berliner Prater Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Goldene Herzen.
Pantom.: im Nachtsyl.
Harris, Kraftjongleur, The Jarrey, — Upts. — Langbe.
Ball, Konzert, Spezialität.
Anfang 4 Uhr.
Eintr. 30 Pf. Rum. Pl. 50 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Etablissement Suggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fährmann-Horst-Walde-Sänger.
Sonabend im Kaiserfaal:
Tanz.
Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige Herren-Moden.
Bestellungen u. Rab. tabell. Ausf. Werkstatt im Hause.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.
Direkt am Alexanderplatz.

Erster ordentlicher Genossenschaftstag des Centralverbandes deutscher Konsumvereine.

Hamburg, den 14. Juni 1904. Zweiter Verhandlungstag.

Die Sitzung wird eingeleitet durch ein Referat von Dr. Reinhold Niehn über „Die Besteuerung der Konsumvereine“.

Eine Anzahl Thesen im Sinne des Referats, von Dr. Reich und Dr. Staudinger aufgestellt, werden dem Vorstande überwiesen.

„Die Organisation des genossenschaftlichen Wareneinkaufs“

referierte Heint. Lorenz. Für die Bestrebungen komme in erster Linie die auf billigen Warenbezug angezielte breite Masse des Volkes in Frage.

Hammerbacher Erlangen empfiehlt Ausschaltung derjenigen Betriebe als Lieferanten, die sich durch miserable Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszeichnen.

Lorenz (Schlußwort): Die Ausschaltung der geschuldeten Lieferanten sei gewiß ein sehr erstrebenswertes Ziel, aber sie sei außerordentlich schwer durchzuführen.

Eine Resolution des Schuhmacher-Verbands, betreffend den Bezug der Konsumvereine aus Betrieben arbeiterfeindlichen Charakters, wird verlesen.

Die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion

behandelt Barth-München. Er schildert den Mißerfolg der Mehrzahl der englischen Produktgenossenschaften, der auf Mangel an Absatz und Disziplin beruhe.

Dieiel-München verweist auf eine dem Verbandstage unterbreitete Broschüre, deren Inhalt er kurz resumiert.

Frau Steinbach-Hamburg meint, es könne nicht allein auf die Konsumenten, sondern vor allem auf die Konsumentinnen an.

Mäde-Berlin erinnert an die Wünsche, welche die Schneider an die Konsumvereine zu richten haben und die dahin gehen, daß Betriebswerkstätten errichtet werden sollen.

Der Vorsitzende ersucht, solche Sachen künftig rechtzeitig dem Vorstande zu unterbreiten.

Darauf referiert der Verbandssekretär Kaufmann über Kollektive Arbeitsverträge mit den in den Genossenschaften des Centralverbandes beschäftigten Personen.

Die Frage werde brennender, je mehr zur Eigenproduktion übergegangen werde. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sei bei den Konsumvereinen infolge ein glücklicheres, als es sich in beiden Fällen um Arbeiter handle.

Döhne (Lagerhalter-Verband) verteidigt seine Organisation gegen Vorwürfe des Redner und betont, daß dieselbe stets bereit sei zu friedlicher Lösung aller strittigen Fragen.

Der Genossenschaftstag wolle über die Schlichtung von Differenzen zwischen Genossenschaften und Lagerhaltern bzw. Lagerhalterinnen beschließen: Entstehen über Gehaltsfragen, Manövers, Entschädigungen jeder Art, Arbeitszeit, Ferien, Einstellung oder Entlassung von Arbeiterkräften oder aus anderen Gründen zwischen einer Genossenschaft und dem bzw. den bei ihr beschäftigten Lagerhaltern oder Lagerhalterinnen Differenzen, welche nicht durch Verhandlungen der Beteiligten beizulegen sind, so soll sich ein Schiedsgericht aus je zwei von der Genossenschaft und den Lagerhaltern bzw. Lagerhalterinnen ernannten Vertretern und einem Vertreter des örtlichen Gewerkschaftsverbandes als unparteiischen Vorsitzenden bilden, welches die Streitfragen zu schlichten, eventuell einen Schiedsspruch zu fällen hat.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Kaufmann-Braunschweig, der mitteilt, daß die Wähler sich in bester Ordnung befunden haben.

Die Festsetzung der Beiträge zu den Kosten des Vorstandes erfolgt in der bisherigen Höhe (10 M. für kleine Vereine bis zum Höchstbetrag von 100 M. für große Vereine).

Die aus dem Ausschuss turnusmäßig auscheidenden Herren von Elm, Professor Dr. Staudinger, Darmstadt und Bobbig-Schwidwig werden einstimmig wiedergewählt.

Im Anschluß an obige Sitzung fand eine zweite Sonderversammlung derjenigen Konsumvereine statt, die Wähler beschäftigen. Nach längeren Verhandlungen über den von der Wählerorganisation vorgelegten Lohnarbeits-Entwurf gelangt folgender Antrag Kreischer zur Annahme:

Die Verammlung der Vertreter von Genossenschaften empfiehlt den Genossenschaften die Einführung des vorliegenden Tarifs. Etwaige durch örtliche Verhältnisse bedingte Änderungen zu erledigen ist Sache der Genossenschaften unter Hinzuziehung des Verbandes der Wähler.

Auch über den Tarifentwurf der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen wird verhandelt und gegen den Widerpruch Kaufmanns, des Vertreters des Transportarbeiterverbandes, ein Antrag Johannes, Leipzig angenommen, der die Regelung des Tarifs auf Grundlage des zur Annahme gelangten Wählertarifs empfiehlt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokal-Liste.

Parteilogenossen von Berlin, Teltow-Berckow, Nieder-Barnim und Potsdam-Osthavelland. Am Sonntag, den 3. Juli 1904, erscheint die nächste Lokal-Liste.

Diverse Orte an den Genossen Gustav Zellwood in Eberswalde, Eisenbahnstraße 67; Berlin an den Genossen Wilhelm Hinz, S. 14, Prinzenstraße 66.

Die Lokalkommissions-Mitglieder wollen die Änderungen und Neu-Aufnahmen für obige Liste umgehend mitteilen, da spätere Einwendungen keine Berücksichtigung mehr finden können.

Die Parteiblätter der oben genannten Kreise werden um Abdruck ersucht.

Die Lokalkommission.

Erster Wahlkreis, Hansaviertel. Sonntag, den 10. Juni: Familien-Ausflug nach dem Grunewald.

Hohen-Neudorf und Stolpe. Der Diskutierabend findet Sonntagabend bei Kleesen statt.

Teltow-Berckow-Storkow-Charlottenburg. Die für Sonntag bei Ost-Schöneberg angeordnete Uebungsstunde der Sängere wird ausfallen.

Steglich-Friedenau. Der Programm-Club wird Freitagabend 8 1/2 Uhr bei Schellhase vom Genossen Grunwald fortgesetzt.

Lokales.

Eine Reform des Berliner Krankentransportwesens wird wieder einmal in Aussicht gestellt. Der „Verband für erste Hilfe“, der aus einer Verschmelzung der Sanitätswachen, der Unfallstationen und der Rettungswachen hervorgegangen ist, will an diesem schwierigen Stück Arbeit seine Kraft versuchen.

Auch ein Mitglied des Magistrats gehört dieser Kommission an, der Stadttrat Kallisch — derselbe, der vor einigen Jahren, als er noch Stadtverordneter war, sein Verständnis für Fragen der öffentlichen Gesundheitspflege dadurch bekundete, daß er in der Stadtverordneten-Versammlung erklärte, eine Ueberfüllung der städtischen Krankenhäuser gebe es nicht, die behauptete Ueberfüllung sei ein Märchen.

Bei der Reform, die uns der „Verband für erste Hilfe“ jetzt beschreiben will, soll unter andern eine Verbilligung der Transportgebühren angestrebt werden, damit auch weniger bemittelte Leute für sich oder ihre Angehörigen mal einen Krankenwagen benutzen können.

Die Kommune hat auch die Pflicht, diese Leistung auf sich zu nehmen. Es handelt sich ja hier nicht um eine „Wohlthat“, die dem Kranken erwiesen werden soll, sondern um eine hygienische Maßregel, die im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege notwendig ist.

Die Gewährung unentgeltlicher Lehrmittel an bedürftige Schulkinder hat kürzlich wieder eine Versammlung der Schulkommissionen-Vorsteher beschäftigt.

Die städtische Deputa für das Straßenreinigungswesen stimmt in ihrer letzten Sitzung: im Antrage der Direktion betreffend die Aufnahme mehrerer neu angelegter Straßen in den Arbeitsplan zu.

Die Aufnahme mehrerer neu angelegter Straßen in den Arbeitsplan zu — Die auf dem Wollkadeplatz Wollkade abkömmlich gewordene Bage geht durch Kauf in den Besitz der Frauenanstalt Duhle

Gärten über. — Ein seit drei Jahren wegen Krankheit aus dem Betriebe geschiedener Arbeiter wird dem ärztlichen Gutachten entsprechend für dauernd erwerbsunfähig anerkannt, womit die geregelte dauernde Unterbringung des Betroffenen Platz greift. — Versuche mit Delinquenten zur Verminderung der Staubentwicklung sollen trotz des bisher erzielten negativen Resultates fortgesetzt und damit in Verbindung eine Untersuchung des Berliner Staubes auf seine chemische Zusammensetzung und seinen Mikroorganismen vorgenommen werden. Einmütig fasste die Deputation den Beschluss, vorbehaltlich der Zustimmung des Magistrats, in den Vertrag für die Submittenten bezüglich der Verpackung und Unterhaltung der Sprengwagen für die Periode vom 1. April 1905 bis 1. April 1908 die Lohnaufschlag aufzunehmen. Den Wagenführern soll von dem oder den Unternehmern ein Tagelohn von mindestens 3 M. pro Tag gezahlt werden. Dieser war und ist zur Zeit der Tagelohn der Wagenführer geringer. — Für das erweiterte Arbeitsgebiet der Straßenreinigung ist eine Vermehrung der Sprengwagen und Reibmaschinen erforderlich. Demnach gelangten 20 Sprengwagen und 9 Reibmaschinen zur öffentlichen Ausschreibung.

Der Ausschuss über die Vorlagen betreffend die speziellen Entwürfe zu Gebäuden bei dem Virchow-Krankenhaus und zu einem Verwahrungshaus nebst Pflegerhaus beider dritten Irrenanstalt in Buch trat am Mittwoch zu einer Beratung zusammen. Von der socialdemokratischen Fraktion gehören diesem Ausschuss die Genossen Dr. Bernstein, Dr. Weyl und Glode an. Die Gebäude bei dem Virchow-Krankenhaus wurden ohne wesentliche Änderungen genehmigt. Eine lebhaft erörterte Entspannung fand jedoch bei der Beratung über das Verwahrungshaus, das zur Aufnahme geisteskranker Verbrecher dienen soll. Einige Herren der bürgerlichen Parteien hatten kein Verständnis dafür, daß Irre, die sich Gesetzesverletzungen haben zu Schulden kommen lassen, nicht in Gefängnisse oder Justizhäuser gehören. Wir sollten uns wieder einmal in einem hygienischen und sozialen Raum bewegen. Die Genossen Dr. Bernstein und Dr. Weyl führten demgegenüber unter Hinweis auf die Kriminal-Anthropologie Lombroso's und die sozialen Bestrebungen moderner Strafrechtler, wie Liszt, aus, wie dringend notwendig die Beobachtung einer großen Zahl von Verbrechern durch Irrenärzte sei. Die Vorlage des Magistrats wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Sonntags-Rückfahrarten nach Orten, welche der Erholung dienen oder sehenswerte Naturschönheiten aufweisen, werden in diesem Sommer nach folgenden Stationen ausgegeben werden: nach Lübben und Lübbenua (Spreewald), nach Dahmsdorf-Wincheberg, nach Schwedt a. O., nach Viesenthal, Chorin, Gherwalde, Falkenhagen i. M., Fichtengrund, Freienwalde a. O. und Nieder-Pinow. Die Sonntags-Rückfahrarten haben nur einen Tag Gültigkeit; sie werden zu einfachen Personenzug-Fahrtpreisen für die zweite und dritte Klasse ausgegeben.

Der Brand am Bahnhof Pankstraße. Ein Eisenbrand wütet seit gestern mittag auf dem Eisenbahngelände westlich vom Bahnhof Pankstraße. Obgleich fast die gesamte Berliner Feuerwehre mit insgesamt 31 Röhren gegen das verheerende Element stundenlang kämpfte, vermochte sie ihm doch keinen Einhalt zu bieten. Es wurde das gesamte vierte Garde-Regiment zur Brandstelle beordert, um die Feuerwehre zu unterstützen.

Auf dem Gelände lagert der Eisenbahnstapel annähernd 150 000 eichene Eisenbahnschwellen, die zu je 100 in Haufen kreuzweise aufeinander gestapelt sind. Zwischen den einzelnen Stapeln befinden sich nur schmale Zwischenräume. Außerdem lagern dort größere Posten Telegraphenstangen. Das Feuer war nun etwa aus der Mitte des Lagerplatzes, vielleicht aus Funken der Lokomotive, ausgekommen und hatte einen Stapel entzündet. Als Brandmeister Hammer mit dem Löscharbeit aus der Lärmschraube zuerst auf der Brandstelle eintraf, erkannte er die Größe der Gefahr und gab sofort die Meldung „Großfeuer“. Die mit Teeröl getränkten Bahnschwellen brannten bei der vorhandenen Trockenheit sehr leicht und verbreiteten eine enorme Hitze. Ein leichter Wind begünstigte die Verbreitung des Feuers, so daß gar bald Dutzende solcher Stapel lichterloh brannten. Rummelnde Herde die Hitze geradezu unerträglich, und, obgleich die Feuerwehre an Hitze gewöhnt ist, war es ihr doch diesmal nicht möglich, nahe an die Flammen heranzukommen. Bald fanden von der Quistorfstraße und vom Südbufer aus nicht weniger als 31 Röhre, darunter acht große Dampfstrahlrohre, ungeheure Wassermassen in die Glut, ohne ohne Wirkung zu erzielen. Es mußte auch nicht, daß die Röhrenführer starke Leinen zum Schutze vor sich halten ließen, die Hitze war einfach zu groß. Mehrfach mußten Feuerwehrenelemente hinweggetragen werden, die vor Hitze umfielen. Bei vielen machte sich, sobald sie sich aus dem Bereich der Hitze entfernten, sofort „Schüttelfrost“ geltend. Zum Unglück sprang gegen 5 Uhr der Wind von Südosten nach Nordwesten um und nahm gleichzeitig an Stärke erheblich zu. Nun war der Verbreitung des Elements fast nicht mehr zu steuern. Da griffen die Soldaten des vierten Garde-Regiments, die vom Dienst herbeigerufen waren, erfolgreich ein. Es galt, dem Feuer den Weg zu verlegen und zwar auf die Weise, daß in der Windrichtung hinter den Flammen eine große Lücke geschaffen wurde. Unter Leitung des Majors v. Schach, des Hauptmanns v. Drefow und des Oberleutnants v. Hellermann mußten die Soldaten eine ganze Reihe von Stapeln aus der Feuerwirkung tragen. Auf diese Weise hoffte man den Flammen schließlich die Nahrung zu entziehen. Die einmal vom Feuer ergriffenen Holzstapel mußten man ruhig brennen lassen. Die ganze Stadtgegend war zeitweise vollständig in Rauch gehüllt. Gewaltige Rauchwolken, die eine tief schwarze Färbung annahmen, wenn sie von getrockneten Holzern herrührten, mischten sich mit Wolken von helleren Farben. Dazwischen schossen Flammen in Höhe von zwei Stockwerken empor, so daß das Ganze einen schaurig schönen Anblick gewährte. Polizeipräsident v. Borries und Polizei-Oberst Krause waren stundenlang auf dem Brandplatz. Der gesamte Personen- und Güterverkehr war eingestellt. Am den Bahnverkehr nach dem Ablöschen des Feuers, oder schon früher, wenn keine Gefahr mehr bestand, wieder aufnehmen zu können, wurden unter den Bahnschienen an verschiedenen Stellen Vertiefungen (Gräben) gezogen, durch die dann die Schlauchleitungen gelegt wurden. Die hart mitgenommenen Feuerwehrmänner wurden von dem nahen Stifte Verheeda aus fortwährend mit Kaffee versorgt, der in Eimern herbeigeschafft wurde. Es kam schon jetzt gesagt werden, daß ein großer Teil der Mannschaften infolge des Brandes krank werden wird. Seit Jahren hat Berlin keinen derartigen Fall zu verzeichnen gehabt, daß die gesamten Feuerwehren infolge eines Brandes so entblößt waren wie diesmal. Es mußten alle austrangierten Fahrzeuge auf den einzelnen Wachen bereit gehalten werden, um einzugreifen zu können, wenn etwa unterdes aus dem Stadtimneren zufälligerweise noch Feuer gemeldet wurde. In Abwesenheit des Branddirektors Gierberg leitete Brandinspektor Reinhardt die Löscharbeiten am Pankstraßebahnhof. Die vollständige Ablösung dürfte sich bis heute mittag hinziehen.

Auf dem Gelände des ehemaligen Berliner Wasserwerkes Stralau, das nach Schließung und Beseitigung des Werkes von den Gemeindebehörden zur Bebauung mit Wohnhäusern bestimmt wurde und von der Grundeigentums-Verwaltung bereits seit mehreren Jahren zum Verkauf ausgesetzt wird, kommt die Bauhäufigkeit langsam in Gang. Der erste Bau, der auf dem umfangreichen, durch vier neue Straßen erschlossenen Gelände aufgeführt wurde, war ein großes Schulhaus für zwei Gemeindeschulen. Die Stadtgemeinde veräußerte dann im vorigen Jahre eine erste Parzelle, auf der ein Wohnhaus errichtet worden ist. Eine zweite Parzelle ist in diesem Jahre in Privatbesitz übergegangen und wird jetzt gleichfalls mit einem Wohnhaus bebaut. Auf dieser Parzelle hatte sich noch bis zuletzt ein Rest des alten Wasserwerkes erhalten. Hier stand das ehemalige Pfortnerhaus, das bei der Niederlegung der Bauarbeiten des Werkes dem Abbruch entgangen war und nachher Jahre hindurch

eine kleine Gastwirtschaft beherbergte. Auch diese letzte Erinnerung an das Wasserwerk Stralau, das in den Jahren 1853—1856 durch Privatunternehmer aus England angelegt, im Jahre 1873 durch die Stadt Berlin erworben wurde und noch bis zum Jahre 1903 im Betrieb war, ist nun beseitigt worden.

Zur Ermordung der Lucie Berlin ist zu berichten, daß gestern nachmittag 3 Uhr Arme und Kopf des Kindes am Hafen Klagenfurt, an der Ledestelle 92, aufgefunden worden sind. Der eine Arm war nackt, der andre mit einem roten Kermel bekleidet; Ober- und Unterarm eines jeden Armes waren mit einer Schnur zusammengebunden. Die Teile sind mit roter Seiwoll und ungeschält abgetrennt worden; es scheint, daß bei der entsetzlichen Arbeit ein stumpfes Instrument benutzt worden ist. Der Gesichtsausdruck des Kopfes ist ruhig und giebt von den Analen, die das Kind ausgestanden haben muß, keine Kunde. Bei dem Kopf fand man Zeitungspapier, in das er wahrscheinlich eingeküllt war. Der festgenommene Lenz ist nach Moabit in Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Er beteuert nach wie vor seine Unschuld. Im übrigen werden die Arbeiten zur Aufklärung immer schwieriger. Die eingehende Nachprüfung aller Angaben stößt manche, die ganz bestimmt zu sein schien, zuletzt doch noch um. Der Mord bildet in der Gegend der Katerstraße so sehr das Tagesgespräch, daß alles andre dagegen zurücktritt. Auch die Kinder hören fast den ganzen Tag nur von dem Morde sprechen. Sie bilden sich schließlich ein, manches gesehen zu haben, und machen danach ihre Aussagen, wenn man aber der Sache auf den Grund geht, dann zeigt sich, daß immer nur eins dem andern nachgesprochen hat. Wie wir schon angedeutet, geraten namentlich die Zeitangaben immer mehr ins Wanken. Es wird immer wahrscheinlicher, daß Lucie Berlin schon vor dem Erscheinen des Drehorgelspieler, bereits gleich nach dem Mittagessen, verschwunden ist. Hiernach hätte sie den Hof nicht erst um 1/2, sondern schon um 12 1/2 Uhr verlassen. Alles verchiebt sich damit um eine Stunde. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß die beiden so viel gesucht und noch immer nicht zum Vorschein gekommenen kleinen Mädchen lediglich in der Phantasie der aufgeregten Kinder und anderer Zeugen bestehen. Die Angaben des verhafteten Lenz sind durchweg gar nicht zu kontrollieren. Seine Kleidungsstücke wurden auf Mutschke untersucht, man fand aber nichts. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach dem Thätor hatten bisher keinen Erfolg. Nach Absingung der Nachbarschaft der Katerstraße wandte man seine Aufmerksamkeit dem Humboldthain, dem Gelände hinter der Verbindungsbahn und den Lauben in der dortigen Gegend zu. Dieses ganze Gelände wurde gestern, Mittwoch, nachmittag, von einer großen Zahl von Kriminalbeamten noch einmal bis nach Weißensee und Tegel hin abgesehen. Es fand sich aber auch nicht eine Spur der schrecklichen Missethat. Wir halten es übrigens nicht für wahrscheinlich, daß der Mord und die Verschüttelung der Leiche unter freiem Himmel vor sich gegangen sein sollte. Das ist doch in der Nähe von Berlin und namentlich in der jetzigen Jahreszeit, wo Tag und Nacht Leute draußen sind, zu gefährlich. Der Mörder hätte dann auch den Rumpfs eine gewaltige Strecke bis zur Spree zu schleppen gehabt. Daß die Kriminalpolizei aber auch nach dieser Richtung jedem Fingerzeig nachgeht, ist selbstverständlich. Nach wie vor nimmt sie auch, ebenso jedes Revier, jede sachdienliche Mitteilung aus dem Publikum entgegen.

Den Mann von Charakterstärke, der im Staatsleben eine so seltene Erscheinung ist, soll man unter den Chauffeurs suchen. Ein von einem Automobil überfahrener Straßenspassant hatte von dem Kutscher und dem Eigentümer des Gefährtes Erlaß gefordert. Der Kutscher hatte kein Signal gegeben. Die Zivilkammer hatte beide Verklagte verurteilt und das Reichsgericht hatte die Revision zurückgewiesen. Aus den Gründen ist nach der „Deutschen Juristen-Zeitung“ folgendes hervorzuhellen: Bei der großen Gefahr, die dem Verkehr durch Automobile droht, der öffentlichen Reizung vieler Führer, sich über die bestehenden polizeilichen Vorschriften hinwegzusetzen und die Sicherheit des Publikums niedriger zu stellen als die Schnelligkeit ihrer Fuhrwerke, bei ihrer natürlichen Lust, die Kraft eines solchen Gefährtes auch spielen zu lassen, sind an die Sorgfalt in der Auswahl der Wagenführer ganz besonders strenge Anforderungen zu stellen; außer technischer Geschäftigkeit und Bekanntheit mit den Polizeivorschriften kommen auch moralische Eigenschaften: Besonnenheit, Charakterstärke und Bewußtsein der Verantwortlichkeit, die der Wagenführer im Hinblick auf die Gefahren für den Verkehr dem Publikum gegenüber auf sich nimmt, nicht nur das Vermögen, sondern auch der ernste, aus der Achtung vor der öffentlichen Ordnung und vor der Persönlichkeit der Mitmenschen entspringende Wille, jede Gefährdung anderer Personen zu vermeiden, in Betracht. Wenn die Verklagten dieses Verschulden des Klägers behaupten, weil er sich bei Ueberschreitung des Fahrdammes nicht genügend umgesehen habe, so sei nicht behauptet worden, daß schon in dem Augenblick, als der Kläger sich anschickte, den Fahrdamm zu überschreiten, das Automobil in Sichtweite war. Daß sich der Kläger während des Ueberschreitens fortwährend umsehe, sei nicht zu verlangen und würde die nötige Schnelligkeit des Ueberschreitens fördern. Sache des Führers des Automobils sei es, sich durch öfteres Erklärenlassen von Warnungszeichen bemerkbar zu machen und durch rechtzeitiges Verlangensamen einem Unfall vorzubeugen.

Kein Klingelverbot. Auf ein Gesuch an das Polizeipräsidium um den Erlaß einer Verordnung, die das Ausrufen und Ausklingeln von Waren aller Art, von gewerblichen Dienstleistungen und dergl. auf den Straßen verbietet, erhielt der Hausbesitzerverein „Läden“ folgenden, nach verschiedenen Seiten hin bemerkenswerten Bescheid: „Dem Verein erwidere ich auf die Eingabe vom 20. April 1904, daß der von mir früher geplante Erlaß einer Polizeiverordnung über das Verbot des Ausrufens und Ausklingelns von Waren, gewerblichen Dienstleistungen und dergleichen mehr die Zustimmung des Magistrats nicht hat erlangen können, und daß ich unter diesen Umständen um so weniger Anlaß habe, auf ein derartiges Verbot, — das übrigens, wie ich anerkennen muß, in mehrfachen Beziehungen für Publikum wie Gewerbetreibende gleich lästige Folgen zu zeitigen vermöchte — zurückzukommen, als inzwischen die Straßenaufsichtsbeamten diesbezüglich angefragt sind, streng darauf zu achten, daß das Ausrufen und Ausklingeln nicht in überlauter Weise geschieht und nicht in Unruhe und ruhestörenden Lärm ausartet.“

Zum Umzugstermin teilt das Polizeipräsidium mit: Mit Bezug auf die Polizei-Verordnung vom 26. März 1870, betreffend die Umzugstermine beim Wohnungswechsel („Intelligenzblatt“ Nr. 74 vom Jahre 1870), wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der am 1. Juli d. J. beginnende Umzug bei Neuen, am höchstens zwei Zimmern mit Zubehör bestehenden Wohnungen an denselben Tage, bei mittleren, aus drei oder vier Zimmern nebst Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. Juli, mittags 12 Uhr, und, da der 3. Juli ein Sonntag ist, an welchem nach § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 (G. S. S. 92) die Umzugspflicht ruht, bei großen, d. h. mehr als vier Zimmern umfassenden Wohnungen am 4. Juli, mittags 12 Uhr, beendet sein muß.

Einen Selbstmordversuch vor der Verhaftung machte der 28 Jahre alte Straßenbahnkassierer Otto Henze aus der Kronprinzenstr. 1 zu Friedrichshagen. Henze ist seit vier Jahren verheiratet und Vater eines dreijährigen Kindes. Mit ihm und seiner Familie verkehrte freundschaftlich die Arbeiterfamilie K., die seit einem halben Jahre in demselben Hause wohnt. Diese hat eine fünfjährige Tochter. Vor drei Wochen fuhr Frau Henze mit ihrem Kinde in die Provinz, um ihre Eltern zu besuchen. Frau K. hatte am Montag Wäsche unterdessen spielte ihre Tochterchen auf dem Hofe. Ohne daß sie es merkte, kam nun Henze und ließ die kleine Vriesbogen holen und in seine Wohnung bringen. Dort war sie eine Stunde, während ihre Mutter glaubte, daß sie auf der Straße spiele. Dann kam sie schreiend in die Wäsche gefahren und deutete an, daß etwas mit ihr geschehen sei. Frau K. ging mit ihrer Tochter sofort zu dem Arzt Dr. Grohmann in der Frankfurter Allee und dieser stellte fest, daß an ihr ein Verbrechen begangen worden war. Mit der Verhaftung und dem Kinde begab sich die Frau unverzüglich nach dem zuständigen Amt Lichtenberg und machte Anzeige. Als darauf ein Kriminalbeamter Henze

holen wollte, war er nicht zu Hause. Am nächsten morgen holte er Frau und Kind, die von der Reife zurückgekehrt waren, vom Bahnhof ab. Mittags kam der Kriminalbeamte wieder. Sobald er eintrat, wühlte Henze, was ihm bevorstand, ging in die Kammer und schloß sich eine Revolverkammer in den Kopf. Schwerverwundet wurde er als Polizeigefangener mit einem Krankentwagen nach der Charité gebracht.

Ein schweres Baunnglück, dem ein braves Mitglied des Verbandes der Zimmerleute zum Opfer fiel, ereignete sich Mittwoch mittag kurz nach 1 Uhr auf dem in der Bielandstraße, Ecke der Zimmerstraße in Charlottenburg errichteten Neubau. Als dort die Zimmerleute in der vierten Etage mit dem Ausschalen von Dachbalken beschäftigt waren, hatte auch der 28 Jahre alte Zimmerer Emil Schulz auf der Vorderfront mit einem Kameraden einen auf dem Mauerwerk liegenden Balken um ein Stück von der Mittelwand nach vorn zu schieben. Hierbei glitten Schulz die Hände von dem mit Karbolinum getränkten und daher sehr glatten Balkenkopf ab, und rüchlings stürzte er in die zweite Etage hinab. Der Unglückliche erlitt beim Auffallen einen Schädelbruch und war sofort tot. Seine Leiche wurde dem Schauhaufe zugeführt. Schulz hatte sich erst Pfingsten verheiratet und wohnte Zwinmünderstr. 68. Sein Tod wird von allen, die sein uneigennütziges Wirken im Zimmerer-Verbande kannten, tief betrauert werden.

Ein altes Berliner Original, der „unzufällige Dienstmann“, hat jetzt im Alter von 75 Jahren seinen Beruf aufgegeben und ist in das städtische Asyl in der Frobelsstraße aufgenommen worden. Aus einer abligen Familie entsprossen, hat er die Feldzüge von 1804 und 1806 als einfacher Soldat mitgemacht und sich, durch widrige Verhältnisse gezwungen, gegen Ende der 60er Jahre dem Dienstmansberuf zugewandt, den er 35 Jahre hindurch vor dem Rathaus, Ecke König- und Spandauerstraße, ausgeübt hat. Er war besonders in den Kreisen der Musiker bekannt und wurde von ihnen zum Tragen von Instrumenten, namentlich der großen Bagge, benutzt, wodurch er seinen Beinamen erhalten hat.

Auch eine Reliquie. Die Uhr des Raubmörders Joseph Göncz ist bei der in der vorigen Woche abgehaltenen Versteigerung der von dem Kriminalgericht beschlagnahmten, nicht reklamierten Gegenstände in der Pfandkammer in der Neuen Schönhauserstraße zum Verkauf gekommen. Göncz hatte, wie noch erinnerlich, vor vier Jahren die Rentnerin Schulze, genannt die „Gips-Schulzen“, und deren Stieftochter in der Königgräberstraße ermordet. In seinem Besitz befand sich eine wertvolle goldene Uhr mit Doppellapfel, deren äußerer Dedel den vollen Namen des Mörders enthielt. Die Uhr wurde zum Preise von 34 Mark an einen in Friedrichshagen wohnenden Händler verkauft.

Einen schweren Unfall erlitt der Arbeiter Tietzsch, der in der Ostdeutschen Spiritfabrik in Reinickendorf damit beschäftigt war, 12—14 Centner schwere Spiritfässer vom Wagen zu laden. Hierbei stürzte er vom Wagen und schlug mit solcher Wucht auf das Pflaster, daß das Blut gleich aus Mund und Nase strömte. Im Krankenhaus, wohin er geschafft wurde, starb er an den Verletzungen. Tietzsch war ein tätiger Genosse in der Arbeiterbewegung.

Neben dem Eisenbrande am Bahnhof Pankstraße hatte die Feuerwehre noch zwei andre große Feuer zu bewältigen. Früh gegen 3 Uhr kam in der Dabstr. 59 in einem isoliert stehenden Schuppen der Firma „Panzer“ Aktiengesellschaft für Goldschmied-Industrie, in welchem große Posten Holzmaterialien lagerten, auf noch nicht ermittelte Weise Feuer aus, das erst bemerkt wurde, als meterlange Flammen aus dem Dache schlugen. Als die vierte Compagnie auf dem Brandplatz eintraf, stand schon der Schuppen in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Sofort wurden mehrere Schlauchleitungen in Tätigkeit gesetzt und energisch gegen den Brandherd vorgegangen. Trotzdem brannte der Schuppen total nieder und ist der entstandene Schaden daher erheblich. Eine Betriebsstörung findet aber nicht statt, da die Hauptfabrikräume vom Feuer nicht betroffen sind.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand kam gestern nachmittag bald nach 2 Uhr in der Steglitzerstr. 3 zum Ausbruch. Er entzündete auf dem Boden des Luergebäudes auf bisher nicht ermittelte Weise und mußte lange Zeit geschwilt haben, denn als er zuerst von Hausbewohnern von einem hinter dem Luergebäude belegenen Garten aus bemerkt wurde, schlugen die Flammen schon aus verschiedenen Stellen aus dem Dachgeschoß heraus. In wenigen Minuten war nun der Hof in erscheidenden Qualm gehüllt. Brandmeister Wende, der auf den ersten Alarm mit dem 9. Löschzuge als erster eintraf, fand schon den gesamten Dachstuhl als ein einziges Flammenmeer vor. Er gab daher sofort die Meldung „Mittelfeuer“, worauf weitere Löschzüge anrückten. In erster Linie galt es nun die stark bedrohten Seitengebäude zu schützen. Auf den Dächern dieser Gebäude postierten sich dann auch die Röhrenführer und schützten aus vier Schlauchleitungen, die von Dampf- und Handdruckpumpen gespeist wurden, gewaltige Wassermassen in die Flammen. Der erscheidende Qualm gestattete aber nur ein langames Vorgehen. Mehrere Feuermänner mußten infolge von Rauchvergiftung die Ablösungsarbeiten niederlegen und mit Sauerstoff behandelt werden. Der Dachstuhl ist total ausgebrannt, auch haben die Bewohner der oberen Etagen durch Wasser stark gelitten. Die Aufräumung zog sich dann bis in die Abendstunden hin. — Außerdem mußten natürlich in den letzten 24 Stunden noch eine ganze Reihe Kleinfuer beseitigt werden.

Caspar's Panoptikum hat eine beachtenswerte Auszeichnung erhalten. Von dem Institut sind zu der in St. Petersburg abgehaltenen Ausstellung „Die Kindertwelt“ auf Veranlassung der preussischen Regierung mehrere plastische Gruppen geliefert, deren Motive dem Leben der Kindertwelt entnommen waren. Diesen mit besonderer Meisterhaft ausgeführten ceroplastischen Kunstwerken ist nunmehr seitens der internationalen Jury auf der Ausstellung die große goldene Medaille zuerkannt worden.

Der Berliner Zoologische Garten hat seine Vogelsammlung wieder um eine ebenso seltene als interessante und eigentümliche Art vermehrt, die bisher lebend noch nicht gezeigt werden konnte. Die *Hypopytia* — der wissenschaftliche Name ist *grallaria varia* — ein brasilianischer Vogel, weicht von ihrem bekannten bunten indisch-malajischen Verwandten durch ihre Größe, die auffallend langen Beine und das durch die Färbung und die großen Augen bedingte eulenartige Aussehen erheblich ab, ja, sie erinnert dem Beschauer lebhaft an eine schwanzlose riesige Springmaus. Das Tier führt die Lebensweise der andern Erdvögel und hält sich den Tag über auf dem Boden seines verglasten Käfigs auf, den es auf der Papageienscheibe des neuen Vogelhauses mit einigen Heimbögeln, einem Molot und einem Drongo teilt, nur die Nacht verbringt es nach Hühnerart im Gezwinge.

Im Berliner Aquarium wurde durch die letzten Zusendungen auch die Reptilienabteilung bedacht. Herr Photograph Hübler in Manaus (Brasilien) ließ dem Aquarium durch Vermittelung des Hamburger Zoologischen Gartens ein Exemplar der in Tropenmeere bewohnenden und auch an der atlantischen Küste Amerikas bis zur Mündung des Platastromeos hinab beobachteten echten Sumpfschildkröte überweisen, deren wirtschaftliche Bedeutung darin besteht, daß sie das Fleisch liefert zu den geschätzten köstlichen Suppen und daß sie bis zwei Meter lang und zehn Centner schwer wird. Für eine wissenschaftliche Schauanstalt hat sie ebenfalls hohen Wert, einen höheren als die auch im Mittelmeer heimische und von dort öfter dem Aquarium zugehende „Maunania“, da sie weit schwerer zu erlangen ist als diese. Den kürzlich eingetroffenen beiden indischen Riesenschlangen sind jetzt zwei Exemplare des über die ostindische Halbinsel verbreiteten, auf Java und in Hinterindien selteneren Python gefolgt; es sind zwei außerordentlich starke und kräftige Stücke.

In der Ausstellung: „Die Kunst im Leben des Kindes“ im Albert-Dürer-Haus, Kronenstraße 18 (zwischen Charlotten- und Friedrichstraße), wird am Donnerstag, den 10. Juni, nachmittags 5 Uhr, wiederum ein erläuternder Vortrag gehalten werden. Eintritt frei für jedermann. Die Ausstellung ist täglich zu besichtigen.

Aus den Nachbarorten.

Zur Stadtverordneten-Erwahl im 9. Bezirk in Schöneberg wird uns noch geschrieben: Wie schon gestern mitgeteilt worden, ist unser Parteigenosse Däumig dem bürgerlichen Kandidaten Doktor Freund unterlegen. Die Tatsache, daß nach dem Besten immer mehr die wohlhabende Bevölkerung zieht, ist auch bei der Wahl in diesem Bezirk nicht ohne Einfluß geblieben. Daß der Kampf um dieses Mandat nach Lage der Sache für die Socialdemokratie ein sehr schwerer, wenn nicht aussichtslos sein würde, darüber bestand kaum ein Zweifel. Wir haben auch keine Ursache, uns den Ausfall der Wahl besonders zu Herzen zu nehmen, da unsere Stimmenzahl im Gegensatz zu vorangegangenen Wahlen sich nicht nur gehalten hat, sondern sogar gestiegen ist. Gerade der 9. Bezirk ist, seiner Zusammensetzung nach, für uns einer der ungünstigsten. Durch den in den letzten zwei Jahren erfolgten Zuzug, hauptsächlich aus den Kreisen der Beamten, ist die Zahl der eingetragenen Wähler auf 2027 angewachsen gegenüber etwa 1800 im Vorjahre, und da naturgemäß die Arbeiter im Gegensatz zur Beamtenschaft weniger fest anässig sind, erklärt sich auch in einzelnen Bezirken das Uebergewicht der Bürgerlichen. Ziehen wir noch in Betracht die struppellose Agitation der Gegner, insbesondere aber ihren Zusammenschluß, so dürfte sich unsere Niederlage und die Zunahme der bürgerlichen Stimmen erklären. Haben sich doch jetzt nicht nur Mieter und Grundbesitzer zusammengefunden, sondern sogar evangelische und katholische Gesellenvereine, alle Arten bürgerliche Berufsvereine, Gastwirtschaften usw., nicht zu vergessen die Angestellten kommunaler Institute. Mit welchen Mitteln man dabei verfährt, wird unsren Lesern nicht unbekannt sein.

Das Stimmenverhältnis im 9. Bezirk stellt sich gegenüber der Wahl vor zwei Jahren folgendermaßen: Bei der Hauptwahl 1901 erhielten unsere beiden Kandidaten je 314 Stimmen (15 davon waren und durch falsche Reihenfolge in der Abgabe verloren gegangen), die Gegner 333 Stimmen, diesmal vermochten diese 333 Wähler sich an die Wahlurne zu bringen, während unsere Stimmenzahl sich nur auf 333 vermehrt hatte. Die Arbeiterbevölkerung, wie sich dies aus der Wählerliste ergibt, steht gegenüber der bürgerlichen wie 3:5. Trotzdem werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, um durch bessere Agitation die Position später zu erobern. Entmutigen lassen wir uns nicht.

Ueber einen Krankenkassenkrieg schreibt man uns aus Potsdam: Wie an vielen Orten gegenwärtig Konflikte zwischen den Krankenkassen und Aufsichtsbehörden bestehen, so auch in Potsdam, nur mit dem Unterschied, daß es hier nicht ein Streit wegen der Veretzfrage ist, sondern die Mitglieder von dem Kassenvorstande ungesetzlich verweigert wurden und die Aufsichtsbehörde dies gutheißt. Die Entstehungsgeschichte dieses heftigen Konfliktes, mit welchem sich am 8. Juni eine öffentliche Mitgliederversammlung beschäftigte, in welcher Rechtsanwalt Dr. Liebmann und Genosse Eugen Brüdner referierten, ist folgende:

Die hiesige allgemeine Orts-Krankenkasse erhielt durch Uebertritt dreier Krankenkassen seit 1. Juli 1903 bis 1. Januar 1904 einen Zuwachs von etwa 2070 Mitgliedern und außerdem das vorhandene Vermögen von 10 400 M. Mit dem 1. Januar sollten weitere drei Kassen zur Allgemeinen Orts-Krankenkasse übertreten, was auch zu dem genannten Zeitpunkt geschah. Die Kasse erhielt weitere 757 Mitglieder Zuwachs und das vorhandene Vermögen. Insgesamt belief sich das vorhandene Vermögen der sechs Kassen auf etwa 17 500 M., während die Gesamtzahl der übergetretenen Mitglieder 2800—2900 betrug. Die Vorstands-Ergänzungswahl, welche statutenmäßig im November stattfinden sollte, unterließ auf Vorschlag des Magistrats aus Sparmaßregeln Rücksicht. Die Wahl sollte erst nach vollständiger Verschmelzung der noch in Verhandlung stehenden Kassen erfolgen, weil dann zugleich die mit vollen Rechten und Pflichten übertretenden Kassemitglieder Gelegenheit zur Teilnahme an dieser Wahl erhielten. Ebenso hätten die Delegierten zur Generalversammlung neu gewählt werden müssen, weil das Mandat der früheren abgelaufen war. Zum mindesten hätte aber in Rücksicht auf die hinzugekommenen 2800—2900 Mitglieder (etwa 50 Proz. der bisherigen Gesamtzahl) eine Ergänzung resp. Vervollständigung der Generalversammlung - Vertreter vorgenommen werden müssen, weil eben sonst diese Hälfte ohne Rechte geblieben wäre, was doch aber nach dem Vorschlag des Magistrats (damals), die Wahl hinauszuverschieben, nicht eintreten sollte. Wenn man bedenkt, daß die bereits lange vor dem 1. Januar übergetretenen 2070 Mitglieder bis dahin und dann von diesem Zeitpunkt bis 24. März er. (wo die Frühjahrerversammlung stattfand) die 2800 neuen Mitglieder eine ganz schöne Summe an Beiträgen erbracht haben, so mußte man als selbstverständlich ansehen, daß auch für diese Mitglieder das mit dem 1. Januar in Kraft getretene Statut Geltung habe und ein so großer Prozentsatz von Mitgliedern nicht unberücksichtigt bleiben konnte. — Aber es bedurfte erst in der am 24. März 1904 stattgefundenen Generalversammlung einer sehr heftigen Geschäftsordnungsdebatte darüber, daß vor der Vorstandswahl erst eine dem Statut genügende Generalversammlung gewählt werden müsse. Die Wahl fand dann schließlich auch statt und ergab als verblüffendes Resultat — für den Vorstand — die glatte Wahl der vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Liste. Diese Vertreter hatten nun auch den Vorstand zu ergänzen. Aber ratlos, wie der Vorsitzende während der ganzen Versammlung war, ließ er den gesamten Vorstand neu wählen. Natürlich entsprach die Zusammensetzung der der Generalversammlung. Vor einem solchen Vorstand fürchtete man sich natürlich, und es galt die Sache aus der Welt zu schaffen. Mit Hilfe eines der Pauli-Partei entnommenen Protestes wurden die ganzen Wahlen für ungültig erklärt. Der Vorstand erhielt von der Behörde die Weisung, den Vorstand durch die alten Delegierten ergänzen zu lassen. Das geschah; der „Landsturm“ waltete seines Amtes, obwohl er keine mehr hatte, beschloß weiter eine umfangreiche Statutenänderung, indem Wahlbestimmungen in das Statut hineingebracht wurden, wie unsre Leser sie für das Reichstags-Wahlrecht erziehen. Ohne Debatte und unterstanden wurde alles einstimmig genehmigt. Nun gibt es wieder einen umfangreichen Reudruck des erst mit dem 1. Januar geltenden Statuts. Jedenfalls aus Sparmaßregeln!

Nun wäre ja alles wieder in bester Ordnung gewesen, wenn die Mitglieder sich diese Vergeivaltigung durch den Vorstand gefallen ließen. Aber wie groß die Anzuredenheit der Kassemitglieder ist, bewies die Versammlung am Mittwochabend im Viktoria-Garten. Die vortrefflichen Ausführungen der Referenten wurden mit großem Beifall aufgenommen. Besonders die Beleuchtung von der Rechtsseite durch den Genossen Liebmann rief Begeisterung hervor. Mit unwiderleglicher Sicherheit bewies er die Gallosigkeit der von der nicht mehr zu Recht bestehenden Delegiertenversammlung vorgenommenen Statutenänderungen und die Ungesetzlichkeit der Handlungen des Vorstandes seit dem 1. Januar. Eine umfangreiche Resolution, welche dem Magistrat zugestellt werden soll, gelangte zur einstimmigen Annahme. Im ersten Teil tabelt sie die Rücksichtslosigkeit des Potsdamer Magistrats, weil er auf Beschwerden hin nicht einmal Antwort gegeben. Der zweite Teil fordert von der Aufsichtsbehörde die Anordnung einer neuen Versammlung und die Beauftragung der statuten- und gesetzwidrigen Beschlüsse der Versammlung vom 13. Mai er.

Gerichts-Zeitung.

Eine trotz ihrer Jugend schon höchst gemeingefährliche Ladena diebin, die eine ganze Anzahl Geschäftsleute in Charlottenburg, Schöneberg, Friedenau und Rixdorf ganz erheblich geschädigt hat, wurde gestern in der Person der 17-jährigen Karla Rabe an der 1. Strafkammer des Landgerichts II vorgeführt. Das Mädchen, welches noch ganz den Eindruk eines Mädchens macht, ist schon sechsmal wegen Ladendiebstahls verurteilt. Jetzt wurde sie zur Bewandlung gezogen, weil sie in neun Fällen mit der höchsten

Freiheit Ladendiebstahle ausgeführt hat. Gewöhnlich erschien sie um die Mittagszeit, wo nur ein Verkäufer in den Laden anwesend zu sein pflegt, in Kolonialwarenhandlungen, Droguengeschäften oder Apotheken und verlangte Himbeersaft zu kaufen. Die zum Verkauf schon fertiggestellten Flaschen erklärte sie dann für zu klein und verlangte größere Flaschen, die gewöhnlich in dem zum Geschäft gehörigen Keller aufbewahrt werden. Wenn der Verkäufer sich abdam in den Keller begeben hatte, um die gewünschte Flasche herauszuholen oder zu füllen, so benutzte die Diebin die Gelegenheit zu einem lüthnen Griff in die Ladenkasse. Bei der Rückkehr des Verkäufers hat ihn die Angeklagte möglichst harmlos, ihr doch noch ein schönes Trinket auf die Flasche zu legen, während sie noch eine ganz kleine Beforgung in der Nachbarschaft ausführen wollte. Bei Ermittlung des Diebstahls war die freche Person schon längst über alle Berge. Schließlich wurde sie von einem der Bestohlenen auf der Straße erkannt und der Polizei übergeben. Vor Gericht legte sie sich auf Leugnen und bestritt hartnäckig die Identität ihrer Person, obwohl sie von den Geschädigten auf das bestimmteste wiedererkannt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof ging über diesen Antrag weit hinaus und verurteilte die Angeklagte mit Rücksicht auf die Raffinerie ihres Vorgehens und den Mangel jeglicher Reue zu 2 Jahren Gefängnis.

Ein Plump in Scene geführter fingierter Einbruchdiebstahl führte gestern die berechtigte Hedwig Grell unter der Anklage des verübten Betruges vor die 1. Strafkammer des Landgerichts I. Die Angeklagte verteilte eine Fille der Destillationsfirma Meyer u. Co. im Hause Langestr. 7. Wiederholt waren bei ihr nicht unerhebliche Fehlbeträge festgestellt worden, so daß ihr zum 15. November gefänglich wurde. In der Nacht zum 13. November vorigen Jahres kam die Angeklagte mit ihrem Sohn aus dem Reichshallen-Theater nach Hause. Ihr Sohn begab sich sofort nach der Küche, wo er zu schlafen pflegte. Frau Grell ging in die hinter dem Laden befindliche Stube. Nach einer Weile hörte der Sohn, wie seine Mutter laut aufschrie: „Hier ist eingebrochen worden!“ Der Sohn bekam einen solchen Schreck, daß er, nur mit einem Hemd bekleidet, auf die Straße hinaußlief, ihm nach der Forterrier, der während der Abwesenheit der Inassen die Wohnung bewacht hatte. Bald folgte auch Frau Grell, die dem inzwischen herbeigekommenen Schuhmann unter den Zeichen des höchsten Schreckens das Vorgekommene mitteilte. Der Beamte ging in die Wohnung, sah, daß die Betten durchwühlt, mehrere Behälter erbrochen waren und daß eine Scheibe des nach dem Hofe gehenden Fensters eingedrückt war. Er rief der Frau, am folgenden Morgen auf dem Polizeirevier Anzeige zu erstatten. Dies that Frau Grell und gleichzeitig erhob sie bei der Gesellschaft, bei der sie gegen Diebstahl verhindert war, Anspruch auf Schadenersatz, wobei sie angab, daß ihr 130 M. bares Geld, für 30 R. Cognac und Wein sowie Zeitungs gestohlen worden seien. Es erschien sofort ein Polizeiwachmeister, der allerlei höchst verdächtige Wahrnehmungen machte. Die Scheibe war von innen eingedrückt worden, die Scherben lagen auf dem Hofe. An dem Niederschlag war die Verschlußheiste mit Gewalt abgebrochen, am dem Schrank selbst war aber der Einbruch irgend eines Instrumentes nicht sichtbar, die Leiste mußte also bei geöffneter Thür abgebrochen sein. Der sonst so wachsame Forterrier mußte sich während des Aufenthaltes des Einbrechers mäschenstill verhalten haben, denn keiner der Wohnungsnachbarn hatte ihn anschlagen gehört. Und so kamen noch andre Umstände hinzu, welche dafür sprachen, daß Frau Grell den Einbruch erheuchelt hatte, um die Versicherungsgesellschaft zu betrügen. Im gestrigen Termin legte sie sich zwar aufs Leugnen, die belastenden Umstände gegen sie häuften sich aber in dem Grade, daß der Verteidiger, Rechtsanwalt Böhm, sich darauf beschränken mußte, für ein möglichst niedriges Strafmaß zu plädieren. Der Gerichtshof erkannte auf 4 Monate Gefängnis.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Osten). Der Socialdemokratische Wahlverein hielt in seiner Mitgliederversammlung, die am Dienstag in der „Königsbahn“ stattfand, einen Disputierabend ab. Genosse Platow behandelte in seinem einleitenden Referat Fragen der Gewerkschaftsbewegung. An der Debatte beteiligten sich die Genossen Unger, Ritsche, Söhne und Wittin. Unter Verschiedenem gab der Vorsitzende bekannt, daß seit der letzten Versammlung 59 neue Mitglieder aufgenommen worden sind; ferner machte er darauf aufmerksam, daß am Dienstag, den 28. Juni, in allen Bezirken Zahlabend abgehalten wird.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost). Der Socialdemokratische Wahlverein hatte zu Dienstag zwei Agitationsversammlungen einberufen, die beide gut besucht waren. In „Sankt-Jacobi“ sprach Reichstags-Abgeordneter Gaudert-Koldo und in der „Arania“ Reichstags-Abgeordneter Schmalfeld-Wilhelmshagen über „Die Socialdemokratie und die vereinigte reaktionäre Masse“. Auf die Versammlungen war bereits in einem vom Verein verbreiteten Flugblatt hingewiesen worden, das einen Appell an die Wählerschaft enthielt, in Anbetracht der in reaktionären Kreisen immer unerbittlicher hervortretenden Feindschaft gegen das Reichstags-Wahlrecht (siehe „Mantelstücke im Herrenschau“) sich immer enger um das Banner der Socialdemokratie zu scharen und der politischen Organisation beizutreten. Außerdem wird der Wahlverein in den nächsten Tagen an ca. 12 000 Wähler, die bei den Landtagswahlen ihre Stimme für die Socialdemokratie abgegeben haben, schriftliche Einladungen ergoßen lassen, um sie in engeren Besprechungen auf den Ernst der innerpolitischen Situation hinzuweisen und ihnen den Eintritt in den Wahlverein und das Abonnement auf den „Vorwärts“ nahezu legen. — Beide Versammlungen erklärten sich durchaus mit der Haltung der Hamburger Parteigenossen einverstanden, die ihre Antwort auf den geplanten Wahlrechtsbrand kürzlich in folgender Resolution gaben:

„Eine Beseitigung oder Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts muß die völlige Gleichgültigkeit der Arbeiterklasse in Bezug auf den Bestand des Reiches notwendig zur Folge haben, für dessen Erhaltung oder Verteidigung gegen äußere Feinde auch nur einen Finger zu rühren ihr dann nicht mehr der Mühe wert erscheint. Ein Staatswesen, das dem Arbeiter nur Pflichten auferlegt, aber ihm die politische Gleichberechtigung mit den andren Klassen der Gesellschaft verweigert, hat keinen Anspruch auf seine Sympathie und Hilfe.“

Diese Resolution gelangte auch hier zur einstimmigen Annahme. Das Gewerkschaftskartell hielt Freitag, den 10. Juni, eine Delegiertenversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung legte Genosse Hinrichsen scharf die Vammelei vieler Delegierten. Dann teilte er mit, daß der Ausschuß sich damit befaßt habe, für Sonntag, den 24. Juli d. J., in den Lokalitäten des Herrn Franke, Sebastianstraße, ein Sommerfest zu arrangieren. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage zu. Im Auftrage seiner Gewerkschaft hatte Reuter (Röbelspöcker) den Antrag gestellt, das Kartell möchte beim „Vorwärts“ vorstellig werden, ob er nicht die Rezension über das Buch des Pfarrers Kutter: „Sie müssen“ in einer größeren Auflage herauszugeben würde. Der Antrag wurde abgelehnt. — Schröder, Metallarbeiter, berichtete alodann über den Streit bei der Großen Berliner Straßenbahn und geht ausführlich auf die Entfischung und Verdingung desselben ein. Es seien im Ausschuß gegen seine Gewerkschaft auch Vorwürfe der niedrigen Beiträge wegen gefallen, doch könnten die Metallarbeiter keineswegs mit Maurern und Zimmerern verglichen werden, da es in seiner Branche noch viele Arbeiter gibt, die nur 18—20 M. verdienen. Er stellte den Antrag, seine Gewerkschaft zu unterstützen, da sie allein die Mittel nicht aufbringen könnte. — Hinrichsen wendet gegen Schröder ein, daß die Metallarbeiter sich hätten früher an den Ausschuß wenden müssen und nicht, wo der Streit schon beendet war. Auch hätte die Geschäftscommission in dem Rundschreiben an die Gewerkschaften schon eine Sammlung für sie veranstaltet; nun könne der Ausschuß doch nicht das Gleiche thun. — Edelmann entgegnet, er lese aus dem Rundschreiben nicht heraus, daß für die Metallarbeiter gesammelt wird; es sei nur darauf hingewiesen, daß sich auch 350 Metallarbeiter im Auslande befänden. — Fischer meint,

er hätte bald satt, sich die Reibungen zwischen Geschäftscommission und Ausschuß mit anzuhören, und wenn die beiden Körperchaften nicht harmonischer zusammenarbeiten könnten, so müsse Wandel geschaffen werden. — Nachdem noch mehrere Redner sich zu dieser Sache geäußert, wird der Antrag, die Metallarbeiter so schnell wie möglich zu unterstützen, und zwar aus dem Fonds der Gewerkschaften, angenommen. — Fischer stellt den Antrag, daß zur nächsten Kartellversammlung die Delegierten und Vorstände eingeladen und aufgefordert werden, einen Situationsbericht ihres Gewerbes zu geben. Es scheint bei vielen Gewerkschaften eine ziemliche Lauheit vorzuherrschen. Der Antrag wurde angenommen. — Nunmehr referierte Genosse Henschold über den Streit der Bäcker und ersuchte, überall dafür zu agitieren, daß die Frauen nur da kaufen, wo die Forderungen anerkannt sind. — Nicht vertreten in der Versammlung waren die Kürschmacher, Pliesleger, Hausdiener, Kistenmacher, Markthallen-Arbeiter und Schiffbauer.

Treptow. In der gut besuchten Bezirksversammlung hielt der Genosse Karl Vermuth einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die französische Revolution von 1789. Dann wurde bekannt gegeben, daß die „Neue Zeit“ beim Genossen Voigt, Ufenstr. 37, ausliegt. Zu dem Sonntag, den 19. d. M., stattfindenden Volks-Baldfest treffen sich die Treptower Genossen bei Schmidt, Riefholzstraße 22, nachmittags 1/2 1 Uhr; dann gemeinsamer Abmarsch nach dem Festplatz. Um rege Beteiligung wird gebeten.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Berlin). Heute abend 9 Uhr in den Raminhallen, Kommandantenstraße 20, Sitzung. Es spricht Herr Georg Gause über: „1818 in Polen“. Sehr zahlreichen Besuch erwartet.

Verband der Freigeistlichen Deutschlands (Verein Berlin). Donnerstag, den 16. d. M., abends 10 Uhr, bei Pfeffer, Rothenthorstr. 57: Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Gäste haben Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. B., Hamburg). Filiale Rummelsburg, Sonntag, den 19. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Locale von Gustav Tempel, Vorhang, Ecke der Bahnhofsstraße. Tagesordnung: 1. Jahresbericht der Ortsverwaltung. 2. Rassen für die Monate April-Mai. 3. Wahl der Ortsverwaltung und Revisoren. 4. Wahl eines Vergütungskomitees zum diesjährigen Stützungszeit. 5. Interne Kassenangelegenheiten.

Centralverband der Konditionen. Heute, Donnerstag, den 16. Juni, bei Henschel, Invalidenstr. 1: Außerordentliche Generalversammlung. Kernpunkt wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Lokalverwaltung.

Eingegangene Druckchriften.

Beröfentlichungen der Deutschen Gesellschaft für Volkskader. II. Band. 5. Heft. Berlin 1904. Verlag Aug. Hirschwald, Unter den Linden 68.

Wegweiser durch die Kurorte und Sommerfrischen Osterrichts. Ein praktischer Beiseil zur Wahl des Sommeraufenthaltes. Verlag „Fremdenblatt“, Wien I, Stephan-Platz 6. — Heft 3 umfaßt Triol, Salzburg, Borsarlberg, Böhmern, Nöhren, Schellen und Galzien. — 100 Hefoseiten. Preis 50 Pf., bei Franco-Zusendung 70 Pf.

Vermischtes.

Funfshundert Personen verbrannt. Ueber ein grauenhaftes Unglück wird aus New York vom Mittwoch berichtet: Der Dampfer „General Slocum“, auf dem die Sonntagsschule der deutsch-lutherischen Sankt Markus-Kirche einen Ausflug machte, geriet auf dem East-River beim Hellgate in Brand und brannte aus. Mehrere hundert Menschen, man spricht von 500, meist Kinder, sollen un- gekommen sein.

Die Zahl der Personen, die sich an Bord des verbrannten Vergnügungsdampfers „General Slocum“ befanden, war etwa 1000, fast sämtlich Frauen und Kinder. Während des Brandes sprangen etwa 100 über Bord; viele Leichen wurden schon an Land gespült. Die meisten der Verunglückten sind indessen dem Feuer an Bord zum Opfer gefallen.

Das Feuer, das heute an Bord des Vergnügungsdampfers „General Slocum“ ausbrach, verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß es unmöglich war, die Vore herabzulassen. Die Helfen an beiden Seiten des Hellgate machten es zur Unmöglichkeit, das Schiff auslaufen zu lassen. Daher wurde es durch Schleppdampfer nach der Northbrother-Insel bugsiert und dort auf Strand gesetzt, das Sturmbred des Schiffes brach bald zusammen.

Ein Augenzeuge bekundet: Der Dampfer fuhr, mit der Dampferpeife Aotignale gebend, den Fluß herauf; von Deck deselben sah ich fünfzig bis hundert Personen, meist Frauen und Kinder, ins Wasser springen. Ehe das Schiff nach der Northbrother-Insel zu geschleppt wurde, war seine Lage so, daß niemand durch Schwimmen das Ufer erreichen konnte. Viele Personen, die sich vor dem Zusammenbrechen des Sturmbredes auf diesem befanden, mußten in den Flammen umgekommen sein.

Aus Peru wird berichtet, daß der Geschäftsführer der Spar- kasse von Brantut, Schneider, verschwunden ist; das Defizit der Kasse beträgt 40 000 bis 50 000 Francs. Die Sparkasse weigert sich, die Einlagen zurückzuzahlen. In der Bevölkerung herrscht große Erregung.

Marktpreise von Berlin am 14. Juni 1904

nach Ermittlungen des Hl. Polizeipräsidenten.

Ware	Qualität	Preis	Ware	Qualität	Preis
Weizen, gut	D.-Gr.	17,40	17,38	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00
- mittel		17,36	17,34	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,80
- gering		17,32	17,30	do. Bauch	1,40
Roggen, gut		13,10	13,08	Schweinefleisch	1,60
- mittel		13,06	13,04	Kalb- und Hammelfleisch	1,50
- gering		13,02	13,00	Dammelfleisch	1,50
Gerste, gut		14,20	13,00	Butter	2,80
- mittel		13,90	11,70	Eier	60 Stück
- gering		11,60	10,40	Karpfen	1 kg
Kafer, gut		15,00	14,20	Kale	2,80
- mittel		14,10	13,30	Jander	3,00
- gering		13,20	12,40	Beckte	2,20
Richtstroh		4,00	3,50	Barfche	2,00
Heu		7,50	4,80	Schleie	2,80
Erbsen		40,00	28,00	Wete	1,40
Erdbeerkohlen		50,00	25,00	Krebst	per Schock
Anfen		60,00	25,00		16,00

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 15. Juni 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. = 0 F.	Stationen	Barometer- stand mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. d. = 0 F.
Stolpenburg	763	SW	2	knollent	20	Dabaranda	767	S	2	mollent	11
Hamburg	759	SW	2	halb bd.	19	Hertersburg	766	ND	1	mollent	10
Berlin	762	SW	3	mollent	21	Gotz					
Kraus a. M.	761	SW	3	bedekt	17	Überdeen	747	S	3	bedekt	12
Ramden	764	SW	1	halb bd.	19	Paris	761	SW	3	bedekt	17
Wien	763	ND	1	mollent	19						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Juni 1904. Zunächst sehr warm und schwül bei möglichen südwestlichen Winden, zunehmender Bewölkung und Gewitterregen; nachher kühler.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tapezierer (Filiale Charlottenburg).

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Franz Decker** nach langen Leiden am 14. Juni verstorben ist.

Seine letzten Willen!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Juni, nachmittags 2/2 Uhr, von der Leichenhalle am Fürstenbrunner Weg aus statt.

